PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 47.000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 25. Februar 1975 fertiggestellt.

27. Februar 1975 Jg. 3 Nr. 8 50 Pfennig

Die bürgerliche Reaktion zementiert den § 218 Die Arbeiterklasse muss ihn zu Fall bringen!

Unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei hat das Bundesverfassungsgericht am 25. Februar sein Urteil zum § 218 verkündet. Im Namen des Volkes wurde festgestellt, daß das werdende Leben vor dem Volk nur durch Androhung schwerer Strafen geschützt werden könne. "Aus Einsicht in die Unwirksamkeit anderer Mittel" bestünde die "Verpflichtung des Staates", den Schwangerschaftsabbruch mit Strafe zu belegen und die "Pflicht zur Austragung der Schwangerschaft" zu erzwingen. "Schon die Existenz einer Strafandrohung hat Wirkung auf das Verhalten der Bevölkerung". Ohne solche Strafandrohung würde die "Auffassung von Recht und Unrecht verwirrt". Das sind Kernsätze aus der Urteilsbegründung.

Das oberste Gericht der Bundesrepublik Deutschland stellt damit fest, daß das Volk der Bundesrepublik Deutschland vor der Vernichtung seiner Kinder nur abgehalten und zur Pflicht der Austragung der Schwangerschaft nur gebracht werden kann, wenn direkter staatlicher Zwang dahinter steht. Das oberste Gericht der Bundesrepublik Deutschland hätte kein vernichtenderes Urteil über die gesellschaftlichen Verhältnisse aussprechen können, in denen die Frauen des arbeitenden Volkes ihre Kinder zur Welt bringen müssen.

Mit diesem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die vom Bundestag mit absoluter Mehrheit beschlossene Fristenlösung als "grundgesetzwidrig und damit nichtig" zurückgewiesen. Von einer Bestrafung bei Schwangerschaftsabbruch kann nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts nur abgesehen werden, wenn ernste Gefahren für das Leben der Frau bestehen, wenn schwere Mißbildungen an der Frucht zu erwarten sind, wenn die Schwangerschaft durch eine Vergewaltigung zustande kam. Und schließlich kann die Abtreibung in den ersten 12 Wochen der Schwangerschaft straffrei bleiben, "wenn bei der Patientin eine nicht abzuwendende Notlage vorliege". Damit ist das Bundesverfassungsgericht in der Einschränkung für straffreien Schwangerschaftsabbruch noch ein ganzes Stück weiter gegangen als das der Gesetzentwurf der CDU getan hat.

Das Bundesverfassungsgericht hat seine vom Grundgesetz vorgesehene Aufgabe damit erfüllt. Es hat als Hürde gedient, an der Gesetze scheitern, die aufgrund des Drucks der Volksmassen einige Zugeständnisse enthalten. Die Konstruktion des Verfassungsgerichts widerspricht allen Grundsätzen der Demokratie. Es ist ein Gericht dazu bestellt, um zu verhindern, daß der Volkswille auch nur in einzelnen Fragen Geltung findet. Bundestag und Bundesrat, zwei Kammern, die direkt bzw. indirekt aus Wahlen hervorgehen, bestimmen eine Schar von Bundesrichtern und treten an diese Gruppe von Richtern das Recht ab, die Entscheidungen der Parlamente zu zensieren und zurechtzustutzen, wenn immer irgendwo die Interessen der herrschenden bürgerlichen Klassen berührt sind. Im Grunde erklären sich die Parlamente durch solche Gerichte für unzurechnungsfähig. Und unzurechnungsfähig sind sie im Sinne der bürgerlichen Klasse immer dann, wenn sie aus Rücksicht auf den Willen ihrer Wähler Zugeständnisse gemacht haben. Dann müssen Männer, die noch nicht einmal über parlamentarische Wahlen von der Zustimmung des Volkes abhängig sind, die Sache wieder in Ordnung bringen, "im Namen des Volkes", aber unerreichbar vom Willen des Volkes.

Das ist der Sinn der Gewaltenteilung in der bürgerlichen Verfassung, die bei der Entscheidung über den § 218 ausgenutzt wurde. Und man läßt sich die unentbehrlichen Dienste dieser Richter auch was kosten: Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Benda, bekommt monatlich 11 410 DM. Dafür kann man sich, wenn es auf Lebenszeit garantiert ist, schon mal unpopulär machen.

Millionen Männer und Frauen haben sich in den letzten Jahren gegen den § 218 als eine unerträgliche staatliche Schikane ausgesprochen. Viele von ihnen haben in Demonstrationen, in Kundgebungen, durch Unterschriften und in den Beschlüssen gewerkschaftlicher Körperschaften sich aktiv gegen diesen Paragraphen gewandt. Heute stehen sie vor der Frage, ob sie ihren Willen beugen wollen vor dem Urteilsspruch einer Handvoll ausgekochter Reaktionäre. Am Tag der Urteilsverkündung hat der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg zu einer Kundgebung in Karlsruhe aufgerufen. Obwohl die Kundgebung während der Arbeitszeit stattfand und fast nichts getan worden war zur Mobilisierung der Gewerkschafter, demonstrierten schließlich 1 500 Gewerkschafter in Karlsruhe. Nur wenige von ihnen waren damit zufrieden, daß der Landesvorsitzende des DGB Erlewein gleich als erstes erklärte: "Es ist dies keine Protestdemonstration gegen das oberste Gericht. Es ist dies keine Veranstaltung, mit der das Gericht unter Druck gesetzt werden soll."

Denn es liegt auf der Hand, daß Druck durch die arbeitenden Massen die einzige Sprache ist, die vom Gegner verstanden wird. Daß man keine Hoffnung setzen darf auf den bürgerlichen Staat, sondern gegen ihn den Volkswillen durchsetzen muß.

Wie breit die Bewegung gegen den § 218 ist, haben auch die Demonstrationen in Hamburg (4 000) und München (6 000 bis 7 000) gezeigt. Diese Protestdemonstrationen am Tag der Urteilsverkündung und in den nächsten Tagen sind nur ein Neuanfang. Die Arbeiterklasse und das Volk werden sich dem Karlsruher Ewigkeitsspruch nicht unterwerfen, die Erniedrigung, die der § 218 insbesondere für die Frauen bedeutet, nicht hinnehmen. Die Arbeiterbewegung muß für die ersatzlose Streichung des § 218 eintreten, für das Recht auf Abtreibung. Ihr kann niemand daherkommen und etwas vom Schutz des ungeborenen Lebens daherschwätzen. Sie kennt das Leben in Ausbeutung und Unterdrückung und kämpft für Verhältnisse, in denen das Recht auf Abtreibung seine Bedeutung verliert. Jetzt muß darauf hingearbeitet werden, daß am 1. Mai, wenn überall in Westdeutschland die Arbeiterbewegung ihre Forderungen auf der Straße und in Kundgebungen vertritt, die Forderung nach Streichung des § 218 erhoben wird. Die bürgerliche Klasse hat ihr oberstes Gericht gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes ins Feld geführt, um damit die gerechte Forderung ins Unrecht zu setzen. Die Arbeiterklasse muß sie festhalten und sie massenhaft vertreten. Ihr Grundsatz ist, daß die Interessen und der Wille der breiten arbeitenden Massen über Recht und Unrecht entscheidet.

W.M.

(siehe auch Seite 3)



1 500 Gewerkschafter demonstrierten in Karlsruhe gegen das Urteil des Verfassungsgerichts

Die Landesregierung mußte ihre Polizeikräfte abziehen



Nach einer Kundgebung gegen den Bau des Kernkraftwerkes Wyhl am vergangenen Sonntag, an der sich über 10 000 beteiligten, wurde der von der Polizei abgesperrte Bauplatz wieder besetzt. Die Polizei mußte abrücken, nachdem sie die Überwindung der dichten Stacheldrahtverhaue trotz Knüppeleinsatz und Hundestaffeln nicht mehr verhindern konnte. Inzwischen haben die Bauplatzbesetzer Barrikaden errichtet, um weitere Angriffe der Polizei besser abwehren zu können. Sie richten sich auf eine lange Besetzung ein.

Die Landesregierung mußte nun zunächst nach diesem Erfolg gegen den Bau des Kernkraftwerkes nachgeben. In einer Sondersitzung hat sie beschlossen, mit dem Baubeginn bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts zu warten. Das ist ein Erfolg, doch zugleich der Versuch, eine Falle zu stellen. Sie will die Zeit nutzen, um den Widerstand aufzuweichen und zu spalten. Schon hat sie Appelle losgelassen, sich von den "Extremisten" zu trennen, die die Oberhand gewonnen hätten. Dagegen hat es breite Proteste sogar bis in die Reihen der CDU gegeben (siehe Seite 2). Doch mit dem Urteil im Rücken wird Filbinger, der zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Baden-Werke ist, versuchen, weiteren Widerstand zu kriminalisieren und darüber die Einheit zu spalten. Die Schwäche in der Zielsetzung des Widerstands liegt bisher darin, daß er sich zu sehr auf die Einhaltung der Frist bis zum Urteil des Verwaltungsgerichts ausgerichtet hat. Das Urteil wird aber der Bevölkerung nicht recht geben. Darüber muß frühzeitig Klarheit geschaffen werden, sonst gelingt es der Landesregierung, den Widerstand der Bevölkerung zu verwirren und dann durch einen schnellen Baubeginn nur schwer umstoßbare Tatsachen zu schaffen.

Bildbericht über die Bauplatzbesetzung in Wyhl
Seite 9

Aus dem Inhalt:

Kambodscha: Vor dem Sieg droht weitere US-Einmischung

US-Außenminister Kissinger und US-Kriegsminister Schlesinger erklärten, daß die USA Kambodscha in den nächsten Wochen verlieren würden, wenn der Kongreß nicht die Militärhilfe erhöht.
Eine weitere US-Intervention kurz vor der Befreiung Kambodschas muß von den Völkern verhindert werden.

Wie die französische Zeitung Le Monde berichtet, haben die Bevölkerung und die Befreiungsstreitkräfte seit Mitte Februar den Kampf um die Befreiung der Provinz Battambang im Norden aufgenommen. Am 17.2. befreite ein Volksaufstand die Stadt Mong Russei mit 10 000 Bewohnern, wobei 125 000 Säcke – das sind 2 000 Tonnen – Reis dem Marionettenregime abgenommen werden konnten. Am 20.2. wurden ein Zug und die Eisenbahnlinie, die die Hauptstadt Battambang mit der thailändischen Grenze verbindet, gesprengt, in Battambang demonstrierten gleichzeitig Tausende gegen die Lon Nol-Clique.

Der Kampf um die Mekong-Ufer kostete nach Schätzungen der New York Times die Marionettentruppen mindestens 10 000 Tote und Verwundete von 50 000 Mann, die im Einsatz waren. Dabei verloren sie außer der Kontrolle über die Ufer am 17. Februar in 24 Stunden mindestens 3 000 Orte entlang des Mekong.

Das US-Kriegsministerium Pentagon gab am 19.2. bekannt, daß die Kredite an die "privaten" Fluggesellschaften, die von Thailand aus Phnom Penh mit Nachschub versorgen, erhöht wurden. Vom 13. bis 15. Februar inspizierte General Gaylor, Oberkommandierender der US-Streitkräfte im Pazifik, die Lage in Phnom Penh und Saigon. Die Kongreß-Delegation, die die Lage in Kambodscha im Zusammenhang mit der Forderung des Pentagon nach zusätzlichen 220 Millionen US-Dollar erkunden wollte, hat ihren Besuch auf unbestimmte Zeit verschoben.

Auf dem Mekong haben die Befreiungsstreitkräfte vom 1. bis 14. Februar 136 Schiffe versenkt oder beschädigt, im Januar waren es 135. An Flugzeugen wurden im Januar 24 zerstört; die Piste des Flughafens von Phnom Penh, Pochentong, wurde zu 70–90 % beschädigt, wie auch das Radarsystem un;andere Einrichtungen.
Die USA haben inzwischen in Saigon und Bangkok umfangreiche Vorbereitungen für eine große amerikanische Luftbrücke getroffen.

Das Informationsbüro der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit (GRUNK) hat am 15.2. einen Aufruf an alle fortschrittlichen Kräfte gerichtet, den Kampf des kambodschanischen Volkes in dieser wichtigen Phase zu unterstützen, damit der verbrecherische Krieg des US--Imperialismus rasch beendet werden kann. Die Demokratische Republik Vietnam hat sich am 18.2. dem Aufruf angeschlossen. (Aus zeitlichen Gründen kann er erst in der nächsten KVZ veröffentlicht werden.)

Auch in Südvietnam konnte die revolutionäre Macht unter der Provisorischen Revolutionären Regierung ausgedehnt werden. Nach den barbarischen Pazifizierungskampagnen der USA und Saigons ab 1968–1970 konnten viele Dörfer des Mekong-Deltas, der Reiskammer Südvietnams, wieder befreit werden. In diesen Kämpfen hatten die Marionettentruppen mindestens 12 000 Verluste.
Seit Dezember sind in der Provinz Vinh Binh, zirka 100 km südlich Saigons, mindestens 21 der 56 Dörfer unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung. Dabei hatten Thieu und die US-Imperialisten bis vor kurzem diese Provinzen noch als die Musterbeispiele der erfolgreichen Pazifizierung präsentiert.

Die Reaktion der US-Regierung ist auch hier: verstärktes Engagement. Vom Kongreß werden zusätzliche 300 Millionen zur Kriegsfinanzierung gefordert, das US-Luftwaffenpersonal zur Unterstützung Saigons wurde verstärkt. Um diesen Bruch des Pariser Abkommens zu verschleiern, wird zu einem lächerlichen Manöver gegriffen: Die Piloten und anderen US-Soldaten werden alle vier Tage in die Philippinen ausgeflogen und kehren am folgenden Morgen stets aufs Neue für einen 'kurzen Besuch' zurück.

–H.L.–

Willy Brandt in Worms: „Wir leben in einer unruhigen Welt"

Worms, 21.2. – Willy Brandt, "unser Willy Brandt", wie ihn der rheinland-pfälzische SPD-Chef Dröscher ankündigte, zieht noch immer. Um die 1 200 Menschen füllten die Wormser Jahrhunderthalle, wo er sprechen sollte, Arbeiter, Hausfrauen, Rentner, Schüler und Lehrlinge – großen teils waren Menschen aus dem Volk gekommen.

Die Zeit bis er kam, den sie hören wollten, wurde verbracht wie das "Warten aufs Christkind": Musik, etwas Blabla, Kandidatenvorstellung, und immer wieder Ankündigungen: Bald ist es soweit.

Und als er da war, war der Beifall groß. Auch heute noch halten viele Menschen Brandt für den Friedenskanzler, für den Mann, der dem Volk das Beste gewollt hat und von Gegnern außerhalb und innerhalb der eigenen Reihen zu Fall gebracht wurde. Ein Bonner König-Ludwig II.-Mythos.

Brandt verkörpert für diese Menschen, vor allem für die alten Sozialdemokraten, die letzte Hoffnung. Müßten sie sich eingestehen, daß er ein gewöhnlicher bürgerlicher Politiker ist, dann müßten sie sich auch von den liebgewordenen Glaubenssätzen und Reformillusionen der ganzen sozialdemokratischen Politik trennen.

Die SPD nutzt den Wunsch der Volksmassen nach Sicherheit und nach einer Besserung der Lage, indem sie ihn, geradeso wie die CDU, an ihr eigenes Schicksal zu ketten sucht. Vom Wahlergehen der SPD soll das Wohlergehen des Volkes abhängig sein. Während die CDU auf der Flöte der Angstmacherei pfeift, probieren es diese Rattenfänger mit der Hoffnungsmelodie. Weil aber die Lage für das Volk eher beängstigend aussieht, als daß sie zu großen Hoffnungen berechtigt, macht die SPD keine gute Figur bei diesem Wettstreit. Sie kann im Grund auf keine Erfolge verweisen. Deshalb appelliert sie an den Stolz der Arbeiter auf das, was sie geschaffen haben, und erklärt: Mit dem Wort vom "Saustall" hat Strauß das deutsche Volk beleidigt.

Die Sozialdemokraten verweisen darauf, daß der westdeutsche Imperialismus noch relativ gut dasteht im Vergleich zu anderen Ländern. Sie verweisen auf "Dämpfung der Preise", auf "die beste Handels- und Zahlungsbilanz", darauf, daß es relativ weniger Arbeitslose und mehr soziale Sicherheit als in anderen Ländern gäbe.

All diese Verweise schaffen die Preissteigerungen, die Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze, die allgemeine Unsicherheit als Normalzustand der Gesellschaft nicht aus der Welt. Die SPD muß Zugeständnisse an die Realität machen. Sie erklärt, die Krise ist weltweit. "Wir leben in einer unruhigen Welt" sagte Brandt, und "Deutschland ist keine Insel, die von dieser Unruhe nicht berührt wird". Warum aber die Unruhe in der Welt sich in den kapitalistischen Ländern als Krise bemerkbar macht, während die sozialistischen Länder und die Völker der Welt sich vorwärts entwickeln, das kann Willy Brandt nicht erklären.

Noch etwas fiel auf: In den Broschüren der SPD zur Wahl heißt es "Der Aufschwung kommt" und "Im Frühsommer werden wir über dem Berg sein".
Brandt, der wie alle Politiker in diesem Wahlkampf die wirtschaftliche Lage in den Mittelpunkt seiner Rede stellte, war vorsichtiger. Er sagte, "Wir können im Sommer über dem Berg sein, wenn alle mitziehen".

Zweierlei bedeutet das:
1. die Aufforderung an die Arbeiterklasse und das Volk, auf ihre berechtigten Forderungen zu verzichten;
2. die Aufforderung an die CDU, mit der SPD gemeinsam "die Krise zu meistern".

Im Wahlkampf versuchen die bürgerlichen Parteien, das Volk jeweils auf ihre Seite zu ziehen. Sie grenzen sich aufs Heftigste voneinander ab, befehden sich und schlagen sich bald die Köpfe ein. Nach der Wahl wird die Grenze wieder dort gezogen, wo sie tatsächlich liegt:
auf der einen Seite die bürgerlichen Parteien, der Staatsapparat und die Kapitalistenklasse – auf der anderen Seite das arbeitende Volk.

–jaw, Sympathisantengruppe Worms–

SPD-Wahlkampf-Konzept für Nordrhein-Westfalen

In der vergangenen Woche hat der Wahlkampfleiter der SPD in Nordrhein-Westfalen das Konzept seiner Partei für den Landtagswahlkampf vorgelegt. Vorgelegt wurde das Konzept eines Werbefeldzuges, mit dem die SPD die Wähler einseifen will.

Da wurde bekanntgegeben, daß die Plakate und das Propagandamaterial der SPD hellorange und lindgrün sein werden, daß es Autoaufkleber und Anstecknadeln geben werde und daß rund 1 260 Redner eingesetzt werden sollen.
Das ist aber noch nicht alles. "Slogans" wurden vorgestellt; auf den CDU-Slogan "Wähl den politischen Frühling" wird die SPD antworten: "Für alle Jahreszeiten – SPD". Und für den 10. April plant die SPD einen neuen Slogan: "Wir haben es geschafft." Bis dahin, so hofft die SPD, gibt es einen "Rückgang der Arbeitslosenzahlen und Konjunkturbelebung". (Kölner Stadtanzeiger vom 14.2.1975) Der ganze Wahlfeldzug der SPD wird unter dem Motto stehen: "Wir handeln - wir sichern die Zukunft". Alles also äußerst wichtige und ausführliche Mitteilungen für die Arbeiterklasse in Nordrhein-Westfalen.
Sechs Millionen Mark wird dieser Wahlkampf die SPD kosten, so teilte Wahlkampfleiter Hans Otto Bäumer mit. Doch diese sechs Millionen kommen nicht aus den Kassen der SPD, genausowenig wie die CDU ihren Wahlkampf selbst bezahlen muß. Für den ganzen Wahlrummel zur Kasse gebeten wird der nordrhein-westfälische Steuerzahler, denn die bürgerlichen Parteien haben sich insgesamt 16,5 Millionen DM an Wahlkampfkosten im neuen Haushalt von Nordrhein-Westfalen zugebilligt.
Schon jetzt ist absehbar, daß der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, so erbittert er zwischen den bürgerlichen Parteien auch geführt wird, ungeheuer leer und platt sein wird. Das kann in der Auseinandersetzung zwischen bürgerlichen Parteien auch gar nicht anders sein, müssen sie doch alles daran setzen, die Lebensfragen der Massen, den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse soweit wie möglich herauszuhalten.
Schon im Motto der SPD wird erkennbar, wohin die Reise gehen soll: "Wir handeln – wir sichern die Zukunft": Die Arbeiter und Angestellten sollen ihre Zukunft den bürgerlichen Parteien anvertrauen, die werden schon für sie handeln.
Betrachten die Lohnabhängigen in Nordrhein-Westfalen ihre derzeitige Lage, nämlich Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf der einen, wachsender Druck in den Betrieben und Lohnabbau auf der anderen Seite, und messen daran die Versprechen der bürgerlichen Parteien, so ist klar, daß sie nur vorwärts kommen, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft verlassen und ihre eigenen Interessen zur Richtschnur ihres Handelns nehmen.

–M.N., Ortsgruppe Köln–

Proteste gegen die Tarifabschlüsse

Vertrauensleutekörper Opel Rüsselsheim

Der Vertrauensleutekörper bei Opel Rüsselsheim hat auf seiner Sitzung am Mittwoch, den 19. Februar, mit absoluter Mehrheit den Tarifabschluß von 6,8 % für Hessen abgelehnt. Der Abschluß wurde als viel zu niedrig zurückgewiesen und die Tarifkommission der IG Metall scharf kritisiert, da sie nach dem Abschluß in Nordrhein-Westfalen viel zu schnell auch für Hessen diesem Ergebnis zugestimmt hatte, ohne noch einmal Verhandlungen mit den Kapitalisten über ein besseres Ergebnis zu führen.

Sympathisantengruppe Rüsselsheim

Beschluß der Mitgliederversammlung der ÖTV-Betriebsgruppe Universität Bremen am 18.2.1975 zum Tarifabschluß im öffentlichen Dienst:

"Die Mitgliederversammlung lehnt das Verhandlungsergebnis von 6 % und einmalig 100 DM entschieden ab. Dieses Ergebnis entspricht nicht unseren Forderungen. Das bedeutet glatten Lohnabbau, weil das, was am Ende auf den Gehaltsstreifen übrigbleibt, weniger ist, als Preissteigerungen, Inflation und Steuer aufgefressen haben. Darüber hinaus geht dieser Abschluß nicht im mindesten auf die Forderungen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen nach einem einheitlichen Festbetrag für alle ein. Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß die Gewerkschaftsführung und die große Tarifkommission durch ihre prinzipiell auf eine Sozialpartnerschaft festgelegte Tarifpolitik nicht in der Lage sind, den von den öffentlichen und anderen interessierten Arbeitgebern geführten Hetzkampagnen gegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst entgegenzutreten und unsere dem Arbeitgeber entgegengesetzten Interessen hinreichend zu vertreten. Insbesondere auch die **Verlängerung der Laufzeit des Tarifabschlusses auf 13 Monate zeigt dies . . .**
Die Mitgliederversammlung drückt angesichts des empörenden Abschlusses den Willen aus, die Gewerkschaft ÖTV zu einer einheitlichen Kampforganisation der abhängig Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu machen, die Interessen- und nicht Sozialpartnerschaftspolitik betreibt."

Weiter fordert der Beschluß die engere Bindung der Tarifkommission an die Mitglieder. Abschließend werden noch die unorganisierten Kollegen aufgefordert, in die ÖTV einzutreten. Beschlossen wurde, diese Resolution als Leserbrief an das ÖTV-Magazin zu schicken und über den Kreisvorstand öffentlich zu publizieren. Sie soll Grundlage sein für Absprache mit anderen Betriebsgruppen über eine gemeinsame Ablehnung des Tarifabschlusses.

Neptun Bremen: Kampf um Betriebsrat geht weiter

Bremen. Die Arbeiter der Neptun--Werft in Bremen-Woltmershausen, die in ihrem Kleinbetrieb einen Betriebsrat wählen wollen – in diesem Zusammenhang wurden 14 Kollegen entlassen – haben ihr Ziel, die Schaffung eines Betriebsrates, nicht aufgegeben.
In Verbindung mit der IG Metall, die den Rechtsschutz der gefeuerten Kollegen übernimmt, sind
1. Kündigungsschutzklage
2. Strafantrag
3. einstweilige Verfugung
erhoben worden. Die Arbeiter der Werft blieben aber keinesfalls auf dieser Ebene stehen, sondern sie verbreiteten die Schandtaten der Geschäftsleitung unter den Tarifkommissionsmitgliedern des Unterweser-Gebietes und informierten die Betriebsräte und Vertrauensleutekörper in den Bremer Großbetrieben.
Die Arbeiter der Stephani-Werft solidarisierten sich auf einer Betriebsversammlung, und der Betriebsrat des Bremer Vulkan schickte eine Grußadresse, in der das Vorgehen der Neptun Geschäftsleitung scharf verurteilt und gebrandmarkt wurde.
Auf der am 17. Februar stattgefundenen IG-Metall-Vertrauensvollversammlung bekamen die Kollegen die Möglichkeiten, über ihren Kampf zu berichten. Untereinander stehen die Kollegen ständig in Verbindung und halten auch den Kontakt zu den Kollegen im Betrieb aufrecht. Die Stimmung im Betrieb ist positiv, obwohl sich einige Meister und Vorarbeiter große Mühe geben, die Arbeiter einzuschüchtern und zu spalten.

Stadtteilzelle Woltmershausen

Einige Beobachtungen zu Wahlkampfzeiten

In Nordrhein-Westfalen hat der Wahlkampf für die Landtagswahlen im Mai begonnen. Da lassen sich so einige Beobachtungen machen. Während wir in unserem Stadtbezirk bisher nie etwas von der DKP gehört und gesehen haben, sprechen jetzt plötzlich gleich mehrfach Vertreter dieser Partei an unserer Wohnungstür vor. Sie wollen für die Kandidatur ihres Kandidaten Unterschriften bekommen, die nach den Wahlgesetzen Voraussetzung für seine Zulassung zur Wahl sind. Sie tun dies jedoch nicht etwa, indem sie für das politische Programm der DKP eintreten, sondern indem sie diese Unterschriften als Akt gegen die Einschränkungen durch die bürgerlichen Wahlgesetze darstellen. Sie scheinen an die Überzeugungskraft ihres eigenen Programms wenig zu glauben und wollen offenbar bloß Stimmenfang betreiben. Auch wird man die diskriminierende Wahlgesetzgebung nicht beseitigen können, indem man sie heimlich umgeht.
Die Gruppe Rote Fahne verfährt ähnlich. Zudem scheinen ihre ortsansässigen Kräfte für einen "Wahlkampf" nicht auszureichen. Vor wenigen Tagen wurde ein Freund von mir aus Köln-Nippes von einem Studenten besucht, der für die Kandidatur dieser Organisation warb. Im Gespräch kam heraus, daß dieser Student aus Hamburg ist und nur zur Zeit in Köln weilt, um die sogenannte "KPD" im Wahlkampf zu unterstützen. Ist es politisches Prinzip dieser Gruppe, größer zu erscheinen als sie tatsächlich ist, oder fällt sie auf das Wahlkampfspektakel der bürgerlichen Parteien herein und meint, sich zu solchem Anlaß besonders heftig aufplustern zu müssen?

T.K. Kommunistische Hochschulgruppe Köln

CDU über Wyhl völlig durcheinander

Der CDU-Ortsverband von Bischoffingen (Kaiserstuhl) hat sich aus Protest gegen den Baubeginn in Wyhl und den Polizeieinsatz aufgelöst. Auch in den übrigen betroffenen Gemeinden berichteten die CDU-Ortsverbände von Austritten aus den gleichen Motiven.
(aus: Badische Zeitung, 25.2.75)

Neben der SPD, der die Bürger im Kreis Emmendingen vorwerfen, nicht genügend getan und die Aktionen der Landesregierung nicht verhindert zu haben, ist vor allem die Union in die Schußlinie massiver Kritik geraten. Der CDU-Kreisverband Emmendingen hat als erster reagiert. Er forderte die CDU-Landesregierung in einer Entschließung auf, endlich davon Kenntnis zu nehmen, daß hinter den Protestaktionen in Wyhl "die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung des Kaiserstuhlgebietes steht". Wenn sich ortsfremde Kräfte einmischten, so habe das seinen Ursprung in dem "ungeschickten und unklugen Verhalten" des Kabinetts.
Der Fall Wyhl hat eine noch nicht näher bestimmte Zahl von CDU-Mitgliedern bewogen, das Parteibuch zurückzugeben. Es heißt, daß es sogar CDU-Ortsvereine gebe, die sich in heller Auflösung befänden.
(aus: Süddeutsche Zeitung, 25.2.75)

Der Paragraf 218 muß ersatzlos weg

Der Paragraf 218 unterscheidet zwischen arm und reich

Seit ihren Anfängen tritt die Arbeiterbewegung für die ersatzlose Abschaffung aller staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Abtreibung, für die restlose Streichung des § 218 ein.

Genauso lange schon verteidigt die bürgerliche Klasse den § 218 und versucht damit, dieses Unterdrückungsinstrument in der Hand zu behalten. Nicht nur die Arbeiterklasse, sondern das ganze Volk wird durch den § 218 bevormundet und unterdrückt. Im Kampf gegen den § 218 kann und muß die Arbeiterklasse daher das Volk auf der Grundlage der Forderung nach Abschaffung des § 218 politisch gegenüber dem bürgerlichen Staat einigen.

Gegen die Forderung der Arbeiterbewegung erklärt die bürgerliche Reaktion, das Leben müsse geschützt werden, und dazu gehöre auch der Schutz des ungeborenen Lebens. Auch für das Bundesverfassungsgericht gab dies jetzt den Grund ab, um die Fristenlösung zu verwerfen.

Will man wissen, was hinter dieser Behauptung vom Schutz des Lebens steht, so muß man untersuchen, wie und wozu die bürgerliche Klasse das Leben schützt.

Kurt Tucholsky beschrieb dies in einem Gedicht so:

"Für mich sorgen sie alle: Kirche, Staat, Ärzte und Richter.
Neun Monate lang.
Wenn aber diese neun Monate vorbei sind, dann muß ich sehen, wie ich weiterkomme.
Die Tuberkulose? Kein Arzt hilft mir.
Nichts zu essen? Keine Milch? – Kein Staat hilft mir . . .
Und habe ich nichts zu brechen und zu beißen und stehle ich: Gleich ist ein Richter da und setzt mich fest."

Für den Arbeiter hat die bürgerliche Klasse soziales Elend und Unterdrückung als sein Leben vorgesehen. Für sich selbst, daß sie von dessen Arbeit lebt, und nicht im Elend, sondern im Überfluß. Da das Leben des Arbeiters etwas ganz anderes ist als das des Kapitalisten, ist das "Recht auf Leben" (Artikel 2 Grundgesetz) im Kapitalismus für den Arbeiter auch immer nur das Recht der Kapitalisten, die Arbeiter auszubeuten und zu unterdrücken.

Dies zeigt auch der bestehende § 218 sehr deutlich. Nach der gegenwärtigen Regelung wird die Abtreibung mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren bestraft. Wer wird hier für was bestraft?

Aus Spaß hat noch niemand eine Abtreibung vorgenommen, sondern stets sind es die Verhältnisse, die ihn dazu bringen. Diese aber sind für die Angehörigen der bürgerlichen Klasse ganz anders als für die der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes.

Noch allemal mußte die Arbeiterfrau, die Arbeiterfamilie zu diesem Mittel greifen, weil sie ein Kind oder ein weiteres Kind nicht mehr versorgen und verkraften können. Denn dazu gehört nicht bloß der Wille, sondern eine Wohnung, Geld, ein Arbeitsplatz und verschiedenes mehr. Ob die Arbeiter all dies haben, hängt aber wiederum im Kapitalismus nicht von ihrem, sondern vom Willen des Kapitalisten ab. Ganz anders aber die Gründe, die eine Bourgeoisfrau zur Abtreibung führen. Die Wohnung hat sie, das Geld auch, und sie hat all dies, ohne daß sie einen Arbeitsplatz braucht. Treibt sie dennoch ab, so ist es nicht die soziale Not, sondern es sind die Verhaltensweisen in der bürgerlichen Klasse, die ihr dies auferlegen: daß eine große Familie nicht erwünscht ist, daß ein "Fehltritt" kein Ergebnis zeitigen darf.

Indem so der Staat mit dem § 218 die Arbeiterfamilie zu weiterem Gebären zwingt, treibt er sie noch weiter in das soziale Elend hinein, um sie noch mehr in die Abhängigkeit von den Kapitalisten hineinzuzwingen.

Diese Folge hat der § 218 für die bürgerliche Klasse nicht, und leicht kann sie auch über ihn hinweggehen. Denn wer reich ist, der findet leicht einen Arzt, der den Eingriff vornimmt und die Nachbehandlung überwacht. So macht der § 218 den Unterschied zwischen reich und arm, und nur die Armen trifft er.

Diskutiert wurde zwischen den Parteien und jetzt in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, ab wann der Mensch ein Mensch sei.

Übersehen wurde dabei, daß so einfach vom Menschen die Rede nicht sein kann in einer Gesellschaft, in der die Masse der Menschen Arbeiter und eine Minderheit Kapitalisten ist.

Daß von dem Menschen bloß die Rede sein kann, wo es nicht mehr Klassen und Klassengegensätze gibt. Ab wann der Mensch ein Mensch ist ist also keine Frage nach dem zweiten oder dritten Monat, sondern nach den Verhältnissen, unter denen er und sein Nachwuchs als Mensch leben kann.

Um das zu erreichen, muß die Arbeiterklasse die politische Macht der Bourgeoisie zerschlagen, um auf der Grundlage ihrer politischen Macht solche Verhältnisse aufzubauen.

Naturgemäß sieht die Bourgeoisie das anders. Daß die bürgerlichen Parteien nicht von den Verhältnissen, sondern allein davon reden wollen, ab wann ein Mensch ein Mensch sei, zeigt, daß sie die bestehenden Verhältnisse zäh verteidigen.

Und dementsprechend versuchen sie auch jede Reform des § 218 so zu machen, daß für die Arbeiterklasse und die Volksmassen möglichst wenig Freiheit dabei herauskommt.

Denn worin besteht der Fortschritt der Reform, des Indikationenmodells gegenüber dem gegenwärtigen § 218, des Fristenmodells gegenüber dem Indikationenmodell?

Auch die Fristenlösung beendet die Schikanen nicht

Das Indikationenmodell läßt die Abtreibung weiterhin grundsätzlich strafbar. Und so weit ändert sich nichts. Was sich ändert ist, daß Ausnahmen möglich sind, wo bei der Schwangerschaft Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Mutter oder Kind besteht, wo eine Vergewaltigung vorlag oder eventuell noch, wo durch die Geburt des Kindes eine schwerwiegende Notlage der Frau oder Familie eintreten würde.

Ob eine solche Ausnahme vorliegt, soll hier eine Gutachterstelle entscheiden, in der eben jene Herren sitzen werden, die die Verteidiger der bestehenden Verhältnisse sind.

Auch die Fristenlösung, die die grundsätzliche Straffreiheit innerhalb der ersten drei Monate vorsieht, schafft die Kontrolle und Unterdrückung, den Unterschied von arm und reich in diesem Bereich nicht ab. Nicht nur wird die Kontrolle über eine entwürdigende Befragung vor einer sogenannten Beraterstelle aufrechterhalten, die gegenwärtige Strafandrohung durch bürokratische Mittel und Schikanen ersetzt. Vielmehr wird das Recht auf Abtreibung innerhalb der Dreimonatsfrist gleich dadurch vernichtet, daß die Ärzte und Krankenhäuser das Recht behalten, keine Eingriffe vorzunehmen, keine Betten bereitzustellen, und wie man weiß, machen sie von diesem Recht eifrig Gebrauch. Auch hier wird also die Kontrolle und Unterdrückung bloß in anderer, wenn auch gemilderter Form erhalten, sie wird der Ärzteschaft und den Krankenhäusern übertragen, im großen und ganzen also dem Anhang der Bourgeoisie. Durch die bürokratischen Schikanen der Fristenlösung wird im übrigen gerade verhindert, daß die Abtreibung so früh wie möglich erfolgen kann.

All diesen Reformmodellen der bürgerlichen Politiker ist also eines gemeinsam: Wo immer sie, durch die Empörung der Arbeiterklasse und der Volksmassen gezwungen, die Kontrolle durch den § 218 erleichtern müssen, da versuchen sie diese an anderen Stellen wieder zu erreichen. Und wenn ihnen dieses auch nicht vollständig gelingt, so behalten sie doch mit diesem Paragraphen ein Instrument in der Hand, das der Unterdrückung und Knebelung der Massen dient.

Für die Arbeiterbewegung war der Kampf gegen den § 218 nie ein Kampf, der allein um die Frage für oder gegen die Abtreibung ging.

Weil es die gegenwärtigen Verhältnisse sind, die zur Abtreibung führen, kann diese Frage radikal auch nur durch die Abschaffung dieser Verhältnisse gelöst werden. Wir sind gegen jede staatliche Bevormundung durch einen, wie auch immer gearteten § 218. Denn in der Hand dieses bürgerlichen Staates bedeutet dieser Paragraph immer Gängelung und Unterdrückung. Weil die Verhältnisse der Arbeiterklasse und dem Volk immer wieder die Last der Abtreibung auferlegen, muß dem Staat, der eben diese Verhältnisse verteidigt, jedes Instrument aus der Hand geschlagen werden um diese Lage auszunutzen, brauchen die Arbeiterklasse und das Volk das Recht abzutreiben. Wir sind also für das Recht auf Abtreibung und kämpfen zudem für Verhältnisse, in denen dieses Recht seine praktische Bedeutung verliert, in denen niemandem durch die sozialen Verhältnisse die Last einer Abtreibung auferlegt wird.

Das Recht auf Abtreibung müssen die Arbeiterklasse und die Volksmassen sich gegen den bürgerlichen Staat erkämpfen. Die sozialen Verhältnisse, die dieses Recht überflüssig machen, können nur verwirklicht werden, wenn der bürgerliche Staat zerschlagen wird, wenn die Volksmassen auf der Grundlage der politischen Macht der Arbeiterklasse diese Verhältnisse, den Sozialismus, aufbauen.

e.r.

Demonstrationen gegen das Urteil

Am 25. Februar fanden anläßlich der Verkündung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Reform des § 218 in mehreren Städten Westdeutschlands Demonstrationen statt. In all diesen Demonstrationen wurde das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes verurteilt; große Teile der Demonstranten forderten die ersatzlose Streichung des Paragraphen.

Karlsruhe. Hier fand vormittags eine Demonstration des DGB statt, an der ungefähr 1 500 Menschen teilnahmen. Eine weitere Demonstration örtlicher politischer Organisationen fand am Nachmittag mit ebenfalls 1 500 Menschen statt.

Hamburg. Über 4 000 nahmen hier an einer Demonstration gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts teil.

München. 6 000 bis 7 000 Teilnehmer hatte die Demonstration gegen das Urteil des Bundesverfassungsgerichts und für die Streichung des § 218 in München.



5000 demonstrierten in Frankfurt gegen die Ausbildungsmisere (Siehe S.8)

Nordrhein - Westfalen:

Sonderprogramm zur Jugendarbeitslosigkeit

Ein Sonderprogramm zur Berufsbildung das vor allem ein Wahlschlager sein soll

Der nordrhein-westfälische Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) hat am 20. Februar ein Sonderprogramm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen vorgelegt. Mit diesem Programm hofft er, 19 400 der rund 22 000 jugendlichen Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, die "auf der Straße herumgammeln" für "ein Jahr sinnvolles Lernen" zu gewinnen.

Das Programm sieht im wesentlichen folgende Maßnahmen vor:

– Schaffung von 600 zusätzlichen Lehrstellen
– mit 3 Millionen DM sollen Werkstätten für praxisbezogenen Unterricht gemietet werden
– die Lehrer dafür werden von den Hauptschulen kommen, notfalls über Zwangsverpflichtung
– für den praktischen Unterricht stellen die Kapitalisten 300 Werkmeister zur Verfügung
– der gesamte Berufsschulunterricht für "ungelernte Kräfte", die nach der Hauptschule Arbeit suchen, wird zu einem Block zusammengefaßt. Davon sind etwa 10 800 Jugendliche betroffen, die danach von ihrer Berufsschulpflicht "befreit" sind. Diese reine Schulzeit wird durch praktischen Unterricht ergänzt
– 3 500 Schüler ohne Hauptschulabschluß kommen in "Berufsvorbereitungsklassen"

Wie gesagt, Minister Girgensohn hat diese Maßnahmen als "sinnvolles Lernen" angekündigt. Schon der erste Blick zeigt, daß es damit nicht weit her ist. Sinnvoll wäre es, wenn alle arbeitlosen Jugendlichen eine Ausbildung bekommen, die sie davor bewahrt, ihr Leben als "ungelernte Kraft" fristen zu müssen.

Diese Möglichkeit sieht das Sonderprogramm nur für 600 Jugendliche vor. Von 22 000 Arbeitslosen 600 eine Ausbildungsmöglichkeit zu geben, das ist in der Tat wenig sinnvoll. Alle anderen Maßnahmen laufen darauf hinaus, die arbeitslosen Jugendlichen zu "qualifizierten Hilfsarbeitern" auszubilden.

Ihnen wird man dann bescheinigen, daß sie ihre Berufsschulzeit schon hinter sich haben und daß sie an praktischem Unterricht teilgenommen haben.

Dies gibt Minister Girgensohn auch offen zu und er sagt auch, wozu das gut sein soll: **dann kann das Arbeitsamt sie leichter vermitteln.**

Der Berufsschulunterricht für Hilfsarbeiter, den Kapitalisten schon immer ein Dorn im Auge, wird auf diese Weise liquidiert. Die ungelernte junge Arbeitskraft kann jetzt an 5 statt "nur" an 4 Tagen pro Woche ausgebeutet werden.

Weiter kommt den Kapitalisten zugute, daß aus Steuergeldern Arbeitskraft qualifiziert wird, die sie nachher umso profitabler ausbeuten können. Nicht nur, daß sie ohnehin diejenigen sind, die von diesem Sonderprogramm profitieren – Wegfall des Berufsschulunterrichts, Qualifizierung von Arbeitskraft aus Steuergeldern – so lohnt sich dieses Sonderprogramm auch noch in anderer Hinsicht. Girgensohn will für 3 Millionen DM "Werkstätten für praxisbezogenen Unterricht" mieten. Mieten kann man die natürlich nur bei Kapitalisten, da sie die einzigen sind, die über solche Einrichtungen verfügen.

Es ergibt sich also folgendes Bild:

Die Kapitalisten bekommen, ohne einen Pfennig zu zahlen, eine qualifizierte Arbeitskraft, die einen Tag pro Woche länger ausbeutbar ist. Damit dies auch machbar ist, bekommen sie noch 3 Millionen DM.

Kein Wunder also, daß die Kapitalisten 5 000 Werkstattlehrer angeboten haben, obwohl nur 300 gebraucht werden.

Wie bereits erwähnt, sollen die Lehrer für dieses Sonderprogramm von den Hauptschulen kommen. Der katastrophale Lehrermangel an den Hauptschulen wird dadurch noch verschärft werden. Damit die einen etwas mehr Bildung erhalten, bekommen die anderen etwas weniger. Das Sonderprogramm geht also zu Lasten der Ausbildung der Hauptschüler.

Dies sieht auch Girgensohn und zynisch sagt er: "In dieser Notlage ist es vielleicht erforderlich, daß einige Klassen der Hauptschule wieder einmal etwas enger zusammenrücken". Stattfinden wird dieses Sonderprogramm nach den Osterferien. Zeitlich fällt es zusammen mit den Kommunal- und Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen. Die Jugendarbeitslosigkeit, von der SPD schon immer als "Politikum" angesehen, wird von der SPD/FDP also dazu genutzt werden, ihren Wahlkampf zu führen. Sie wird behaupten, sie sei es schließlich gewesen, die die Jugendlichen von der Straße geholt und ihnen eine Ausbildungsmöglichkeit verschafft hätte.

Für die Werktätigen insgesamt ist dieses Programm nicht sinnvoll, weil ihre Steuergelder den Kapitalisten zugeschustert werden und weil ein Teil der Hauptschüler eine noch schlechtere Ausbildung erhalten wird.

Daß die Werktätigen dafür zahlen, daß sie arbeiten bzw. ausgebeutet werden dürfen, davon träumen die Kapitalisten schon immer und dieser Traum geht durch das Sonderprogramm der SPD/FDP-Regierung in Erfüllung.

Damit dieser Traum schnell ausgeträumt ist, dafür muß die Arbeiterklasse und das werktätige Volk selber sorgen. Auf die bürgerlichen Parteien kann man sich nicht verlassen, denn auch die CDU hat grundsätzlich keine anderen Vorstellungen als die SPD/FDP.

Die Werktätigen müssen solche Forderungen aufstellen, die ihre Jugend vor den Folgen der Krise schützt.

Dazu gehören in erster Linie:

Die **Anerkennung der Schulabgänger, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose**

ein Arbeitslosengeld in der Höhe von 60 % des durchschnittlichen Facharbeitsecklohns, entsprechend der Vergütung, die auch für die Jugendlichen in der Lehre erkämpft werden muß

Gegenüber solchen Einrichtungen wie "Förderlehrgänge" oder das jetzige Sonderprogramm der SPD/FDP in Nordrhein-Westfalen muß man dafür eintreten:

daß arbeitslose Jugendliche das Recht haben müssen auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl in der Berufsschule und auch Unterricht in solchem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können

Weiter muß man dafür einleintreten den Kapitalisten die Ausbildung zu entziehen und sie zur öffentlichen Angelegenheit unter Kontrolle des Volkes zu machen.

Die **gleiche Schulausbildung für alle bis zum 18. Lebensjahr zu fordern, die Einheitsschule. Die Ausbildung dort muß unentgeltlich und obligatorisch sein und die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion theoretisch und praktisch vermitteln. Die Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung und Lernmitteln muß der Staat bezahlen.**

J.W., Kommunistischer Arbeiterjugendbund Köln

VW Salzgitter: Gerüchte bestätigt

Die Pläne der VW-Leitung: Werkschliessungen, Teilstillegungen, Einschichtbetrieb

VW Salzgitter. Am 14. Februar hat die IG Metall Salzgitter ein Nachrichtenblatt für Mitglieder der IG Metall verteilt ("Für uns vom Volkswagenwerk Salzgitter"), das alle Jubeljahre erscheint. Kurz vor der Betriebsratswahl (im März) wird in diesem Flugblatt der Betriebsratsvorsitzende des Werkes Salzgitter, Rudi Anklam, "zur Situation im VW-Werk Salzgitter" von seinen Parteifreunden in der IG-Metall-Ortsverwaltung "interviewt". Vier Tage später gab der Betriebsrat bekannt, daß er Aufhebungsverträgen erneut zugestimmt hat. Im Werk Salzgitter sollen 200 Produktionsarbeiter und 50 Zeitlöhner ab 25. Februar freiwillig kündigen.

Erst vor wenigen Jahren wurde mit Millionen Mark aus Steuergeldern nach dem sogenannten Zonenrandförderungsgesetz das VW-Werk Salzgitter gebaut. Nachdem die Subventionen eingestrichen sind, "um Arbeitsplätze zu schaffen", werden jetzt Arbeitsplätze abgebaut. Alles zur Sicherung des Kapitals.

Dieses Flugblatt der IG Metall sollte "etwas Licht in das Dunkel" der Gerüchte bringen. Herausgekommen ist, daß es sich bei den Gerüchten über **Werksschließungen, Teilstillegungen oder Einführung von Einschicht–betrieb** um tatsächlich angestellte Überlegungen und Pläne im Vorstand des VW-Konzerns handelt. Und am 24. Januar hat der VW-Vorstandsvorsitzende Schmücker gegenüber dem Gesamtbetriebsrat nur erklärt, daß "Entscheidungen nicht vor der nächsten Aufsichtsratssitzung am 25. April" fallen würden. Die VW-Kollegen sind also genauso schlau wie vorher. Es ist ihnen lediglich eine Galgenfrist gesetzt worden.

Betriebsrat bestätigt Gerüchte über Rationalisierungsvorhaben

Daß die VW-Kapitalisten ganz kräftig Arbeiter und Angestellte wegrationalisieren wollen, wird erstmals vom Betriebsrat bestätigt. So hat der Vorstand in Wolfsburg sogenannte Wirtschaftlichkeitsberechnungen angestellt über den gesamten Fahrzeugbau zwischen Wolfsburg und Salzgitter.

Das Ergebnis kann nur sein, daß der Fahrzeugbau beider Werke in einem Werk zusammengelegt wird und etliche Arbeiter übrig gemacht werden. Weiterhin ist im VW-Vorstand ein Plan in Überlegung, den **Einschichtbetrieb** einzuführen. Auch damit würden wiederum hunderte oder tausende Arbeiter "freigesetzt". Weiterhin planen die VW-Kapitalisten, die Verwaltungen der Werke Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter an einem Ort zusammenzulegen. Auch hier werden wie bei jeder Rationalisierungsmaßnahme Arbeiter und Angestellte "überflüssig" gemacht. Eines ist aber in jedem Fall sicher, daß die Arbeit nicht weniger wird. Im Gegenteil, sie wird für jeden einzelnen Arbeiter und Angestellten mehr werden. Bei sämtlichen bisherigen Rationalisierungsmaßnahmen haben die VW-Kollegen diese Erfahrung machen müssen.

Aber diese Rationalisierungsmaßnahmen der VW-Kapitalisten sind nur die Spitze des Eisbergs. Wie in den vergangenen Ausgaben der KVZ berichtet, wird seitens der VW-Kapitalisten ständig versucht, die Stückzahlen zu steigern, und dort wird automatisiert, wo die Leistung der menschlichen Arbeitskraft nicht mehr gesteigert werden kann. Das nebenstehende Bild des Fräsmaschinen-Automaten verdeutlicht dies. Denn auf der anderen Seite gibt es zahlreiche Maschinen und Arbeitsgänge, wo die Arbeiter die zu bearbeitenden Teile mit der Hand einlegen und wieder herausnehmen müssen, weil der Arbeiter dies fast oder genauso schnell mit der Hand machen kann wie eine automatische Einlegevorrichtung.

Jeder, der einen Kopf zum Denken und Augen zu sehen hat, erfährt bei jeder Rationalisierungsmaßnahme, daß für den Kapitalisten der Mensch nur Kostenfaktor und Ausbeutungsobjekt ist. Wie aber verhält sich der Betriebsrat? Nicht nur, daß der Betriebsrat Aufhebungsverträgen zustimmt, er verbreitet zugleich Illusionen, als ob die Arbeitnehmervertreter (z.B. IG-Metall-Vorsitzender Loderer) im drittelparitätisch besetzten Aufsichtsrat etwas gegen die Profitinteressen der Aktionäre durchsetzen könnten. In jedem Fall können die Gewerkschaftsvertreter im Aufsichtsrat von der Zweidrittelmehrheit der Aktionäre überstimmt werden; zudem sind alle im Aufsichtsrat an das "Betriebswohl" gebunden und handeln danach.

Die Einheit der Belegschaft gegen die Kapitalisten herstellen

Es kommt vielmehr darauf an, die entscheidende Flanke abzusichern, nämlich die Einheit der Kollegen unter einheitlichen Forderungen herzustellen. Es ist nicht einfach "an der Zeit, vom Vorstand für ein klares Wort zu sorgen", sondern die Vertreter der Kollegen im Vertrauensleutekörper und im Betriebsrat müssen klare Verhältnisse schaffen. Appelle an "alle Verantwortlichen, im Aufsichtsrat dafür Sorge zu tragen, daß der Fahrzeugbau im Werk Salzgitter erhalten bleibt und ebenso einschneidende Maßnahmen wie der Einschichtbetrieb verhindert werden", reichen nicht aus.

Der Betriebsrat sagt, daß seine "Hauptaufgabe ist und bleibt der Erhalt, die Sicherung der Arbeitsplätze". Erfolgreich kann die Sicherung der Arbeitsplätze nur sein, wenn alle Kollegen in allen Werken sich dafür einsetzen. Weil die folgenden Forderungen im Interesse aller Kollegen sind, ist es möglich und notwendig, die Einheit dahinter herzustellen:

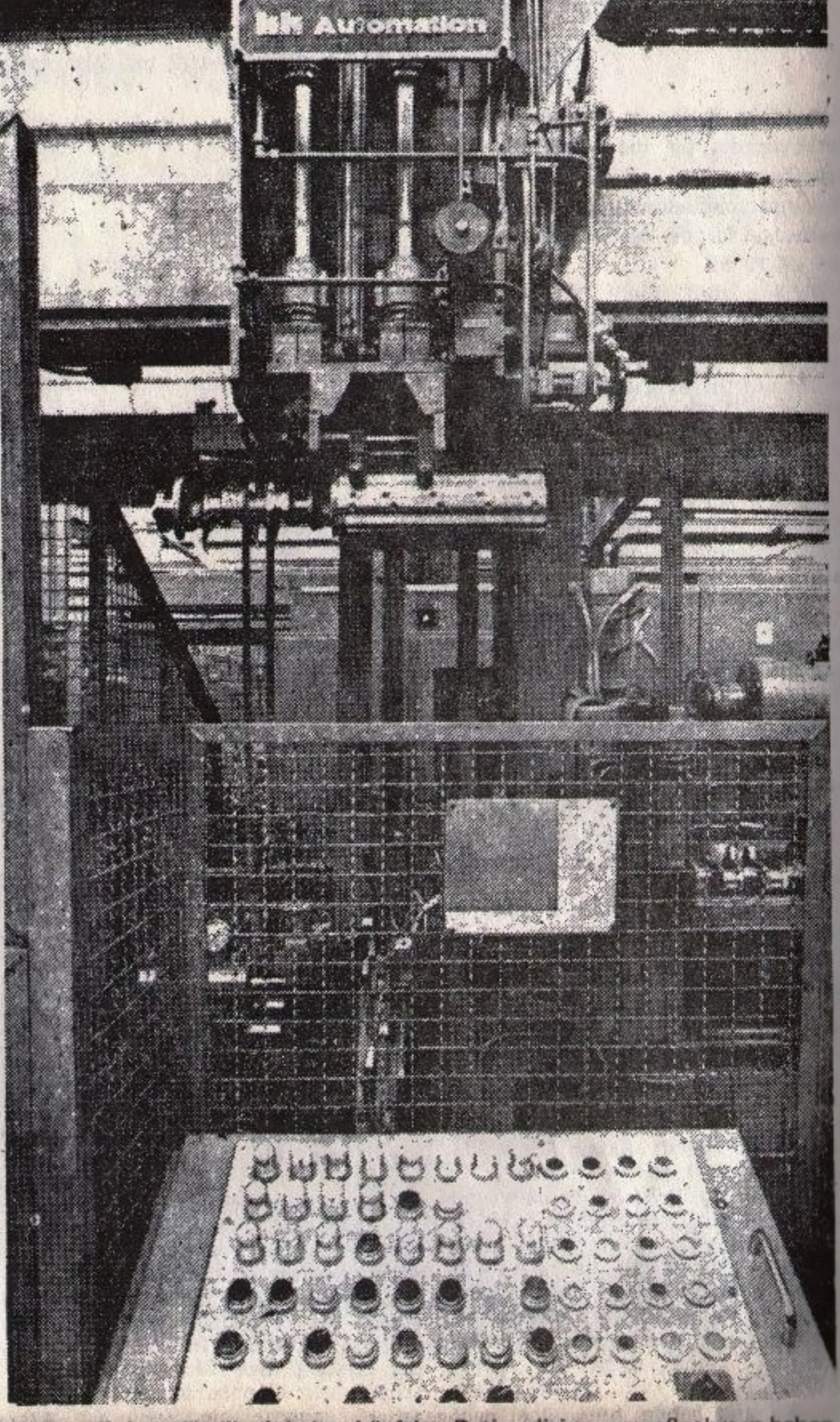
- **Keine Erhöhung der Stückzahlen!**
- **Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit durch die VW-Kapitalisten!**
- **Keine Entlassungen!**

Sympathisantengruppe Salzgitter, H.

VW–Kassel: Wieder Kurzarbeit

Kassel. Vom 27.2. bis 4.5.75 wird es erneut Kurzarbeit bei VW-Baunatal geben.

Die Anzahl der betroffenen Arbeiter wurde noch nicht bekanntgegeben. Bei der letzten Kurzarbeit waren es 12 000 von den insgesamt 16 000. Schuld daran soll "die schleppende Entwicklung bei der Tochtergesellschaft Audi-NSU" sein, von der das Kassler Werk als zentraler Getriebefertigung mitbetroffen sei. (HNA, 18.2.75)



Welche Folgen für die Arbeiter künftige Rationalisierungsmaßnahmen haben, zeigen die bisherigen: Hier im VW-Werk Salzgitter eine Fräsmaschine zur Bearbeitung von Kurbelwellen mit der Schalttafel zur Überwachung, was ein Fortschritt in der Produktion ist. Aber wo früher mehrere Kollegen gearbeitet haben, bedient jetzt nur noch ein Arbeiter die vollautomatische Maschine. VW wirft die übrigen Kollegen auf die Straße.

Stotz-BBC schafft Hausfrauenschicht ab

Den Kolleginnen wird das Arbeitslosengeld vorenthalten / IG Metall strengt Prozeß an

Heidelberg. Nachdem die Kolleginnen von der Hausfrauenschicht bei Stotz von der Geschäftsleitung völlig im unklaren darüber gelassen wurden, ob, wie und wann die Hausfrauenschicht aufgelöst würde, kommt eine weitere Schikane auf sie zu: Diejenigen Kolleginnen, die aus der Hausfrauenschicht entlassen werden sollen und nicht in die Tagesschicht übernommen werden können, sollen noch nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhalten. Die Begründung: Sie seien ja nicht mehr weiterzuvermitteln, da sie (wegen Kindern) ja nur abends arbeiten wollten, aber im Amtsbezirk Heidelberg gibt es keine Hausfrauenschicht mehr. Dies ist eine Unverschämtheit, da die Frauen jahrelang Arbeitslosenversicherung bezahlt haben und ihnen das Geld zusteht. Schließlich können sie ja nichts dafür, daß es hier keine Arbeitsplätze gibt, die für sie akzeptabel sind! Zum Beispiel könnten diese Kolleginnen durchaus tagsüber arbeiten, wenn in den Betrieben Kindergarten- und -hortplätze zur Verfügung stünden. Gerade bei Stotz wird gegenwärtig sogar die Auflösung des bestehenden Kinderhorts geplant! In der Gewerkschaftszeitung "Metall" hieß es in einem Artikel unter der Überschrift "Unglaublicher Umgang mit Arbeitnehmerinnen im Jahr der Frau" dazu: "Die Betriebsräte waren machtlos (angesichts der Auflösung der Hausfrauenschichten, Anm. des Verf.), weil es keine Arbeitsplätze in den Firmen mehr gab, die es erlauben, tagsüber die Kinder zu versorgen. Kindergartenplätze aber fehlen.

Dies ist aber nicht richtig. Natürlich kann sich der Betriebsrat bei Stotz dagegen einsetzen, daß der Kinderhort aufgelöst wird, und dafür, daß alle Kinder drinnenbleiben dürfen und er sogar noch ausgebaut wird.

Solange die Kolleginnen aus der Hausfrauenschicht bereit sind, wieder zu arbeiten, allerdings unter Bedingungen, die für sie akzeptabel sind, muß ihnen auch Arbeitslosengeld gewährt werden. Die IG Metall strengt jetzt einen Prozeß an, um diesen berechtigten Anspruch der Kolleginnen durchzusetzen. Dieser Schritt ist richtig.

Zelle Stotz/Graubremse

Aus: Ortsbeilage Heidelberg zur KVZ Nr. 7

Stotzarbeiterinnen nach einem Tag harter Arbeit

Betriebsratswahlen vorbereiten

Ein Programm aufstellen und zum Maßstab nehmen

Harvester/Heidelberg. In den letzten Jahren haben sich in den Auseinandersetzungen der Belegschaft mit der Geschäftsleitung bestimmte Forderungen herauskristallisiert

Die Forderungen, die bisher von einzelnen Kollegen und von einzelnen Abteilungen aufgestellt worden sind, aber für die ganze Belegschaft Bedeutung haben, müssen von allen Kollegen aufgenommen und bekräftigt werden.

Im Hauptlager ergriff der Kollege Köhler die Initiative und schrieb einen offenen Brief an den Vertrauenskörper, den viele Kollegen in seiner Abteilung und in anderen Abteilungen für richtig hielten. In dem offenen Brief hieß es unter anderem: "Für die Betriebsratswahlen ist daher notwendig, die Forderungen der Belegschaft in einem Programm zusammenzufassen. Nur so hat die Belegschaft auch einen Maßstab, mit dem sie die Kameraden beurteilen kann. Meines Erachtens muß das Programm folgende Schwerpunkte haben:

1. Gesundheitsgefährdende Arbeitsbedingungen, vor allem Lärm und schlechte Luft, müssen beseitigt werden. Wirksame Lärmschutzmaßnahmen gilt es durchzusetzen, die Prüfstände für die fertigen Maschinen müssen im Freien sein. Gegen die schlechte Luft werden beispielsweise Nachbrenner auf den Dieselstaplern gebraucht, vor allem aber wirksame Absaug- und Klimaanlagen.
2. Die geplante Ausweitung der Produktion um 30 % in diesem Jahr soll ohne auch nur annährend gleiches Wachstum der Belegschaft vor sich gehen. Das heißt mehr Arbeit und mehr Belastung für die Belegschaft. Es gilt zu verhindern, daß diese Ausweitung der Produktion durch Kürzung der Akkordzeiten, durch stärkere Belastung der Arbeiter im Zeitlohn und der Angestellten durch schärfere Kontrollen, durch Überstunden und Samstagsarbeit auf dem Rücken der Belegschaft ausgetragen wird.
3. Ein anderer Werksarzt muß eingestellt werden und das Gesundheitswesen im Betrieb muß in die Hand des Betriebsrats kommen.

Der Kollege Köhler beantragte außerdem auf der Grundlage dieses Programms einen Platz auf der Gewerkschaftsliste. Auf der Vertrauensleutesitzung wurde der Brief mit dem Programm vorgelesen. Den meisten Vertrauensleuten leuchteten die Forderungen gleich ein. Dennoch wurde das Programm nicht weiter behandelt und der Antrag des Kollegen Köhler auf einen Listenplatz abgelehnt, weil er Mitglied des Kommunistischen Bundes Westdeutschland sei und sowieso aus der IGM ausgeschlossen werde. Aufgestellt wurde dann eine Liste mit den meisten der jetzigen Betriebsräte und einige andere Kandidaten aus dem Vertrauensleutekörper. Viele Kollegen hatten nur Kopfschütteln und Unverständnis übrig für die Entscheidung des Vertrauensleutekörpers, den Kollegen Köhler nicht auf der Gewerkschaftsliste kandidieren zu lassen

Auf der Vertrauensleutesitzung eine Woche später, stellten die Betriebsräte Müller und Weber den Antrag, daß der Kollege Kappes aus dem Ersatzteillager von der Gewerkschaftsliste gestrichen werde. (Müller wurde besonders bekannt dadurch, daß er einen fünftägigen Streik der Harvesterkollegen im Mai 1973 für eine Lohnerhöhung die streikenden Frauen vom Ersatzteillager mit allen möglichen Tricks an die Arbeit zurücklotsen wollte Müller und Weber begründeten dies damit, sie könnten mit dem Kollegen nicht zusammenarbeiten. Der Vertrauensleutekörper nahm den Antrag nach einigem Hin und Her mit 17:12 Stimmen an. Daraufhin war die Empörung im Ersatzteillager vor allen Dingen im Lager unter den Arbeiterinnen und Arbeitern groß. Obwohl der Betriebsrat Müller für seinen Antrag Stimmung zu machen versuchte, kamen in kurzer Zeit 67 Unterschriften für die Kandidatur des Kollegen Kappes zustande. Auf der Vertrauensleutesitzung am 5.2.75 nahmen die Vertrauensleute ihre Entscheidung zurück-

Unter der 10%-Forderung kann gegen die Druckkapitalisten nicht angetreten werden!

Am Montag, dem 24.2., hat die Große Tarifkommission der IG Druck und Papier eine Forderung von 10 % beschlossen. Der laufende Tarifvertrag ist zum 31. März gekündigt. Die Druckkapitalisten haben diese Forderung gleich als "völlig überzogen" kritisiert (Mannheimer Morgen, 25.2.). Hinauslaufen soll diese Tarifauseinandersetzung auf einen Abschluß zwischen 6 % und 7 %, wie im öffentlichen Dienst und Metallbereich; bei der Papierverarbeitung war bereits am 22.1. mit 6,6 % abgeschlossen worden.

Mit diesem Beschluß hat sich die Große Tarifkommission ausdrücklich in Gegensatz zu dem erklärten Willen und zu den Beschlüssen der Mitgliedschaft gestellt. In wichtigen Bezirken und Großdruckereien sind im Januar und Februar Forderungen in Mark und Pfennig aufgestellt worden; gefordert wurden 1 Mark, 1,25 Mark; an einigen Orten ist festgelegt worden, daß kein Kollege unter 90 Pfennig aus der Tarifrunde herauskommen darf. Gute Bedingungen sind also geschaffen worden, um den Druckkapitalisten entgegentreten zu können.

Wie wird die Große Tarifkommission ihren Beschluß rechtfertigen?

Denn mehr als eine Rechtfertigung kann es nicht werden. Stotz, Mitglied des Hauptvorstandes und Redakteur des Zentralorgans, hat die Linie schon beim 6,6 %-Abschluß in der Papierverarbeitung angegeben: "Was solche Kritiker (des Abschlusses) sagen können und sagen werden, ist zum großen Teil richtig. Aber es genügt eben auch in der Tarifpolitik nicht, recht zu haben. Man muß sein Recht auch durchsetzen können, und dazu fehlten in diesem Jahr alle Voraussetzungen." (druck und papier, 3.2.)

Alle Voraussetzungen sollen fehlen? Entscheidende Voraussetzung ist eine Gewerkschaftsorganisation, die sich den Kapitalisten entgegenstellt. Den Angriffen der Druckkapitalisten sind die Druckarbeiter entgegengetreten und haben ihnen nicht nachgegeben. Gerade die Kapitalisten in der Druckindustrie haben 1974 wie auch dieses Jahr die Lage der Druckarbeiter scharf angegriffen: durch Stillegungen, Schließungen von Abteilungen, Kurzarbeit auf der einen Seite, Verschärfung der Arbeitshetze und Verlängerung des Arbeitstages auf der anderen Seite. Das hat die Druckarbeiter gezwungen, die Lage zu untersuchen, ihre Interessen klar zu formulieren und die Mittel zu deren Durchsetzung festzulegen.
Für den Gedanken der Partnerschaft mit den Kapitalisten ist da wenig Boden geblieben. Das Element der Bewußtheit ist gefördert worden. Gezeigt hat sich: Gibt man dem Kapitalisten den kleinen Finger, nimmt er die ganze Hand. Die Kapitalisten setzen auf die Angst vor Stillegung und Entlassung, wollen die Spaltung zwischen denen, die Arbeit haben, und denen, die arbeitslos sind, ausnutzen. Dagegen haben die Druckarbeiter ihre Solidarität und Kraft organisiert – sowohl im Betrieb, wie sie auch dazu übergegangen sind, ihren Forderungen durch Demonstrationen Nachdruck zu verleihen. Darüberhinaus sind sie für die Solidarität aller Arbeiter eingetreten und für die Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat. In Frankfurt und Hamburg ist für den 7-Stunden-Tag eingetreten worden, in Frankfurt für Forderungen gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit, weil richtig von der Tatsache ausgegangen wird, "daß in der Krise die Arbeitshetze in den Betrieben verschärft, der Abbau sozialer Errungenschaften beschleunigt wird und verursacht durch Rationalisierungen, Konkurse und Überkapazitäten auch in der Druckindustrie die Zahl der Arbeitslosen steigt, es unbedingt erforderlich ist und ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität, Forderungen gegen die Folgen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu erheben und innergewerkschaftliche Maßnahmen für arbeitslose Kollegen zu beschließen." (Resolution der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Frankfurt vom 15.2., siehe KVZ Nr.6/75)

Fortschritte in der Einheit

Deshalb haben sie sich auch bei der Beratung und Aufstellung der Forderungen für die Tarifrunde wenig kopfscheu machen lassen durch die Hetze gegen ausreichende Lohnforderungen. Wenn dieses Jahr auf den Mitgliederversammlungen und in den Vertrauensleutekörpern weitgehend Forderungen in Mark und Pfennig aufgestellt worden sind, so drückt sich in diesen mehr aus als nur die Höhe und Art und Weise der Lohnforderung.
In ihnen kommt zum Ausdruck, daß die Druckarbeiter sich einheitlich gegen die Kapitalisten stellen wollen und dafür die notwendigen Voraussetzungen schaffen. Nicht wenige Berichte haben gezeigt, daß dieses Jahr die langjährige Debatte, ob prozentuale oder Mark- und Pfennig Forderung ihren Abschluß gefunden hat. Man muß feststellen: Dieses Jahr ist ein beträchtlicher Fortschritt in der Herstellung der Einheit erzielt worden.

Die Drucker haben Mittel zum Kampf in der Hand

Gut, so werden manche Sozialdemokraten sagen, aber die Abschlüsse im öffentlichen Dienst und in der Metallindustrie sind gelaufen. Wenn es die nicht gepackt haben, dann kann es die IG Druck, eine kleine Gewerkschaft, erst recht nicht packen. Zunächst: Sicher ist die IG Druck eine kleine Gewerkschaft, 160 000 Mitglieder an der Zahl. Aber diese Zahl hat Gewicht und Bedeutung. Das gewerkschaftliche Leben ist relativ entwickelt; vor allem aber haben die Drucker gegenüber den Kapitalisten einiges in der Hand. Das zeigen die Erfahrungen der betrieblichen Aktionen wie auch der Streik 1973: Die Arbeit niedergelegt oder auch nur den Andrucktermin verzögert – schon fangen die Kapitalisten an, zu zetern und zu jammern, weil es ihnen auf das Anzeigengeschäft schlägt. Vor allem aber ist es so, daß nicht die Metaller und die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst diese Abschlüsse herbeigeführt und gewollt haben, sondern die Politik ihrer Führung zur Lohnverkürzung geführt hat.

Außerdem sind solche Worte Gejammer. In Gejammer brechen bloß solche Sozialdemokraten aus, die den Kapitalisten und dem bürgerlichen Staat wohlwollend und freundlich entgegenkommen wollten und dann einen kräftigen Tritt bekommen haben. Die Druckarbeiter haben bisher nicht gejammert, sie haben die Gegenwehr organisiert. Natürlich: Durch die Abschlüsse in den beiden wichtigsten Gewerken ist die Lage schwieriger geworden, beträchtlich sogar. Wer wollte das bestreiten! Schwieriger für die Drucker und günstiger für die Kapitalisten. Zweifellos. Kann dann aber der richtige Ratschlag sein, kräftig dazu beizutragen, daß die Lage für die Druckkapitalisten noch günstiger wird und für die Drucker noch schwieriger? Daß die Drucker gleich zu Kreuz kriechen, klein beigeben und die Kapitalisten mit Handkuss einen 6,6 %-Abschluß bekommen?
Ein solcher Abschluß ist erstens Lohnraub. Zweitens wird er seine Folgen haben im Kampf gegen die Druckkapitalisten. Diese werden sich sagen: Haben wir das gut über die Bühne gebracht, dann können wir noch mehr. Gleich nach dem Abschluß werden sie auf die übertariflichen Zulagen losgehen. Das haben sie schon letztes Jahr versucht. Im Betrieb werden sie die Knute schärfer zu schwingen versuchen – im Bewußtsein, daß sie mit einem solchen Abschluß der erreichten Einheit der Drucker und in der Druckgewerkschaft einen Schlag versetzt haben. Nicht wenig steht also auf dem Spiel.
Und: Erwarten die Metallarbeiter und die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst, daß ihr Abschluß jetzt gleich für die Druckindustrie übernommen wird? Erwarten sie, daß die Drucker sang- und klanglos die Tarifrunde aufgeben? Bestimmt nicht. Sie haben diese Abschlüsse nicht gewollt und ihre Solidarität wird auf Seiten der Druckarbeiter sein. Sie werden auf sie schauen.

Die Einheit der Drucker ist stark

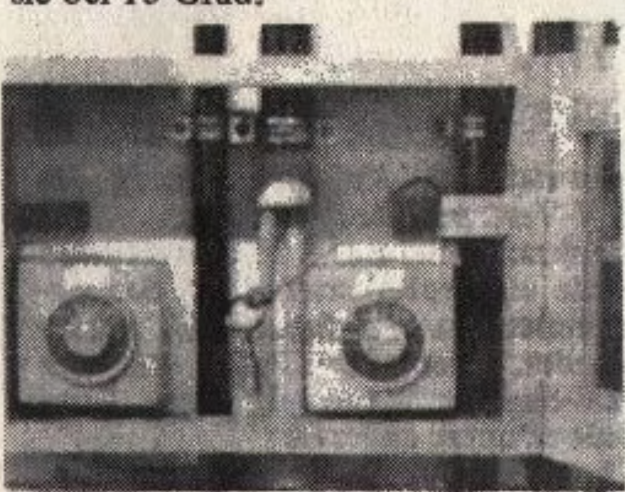
Realistisch ist es also keineswegs, die erreichte Einheit in der Druckgewerkschaft zu verschenken. Sie ist stark. Sie ist deshalb stark, weil auf den Mitgliederversammlungen und in den Vertrauensleutekörpern sorgfältig die Lage besprochen worden ist, lange über die Forderung, die notwendig ist und tauglich für die Einheit, beraten worden ist und dann verantwortlich Beschlüsse gefaßt worden sind.
Krasses Gegenstück ist das Vorgehen der Großen Tarifkommission. Die Lage hat sie bloß von der Seite der Druckkapitalisten her untersucht. "In der Lohntarifpolitik des Jahres 1975 bläst den Gewerkschaften der Wind ins Gesicht." (druck und papier, 3.2.) Beläßt man es dabei, wird man in der Tat an die Wand geblasen. Die Forderungen der Ortsorganisationen hat sie bestenfalls zur Kenntnis genommen und dann den unverantwortlichen Beschluß über 10 % gefaßt.
Vom Betrieb und von der Gewerkschaft her muß verlangt werden, daß die 10 % so nicht stehenbleiben. Notwendig ist es, daß die Mitglieder der Großen Tarifkommission sich vor den Gewerkschaftsmitgliedern rechtfertigen und daß man sie einlädt; vom Hauptvorstand muß die erneute Einberufung der Großen Tarifkommission verlangt werden. Die Forderungen, die von den Mitgliedern aufgestellt worden sind, sind gut geeignet für die Auseinandersetzung mit den Kapitalisten. Deshalb muß für sie eingetreten werden. –HJH–

Geschichte des Thermostat

Wie die Kapitalisten mit allen Mitteln und Tricks Profite herausholen wollen, zeigen die drei Bilder auf der rechten Spalte.

Dazu schrieb uns ein Genosse aus einem Waiblinger Kleinbetrieb:

Bis vor der sogenannten Energiekrise waren in dem Betrieb, in dem ich arbeite, die Thermostaten für das Warmluftgebläse frei zugänglich. Während der Sparmaßnahmen der Kapitalisten und ihrer Regierung vor rund einem Jahr wurden dann die Thermostaten in unserer Werkstatt von 17 auf 15 Grad heruntergesetzt. Das hatte zur Folge, daß es uns mehrmals zu kalt war und wir deshalb die Thermostaten selbst höher drehten. Da unser Kapitalist aber ein sehr sparsamer Mann ist, zumindest was uns angeht, so tat er natürlich sein möglichstes, um die Heizkosten zu senken. Er ließ um die Thermostaten verschließbare Kästen bauen, vorne mit einer Glasscheibe, um die Einstellung im Auge behalten zu können (Bild 1 zeigt diesen Kasten geöffnet). Es war aber in der Werkstatt häufig zu kalt. Der Betriebsrat stellte die Forderung auf, daß die Temperaturen zwischen 17 und 18 Grad sein sollten und daß der Betriebsrat die Kontrolle darüber hat.
Der Kapitalist ging aber auf die For derung nicht ein. Jetzt griff er zu einem anderen Mittel.
Die Geschäftsleitung war der Meinung, daß die Wand, an der der Thermostat befestigt ist, zu viel Kälte abstrahlt. Der Thermostat stand auf 15 Grad, in der Werkstatt betrug die Temperatur dann zwischen 16 und 17 Grad.
Jetzt hatte man folgenden Lösungsvorschlag: Während die Kästen abgeschraubt waren, wurde der Thermostat auf eine Isolierplatte (etwa 10 mm stark) geschraubt, damit die Kälte der Wand nicht auf ihn wirkt (Bild 2: Isolierplatten auf den beiden Thermostaten). Doch der gewünschte Erfolg trat immer noch nicht ein, und sicher hat unser Kapitalist darüber nicht schlafen können. Zwei Wochen später hatte er wieder einen Einfall. Der sah so aus: Jetzt wurde der Holzkasten so gebaut, daß anstelle der Glasscheibe eine versetzte Holzplatte befestigt wurde, so daß seitlich Schlitze frei wurden (Bild 3). Der Grund für diese Konstruktion war folgender: Weil eine Glasscheibe isoliert, soll sie die Wärmezirkulation verhindert haben. Jetzt sollte durch die Schlitze die Luft besser eintreten können.
Fazit: In der Werkstatt beträgt die Temperatur derzeit 15 Grad. Der Holzkasten hat zweifellos für die Kapitalisten einen Vorteil. Man kann nicht mehr sehen, wie die Thermostaten eingestellt sind. Sicher stehen sie bei 13 Grad.


Thermostat im Glaskasten.


Isolierplatten auf den beiden Thermostaten.


Die Thermostaten sind jetzt im Holzkasten.

IG Druckforderungen

Festgeldforderungen in Berlin, München und Mannheim

Westberlin. Am Montag, dem 17.2., fanden in allen westberliner Bezirken die Mitgliederversammlungen der IG Druck statt.

Im Jahr 1974 wurden 900 Drucker entlassen, im Moment sind 600 arbeitslos. Gleichzeitig wurde in den Betrieben die Arbeitshetze enorm gesteigert und mehr Überstunden und 12-Stunden-Schichten mußten gearbeitet werden. Gegen diese Angriffe auf ihre Lebensbedingungen forderten die Drcuker in Schöneberg, Kreuzberg und Tempelhof: "Verbot der Überstunden und strikte Einhaltung des 8-Stunden-Tages."

In Steglitz wurde außerdem gefordert, daß die IG Druck unter diesen Forderungen noch vor dem 1. Mai Demonstrationen organisiert und auf der 1. Mai-Demonstration diese Forderungen erhoben werden. Auch die Schöneberger Mitgliederversammlung und die zentrale Jugendgruppe der IG Druck und Papier fanden Einheit unter diesen Forderungen eine Demonstration anzustreben.

Zur Lohntarifrunde

Schöneberg. Festgeldbeträge in Mark und Pfennig müssen aufgestellt werden. Der Beschluß des Betriebsrates von Mercator (Druckerei vom "Abend" und "Tagesspiegel") nach 40 DM Vorweganhebung und 150 DM mehr für alle wurde auf den meisten Mitgliederversammlungen begrüßt, aber noch keine Forderungen aufgestellt; ebenso wurde auf der Betriebsräte- und Vertrauensleutekonferenz noch keine bestimmte Festgeldforderung beschlossen, vertreten wurden Forderungen zwischen 90 Pfennig bis 1,25 DM mehrheitlich wurde der Vorschlag des Vorstandes nach Prozentforderung abgelehnt.
Die zentrale Jugendgruppe beschloß ohne Gegenstimme:
60 % des Facharbeiterlohnes.

–nach einem Bericht von F.W., Ortsgruppe Westberlin–

München. Am 13. Februar beschloß die Mitgliederversammlung der IG-Druck und Papier Ortsverein München folgende Forderungen zur Tarifrunde:

- 45 Mark wöchentlich mehr für alle
- Absicherung der außertariflichen Zulagen
- eine halbe Stunde bezahlte Pause (7 1/2 Stundentag)
- Laufzeit 10 Monate
- Gehilfenstaffelung: 1. und 2. Gehilfenjahr entfällt

Ausbildungsvergütung:

480 DM	1. Lehrjahr
500 DM	2. Lehrjahr
600 DM	3. Lehrjahr
744 DM	4. Lehrjahr

Wegen Widerstand entlassen

Bauer-Druck Köln entläßt Kollegen

Am Donnerstag, den 25. Februar, wurde der Kollege Tribaldos während der Spätschicht von der Geschäftsleitung fristlos entlassen.
Schon seit einiger Zeit versuchen die Bauer-Kapitalisten in der Abteilung Rotativ Kollegen rauszurationalisieren. Der Kollege Tribaldos arbeitete hier an den Paletten. Am vergangenen Donnerstag in der Spätschicht sollte ein Kollege von den Paletten abgezogen werden. Die Kollegen verlangten vom Vorarbeiter, den Meister zu holen. Der Meister bezeichnete diese Aufforderung als Unverschämtheit und Beleidigung. Darauf gingen einige Kollegen zusammen mit Tribaldos zum Betriebsrat. Der Betriebsratsvorsitzende Nöbel gab auf die Beschwerden der Kollegen die Antwort, daß er vom Kollegen Tribaldos die Nase voll habe! Als Tribaldos darauf sagte, er führe sich wie ein Diktator auf, platzte Nöbel heraus, Tribaldos sei schuld "an der allgemeinen Unruhe, die es jetzt da unten gibt".
Hierzu muß man wissen, daß der Kollege Tribaldos der sozialdemokratischen Betriebsratsmehrheit ein Dorn im Auge ist, weil er sich konsequent für die Kollegen eingesetzt hatte. Wegen seiner Haltung hatten ihn in der vergangenen Woche 126 Kollegen für die Gewerkschaftsliste zur Betriebsratswahl vorgeschlagen. Zehn Minuten nach dieser Auseinandersetzung erhielt Tribaldos die fristlose Kündigung wegen Störung des Betriebsfriedens. Damit er seine Kollegen nicht mehr hierüber informieren konnte, wurde er vom Betriebsrat zusammen mit dem Meister festgehalten, die schließlich sogar die Polizei holten, um ihn aus dem Werk zu bringen.

Druckzelle der Ortsgruppe Köln

Unterschriftensammlung für Lohnforderung 1 DM mehr

Mannheim. Obwohl die Ortsvereinsversammlungen in vielen Orten zur Tarifrunde noch nicht durchgeführt worden sind, hat die Große Tarifkommission den Termin ihres ersten Zusammentreffens kurzfristig und ohne rechtzeitige Information der Kollegen auf den 24.2. gelegt. So sollten die Kollegen aus der Vorbereitung der Tarifrunde herausgehalten werden.
Die Kollegen bei der Mannheimer Morgen Großdruckerei erkannten klar den Grund dieses Schachzuges und beschlossen deshalb, sofort eine Forderung auf Betriebsebene aufzustellen, um die Taktik der Tarifkommission zu durchkreuzen, um klar ihren Interessen gegenüber denen der Kapitalisten Ausdruck zu verleihen. Der Vertrauensleutekörper führte innerhalb des Betriebes eine schriftliche Abstimmung über Höhe und Form der Forderung durch. Das Ergebnis: 60 % der abstimmenden Kollegen sprachen sich für eine lineare Vorweganhebung ohne bestimmte Höhe aus, 65 % für eine lineare Lohnerhöhung von 1 DM in der Stunde für alle. Das Ergebnis wurde der Großen Tarifkommission übermittelt. In dieser Abstimmung kommt klar zum Ausdruck, daß die Kollegen der Mannheimer Morgen Großdruckerei (MMGD) nicht bereit sind, sich zugunsten des sogenannten Gemeinwohls den Interessen der Kapitalistnen zu unterwerfen. –Betriebszelle MMGD–

Postgewerkschaftsvorsitzender sprach vor Vertrauensleuten

Zur Tarifrunde / Kollegen weisen auf die Rationalisierungen hin

Am 13. Februar fand im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine Vertrauensleuteversammlung der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) statt, zu der der DPG-Vorsitzende Ernst Breit eingeladen war. 150 Vertrauensleute waren anwesend.
Aus Frankfurt erreichte uns dazu ein Bericht:

Tarifverhandlungen

Herr Breit erklärte feierlich:
1. Der Sockelbetrag von 50 DM muß auf jeden Fall durchgesetzt werden.
2. Man solle froh sein, daß überhaupt ein Sockelbetrag in der Forderung enthalten sei; er sei gegen das Interesse der ÖTV durchgesetzt worden.

Das ist nichts weiter als Verarschung. Genau 6 Tage nach dieser flammenden Verfechtung des Sockelbetrages stand nach Presseberichten bei den Tarifverhandlungen fest: 6 %, einmalige Zahlung von 100 DM, 13 Monate Laufzeit; nur Fragen der Strukturveränderung sind noch strittig. Wer hier den "unabdingbaren" Sockelbetrag sucht, der sucht lange und vergebens. Und das Urlaubsgeld von 300 DM? Auch hier war Ernst Breit der festen Überzeugung (zumindest erweckte er den Anschein): Das Urlaubsgeld wird durchgesetzt! Geglaubt haben ihm das auf dieser Vertrauensleuteversammlung die wenigsten.
Die Kollegen wollten es genau wissen: Warum ist der Sockelbetrag in der Forderung der DPG (6 % und 50 DM) so niedrig? Die Forderungen, die in den Betrieben aufgestellt wurden, sahen da doch ganz anders aus! Warum überhaupt noch Prozentforderungen? Über 90 % der Bediensteten der Deutschen Bundespost sind im einfachen oder mittleren Dienst. Ihnen nützen Prozente verdammt wenig.
Ernst Breit sagte, das sei alles richtig, und er denke genauso, und überhaupt sei ein möglichst hoher Sockelbetrag wünschenswert, aber ...
Wir müßten Solidarität üben, Solidarität mit der ÖTV. Und die ÖTV habe nun mal kein Interesse an hohen Sockelbeträgen, sie wolle hohe Prozentforderungen.
Sieht man sich die ganzen Forderungen an, die in ÖTV-Mitgliederversammlungen aufgestellt wurden – das ganze klingt wie blanker Hohn. Liest man dann noch in der KVZ Nr. 6, daß sich ÖTV-Chef Kluncker in Mainz für Festgeldforderungen stark gemacht hat, dann weiß man Bescheid. Diese Herren vertreten sicher nicht die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder; sie kochen ihr eigenes Süppchen.

Rationalisierung

Ernst Breit hatte es nicht angesprochen, die Kollegen machten ihn darauf aufmerksam: Bei der Post wird rationalisiert. Kollege Breit hatte natürlich gleich eine Antwort parat: das Rationalisierungsschutzabkommen. Er wurde belehrt. Zwar darf aufgrund des Abkommens vorläufig niemand aus Rationalisierungsgründen entlassen werden, es gibt aber andere Möglichkeiten. Kollegen werden aus nichtigen Anlässen rausgeschmissen, andere werden zu anderen Stellen versetzt und man spekuliert darauf, daß sie lieber kündigen, als den Laufburschen zu spielen. 3 600 Ausbildungsplätze werden 1975 nicht besetzt. Und das ist erst der Anfang.
Ein Kollege sprach es konkret an. Am Hauptbahnhof Frankfurt wird ein neues Postamt gebaut. Wenn es fertig ist, sollen 40 % des Personals eingespart werden. Wo sollen diese Leute hin, wenn sie nicht entlassen werden dürfen? Sie werden versetzt. Aber an den anderen Ämtern wird das gleiche gemacht. Am Schluß bleiben massenweise Kollegen übrig, für die es keine Dienstposten mehr gibt. Und hierfür gibt es im Rationalisierungsschutzabkommen einen Passus. In ihm steht sinngemäß, daß das Abkommen aufgehoben ist, wenn ein bestimmter wirtschaftlicher Tiefpunkt erreicht ist. Man braucht diesen also nur anzurufen, und schon kann die Post entlassen.
Überhaupt ist das eine wichtige Sache. Die meisten Postkollegen glauben, daß sie einen "sicheren" Arbeitsplatz haben. Das mag im Moment zwar so aussehen, trifft aber im Endeffekt nur auf die Beamten zu. Die Arbeiter und Angestellten der Deutschen Bundespost sind sehr wohl gefährdet. Deshalb ist es notwendig, die Kollegen im öffentlichen Dienst, vor allem auch bei Post und Bahn, für den Kampf gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit zu gewinnen.
Zur Versammlung noch abschließend: Ernst Breit wurde weder gefeiert noch geehrt. Die meisten Kollegen waren nicht gekommen, sich das Breit'sche Evangelium predigen zu lassen; sie waren gekommen, um neue Informationen zu erhalten, um den DPG-Vorsitzenden zu kritisieren. So verlief auch die Veranstaltung. Beifall für Breit war spärlich; die von ihm öfter eingelegten Beifallspausen verliefen fast ausnahmslos in peinlicher Stille. Dafür erhielten die Kollegen, die aufstanden und ihre Meinung sagten, umso mehr Applaus.

–P., Frankfurt

ÖTV-Verhandlungskommission gegen Schlichtungsspruch

ÖTV-Tarifrunde Seeleute

Hamburg. Am 19. Februar hat der Schlichter der Tarifrunde in der Seeschiffahrt einen Vorschlag gemacht: Anhebung der Heuer um 6,5 %, einen Zuschlag für Arbeit an Sonn- und Feiertagen und Erhöhung des Urlaubs ab 1.4.1975 um einen halben Tag auf Schiffen über 1 000 bzw. 1 600 brt (Bruttoregistertonnen).

Der Verband deutscher Reeder und der Verband deutscher Küstenschiffseigner aber und die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) haben dem Vorschlag sofort zugestimmt.
Die Verhandlungskommission der ÖTV hat den Schlichtungsspruch abgelehnt. Ihre Forderungen lauten: Anhebung der Heuer um 6 % und 100 DM. Überstundenbezahlung für alle Arbeiten an Sonn- und Feiertagen auf See und Erhöhung des Urlaubs um einen Tag pro Monat. In einem Flugblatt der ÖTV vom 19. Februar heißt es: "Wenn aber die Forderung der Seeleute nach Abschaffung der 56-Stunden-Woche auf See mit einem billigen Sonntagszuschlag abgespeist werden soll (ein Matrose bekäme statt 8,21 pro Bord-Wachstunde an Sonn- und Feiertagen auf See nur 2,02 DM) oder die Forderung der Seeleute nach einem Festbetrag von 100 DM – der insbesondere für die niedrigeren Grundheuern der Mannschaften notwendig wäre – mit keinem einzigen Pfennig berücksichtigt werden soll, dann handelt es sich um eine eindeutig gegen die Interessen der Seeleute gerichtete Provokation. Dies ganz besonders angesichts der sehr guten Verdienste der Reeder im Jahr 1974."

Die ÖTV-Verhandlungskommission hat dem Schlichtungsspruch also nicht zugestimmt. Ob die Tarifkommission Seeschiffahrt zustimmt oder nicht, wird davon abhängen, wie die Seeleute jetzt noch in die Tarifrunde eingreifen. Zwei Telegramme der MS Hagen und der MS München sind gute Beispiele dafür, wie die Seeleute Einfluß nehmen können auf die Tarifrunde. Diese Telegramme wurden auf einer zentralen Seeleuteversammlung vorgelesen und sie fordern die Gewerkschaft auf, keine Abstriche von ihrer Forderung zu machen und sich in der Tarifrunde auf die Kraft der Seeleute zu stützen.

–A., Hamburg–

Arbeit beim Roten Kreuz

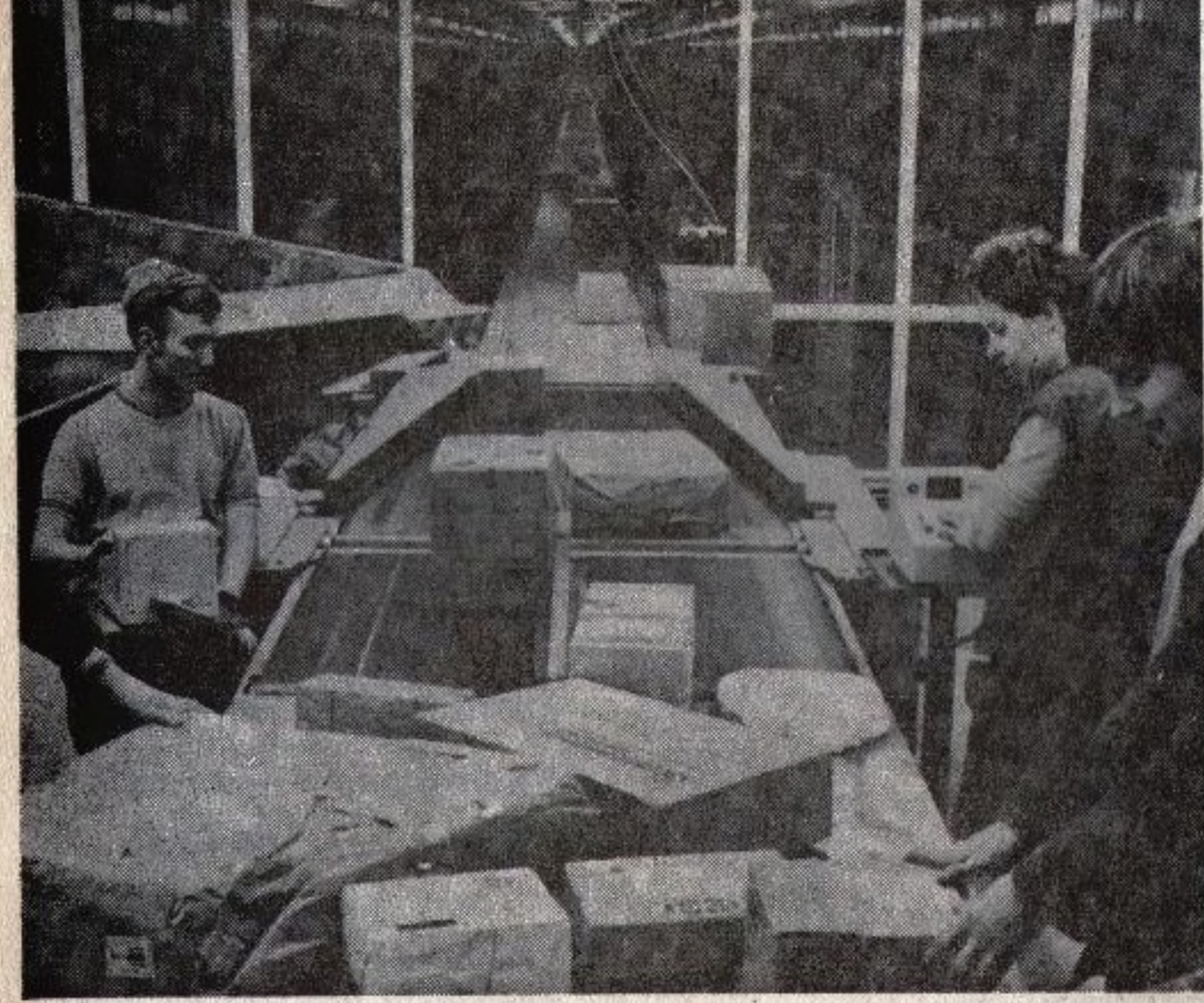
Durchschnittlich 60–Stunden–Woche / Ruinierung der Gesundheit

Kaiserslautern. Die Arbeitsbedingungen beim Roten Kreuz in Kaiserslautern zeigen deutlich, auf wessen Rücken notwendige, für die Kapitalisten aber unrentable Einrichtungen, wie z. B. der Rettungsdienst, getragen werden:

Wir müssen täglich zehn Stunden arbeiten, von morgens 7 bis abends 18 Uhr. Dazu kommt noch der Nachtdienst und der Bereitschaftsdienst an Wochenenden und Feiertagen. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt also ca. 60 Stunden die Woche. Die vielen Überstunden, die regelmäßig gearbeitet werden, werden aber keineswegs vergütet, sondern sie werden als (unbezahlte) Bereitschaftsstunden gezählt.
Für die Angestellten beim Roten Kreuz bedeutet dies zum einen einen Lohn, der in keiner Weise der geleisteten Arbeit entspricht, und zum anderen die Ruinierung ihrer Gesundheit durch die überlange Arbeitszeit. Die geringe freie Zeit, die einem da noch bleibt, langt gerade zur eigenen körperlichen Wiederherstellung, also zum Essen und Schlafen. Zeit für eigene Interessen und Familie hat man da fast gar nicht.
Durch die lange Arbeitszeit läßt auch die Konzentration der Fahrer nach. Gerade die Fahrten mit Blaulicht und die Rettungsmaßnahmen erfordern aber ein Höchstmaß an Konzentration. Das bedeutet im Notfall für den Patienten zusätzliche Gefahren bei der Ersten Hilfe und während des Transportes, wegen Übermüdung und Überanstrengung der Sanitäter.
Einzelne Proteste der Fahrer werden von der Geschäftsleitung stets zurückgewiesen mit dem Argument: "Wir sind ein wohltätiger Verein und können uns nicht leisten, noch mehr Leute einzustellen oder mehr zu bezahlen. Wenn es ihnen nicht paßt, können Sie ja in die freie Wirtschaft gehen!"
Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und die Uneinigkeit unter den Fahrern, die durch die Bevorzugung von einzelnen geschürt wird, hinderten die Kollegen bisher daran, einheitlich gegen diese unmöglichen Arbeitsbedingungen anzukämpfen. Welches Interesse die Geschäftsleitung an der Sicherheit ihrer Angestellten hat, zeigt auch die Tatsache, daß nur in zwei von zwanzig Wagen vorschriftsmäßige Sicherheitsgurte sind, obwohl gerade wir fast täglich bei Unfällen erleben, welche Folgen es haben kann, wenn man nicht angeschnallt ist.

Postlehrlinge werden verschoben

Lehrlinge sollen Zusatzvertrag unterschreiben, der Verschiebung zuläßt



Am Paketband

Bremen. Die Bremer Fernmeldelehrlinge werden jetzt von der Post massiv erpreßt: Bevor sie nach der Lehre einen Arbeitsvertrag bekommen, müssen sie einen Zusatzvertrag unterschreiben, in dem sie sich bereit erklären, überall eingesetzt zu werden. Unterschreiben sie nicht, bekommen sie keinen Arbeitsvertrag und werden arbeitslos, bevor sie überhaupt arbeiten konnten.

Viele Lehrlinge sind empört über dieses Vorgehen, denn der Zusatzvertrag bedeutet die Zustimmung dafür, 5 Jahre in einem anderen Ort und Beruf (Zusteller, Packer etc.) arbeiten zu müssen, wenn es die Post für notwendig hält. Die Post schafft sich so eine Manövriermasse von Arbeitskräften, die nach Belieben verwandt werden kann. Schwieriger ist es, gegen diesen Zusatzvertrag den Kampf aufzunehmen, denn die Organisation der Lohnabhängigen, die Gewerkschaft, hat einen Vertrag mit dem Bundespostministerium abgeschlossen, der diese Maßnahmen absichert.

Auf einer Lehrlingsversammlung in Bremen, zu der nur wenige Lehrlinge gekommen waren, wurde das Vorgehen der Deutschen Postgewerkschaft von einem Funktionär der Deutschen Postgewerkschaft verteidigt. Er meinte, daß nur so die Arbeitsplätze gesichert werden könnten. Dem stand wie ein Hohn entgegen, daß gerade 15 Lehrlinge einen Drohbrief bekommen hatten, in dem ihre schlechten Leistungen und Vergehen (Zuspätkommen) gerügt wurden und gedroht wurde, daß ein Arbeitsvertrag nur erreichbar sei, wenn sich die Leistungen erheblich verbessern. Diese 15 Lehrlinge waren ganz beliebig herausgepickt worden, denn solche "Vergehen" konnte man allen Lehrlingen vorwerfen. Durch diese Briefe soll vorbereitet werden, daß einige Lehrlinge überhaupt keinen Vertrag bekommen, die anderen aber schon so diszipliniert sind, daß sie alles unterschreiben. Mit ähnlichen Briefen wird auch bei den älteren Kollegen manövriert, ihnen wird angedroht, wenn sie weiterhin zu oft krank (6 mal im Jahr) seien, müßte sich die Post leider von ihnen trennen. Auch die älteren Kollegen werden hin und her geschoben werden, das kündigte der Bundespostminister Gescheidle in seinen "Neujahrsgrüßen an seine lieben Mitarbeiter" an.

Noch ist uns kein Fall solch einer Verschiebung in andere Orte bekannt, aber dieses wird mit Sicherheit kommen. Der erste Schritt wird bei den Lehrlingen gemacht, die jetzt im März ihre Lehre abschließen.

Die Lehrlingsversammlung legte deshalb fest, daß der Ortsjugendausschuß und die Personaljugendvertretung sofort die Information über diese Maßnahmen unter alle Kollegen tragen und bald eine erneute Jugendversammlung durchgeführt wird. Durch Beschlüsse auf dieser Versammlung und anderen Gewerkschaftsversammlungen muß der Kampf gegen die Verschiebungen aufgenommen werden, dabei muß man den Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft auffordern, seine Position zu ändern, denn sie ist eine schlechte Politik.

–Betriebszelle Post Bremen–

IG Chemie

Auseinandersetzung über Forderung

Wuppertal. Auf der Vertrauensleutesitzung der IG Chemie in Wuppertal wurde über die Lohntarifforderung beraten.
Es wurde darüber abgestimmt, wer dafür ist, daß eine Prozentforderung mit Anhebung der untersten Lohn- und Gehaltsgruppen gestellt wird. Dafür stimmten 89 der Versammelten. Die Kommunistische Gruppe Wuppertal schreibt in einem Bericht an die Kommunistische Volkszeitung:
"Die 59 anderen Vertrauensleute stimmten gegen die Prozentforderung. Denn es war nicht einzusehen, warum nicht über eine Prozentforderung mit Nennung eines Mindestbetrages abgestimmt wurde, obwohl Betriebe wie Bayer und Wülfing Mindestbeträge (mindestens 140 bzw. 130 DM) aufgestellt hatten. Vor der Abstimmung wurde jede vernünftige Diskussion um die Forderung nach Festgeld oder Mindestbetrag abgewürgt."
Letztenendes einigte sich die Mehrheit auf 9,5 %.
Für die Auszubildenden wurde die Forderung der jungen Vertrauensleute von Bayer angenommen:

1. Lehrjahr	75 DM
2. Lehrjahr	90 DM
3. Lehrjahr	105 DM
4. Lehrjahr	120 DM

ÖTV

Protestbrief gegen Tarifabschluß

Schwetzingen. Auf der Sitzung des ÖTV-Vertrauensleutekörpers des Kreiskrankenhauses Schwetzingen wurde ein Protestbrief gegen den unzureichenden Tarifabschluß verabschiedet. Der Brief geht an den ÖTV-Hauptvorstand. In dem Brief heißt es unter anderem:
"Dieser Tarifabschluß ist darüber hinaus gewerkschaftsschädlich, da er das Vertrauen der Beschäftigten in die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaft erschüttert.
Mit diesem Tarifabschluß ist die Gewerkschaftsführung vollständig von ihren früheren Verhandlungspositionen (6 %, 50 DM Sockelbetrag und 300 DM Urlaubsgeld) abgewichen und hat sich nahezu den Vorstellungen der Arbeitgeber und der Politiker angeschlossen, die das Ergebnis freudig begrüßt haben."

GEW

Gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse

Die Bezirkstagung des Arbeitskreises für junge Lehrer und Erzieher (AjLE) Kurhessen hat am 17.2.1975 in Kassel zwei Resolutionen übernommen, die vom Kreisverband Offenbach/Land bzw. vom Bezirksverband Frankfurt zur Landesvertreterversammlung der GEW Hessen eingebracht werden.

1. Die Bezirkstagung des Arbeitskreises für junge Lehrer und Erzieher (AjLE) Kurhessen verurteilt die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und fordert die sofortige und öffentliche Zurücknahme aller in dieser Richtung weisenden Beschlüsse und fordert alle GEW-Mitglieder und GEW-Gremien auf, entschieden gegen die Berufsverbote und die Entrechtung im öffentlichen Dienst zu kämpfen.
2. Die Bezirkstagung des Arbeitskreises für junge Lehrer und Erzieher (AjLE) Kurhessen hält Unvereinbarkeitsbeschlüsse für kein geeignetes Mittel, innergewerkschaftliche Konflikte und Auseinandersetzungen zu lösen. Sie erklärt deshalb, mit allen satzungsmäßigen und gewerkschaftlichen Mitteln für eine Änderung dieser Unvereinbarkeitsbeschlüsse einzutreten.

Osnabrück. Am 19. Februar fand die Jahreshauptversammlung der GEW Osnabrück-Stadt statt. Es waren ca. 120 Kolleginnen und Kollegen gekommen, davon ungefähr 20 Studenten. Gemessen an der Größe des Verbandes – 550 Mitglieder – war die Versammlung recht gut besucht.
Hier wurde ein Antrag mit Mehrheit angenommen, der beinhaltet, daß allein die lohnabhängige Stellung sowie die Erklärung zum Gewerkschaftseintritt zur Voraussetzung der **Mitgliedschaft gemacht werden kann. Der Antrag wendet sich weiter gegen irgendwelche politischen Bekenntnisse, die zur Grundlage der Mitgliedschaft gemacht werden, bzw. gegen Ausschlußverfahren, deren Begründung in nicht erbrachten politischen Bekenntnissen liegt.**



150 Berufsschüler kamen zur Veranstaltung der Schülermitverwaltung.

"Wir sind nicht bereit, diese Zustände länger hinzunehmen"

Gegen die miserablen Verhältnisse an der Berufsschule stellen die Schüler ihre Forderungen auf

Bielefeld. 150 Jugendliche verabschiedeten auf einer von der Schülermitverwaltung der Carl-Severing-Berufsschule, Abteilung Metallgewerbe, organisierten Veranstaltung zur Lage der Arbeiterjugend in Bielefeld eine Resolution, die ihre Forderungen festlegt.

Schon im Herbst hatte eine Starkstromelektrikerklasse in einem Schreiben gegen den Unterrichtsausfall (über 50 %), die immer größer werdende Durchfallquote bei der Facharbeiterprüfung und gegen die Gewohnheit der Kapitalisten, die Lehrlinge noch nach dem Unterricht in den Betrieb zu kommandieren, protestiert und arbeitsfreie Berufsschultage und 12 Stunden Unterricht pro Woche gefordert. 40 Klassen hatten sich dem Schreiben angeschlossen.

Die GEW und mehrere Jugendgremien der Gewerkschaften hatten das Schreiben unterstützt. Dennoch hatten die SPD-Funktionäre im DGB-Kreisjugendausschuß abgelehnt, in der Stadt und in den Betrieben eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Nachdem in Bielefeld aber die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen schon über 400 gestiegen war, die Durchfallquote bei den Prüfungen im Januar noch höher lag, entschloß sich die Schülermitverwaltung, die Sache in die eigene Hand zu nehmen, eine Veranstaltung vorzubereiten und auf eine Demonstration hinzuarbeiten. In den Pausen wurde der Resolutionsvorschlag diskutiert. 150 kamen zur Veranstaltung, trotz der Hetze einzelner Lehrer und der Schulleitung. Die Versammlung beauftragte die Schülermitverwaltung, auf der Basis der verabschiedeten Resolution (siehe Kasten) eine Gesamtschülerversammlung und eine Demonstration vorzubereiten.

Die Schülermitverwaltung will insbesondere die Forderungen zielstrebig in die Jugendvertretungen und die Vertrauensleutekörper in den Betrieben hineintragen.

S.E., Bielefeld

gen festlegt.

Schon im Herbst hatte eine Starkstromelektrikerklasse in einem Schreiben gegen den Unterrichtsausfall (über 50 %), die immer größer werdende Durchfallquote bei der Facharbeiterprüfung und gegen die Gewohnheit der Kapitalisten, die

Schreiben unterstützt. Dennoch hatten die SPD-Funktionäre im DGB-Kreisjugendausschuß abgelehnt, in der Stadt und in den Betrieben eine Unterschriftensammlung durchzuführen. Nachdem in Bielefeld aber die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen schon über 400 gestiegen war, die Durchfallquote bei den Prüfungen im Januar noch höher lag, entschloß sich

verabschiedeten Resolution (siehe Kasten) eine Gesamtschülerversammlung und eine Demonstration vorzubereiten.

Die Schülermitverwaltung will insbesondere die Forderungen zielstrebig in die Jugendvertretungen und die Vertrauensleutekörper in den Betrieben hineintragen.

S.E., Bielefeld

Resolution zur Lage der arbeitenden Jugend in Bielefeld:

Die Lage der arbeitenden Jugend ist schlecht:

- Die arbeitende Jugend erhält eine schlechtere Ausbildung als die Jugendlchen der besitzenden Klasse; sie wird bereits nach dem 9. oder 10. Schuljahr lohnabhängig.
- Viele finden nach der Schulzeit keine Lehrstelle und stehen ohne einen Pfennig Arbeitslosenunterstützung da.
- Der Berufsschulunterricht ist unzulänglich, weil über die Hälfte der vorgeschriebenen Zeit ausfällt. Die gesetzliche Schulpflicht bis zum 18. Lebensjahr ist deshalb ein Betrug.
- Sehr oft muß eine Lehrstelle angenommen werden, die überhaupt nicht der Interessenslage des Jugendlichen entspricht, oder nach deren Abschluß die erlernten Fähigkeiten nicht mehr gebraucht werden.
- Gerade in Kleinbetrieben dient der Lehrling als billige Arbeitskraft.
- Die Stufenausbildung spaltet die Lehrlinge in "dumme" und "schlaue", in "schlecht-" und "gutbezahlte" Arbeitskräfte.
- Sie werden oft nach Ausbildungsschluß nicht weiterbeschäftigt, und gerade aktiven Interessensvertretern wird oft fristlos gekündigt. Daran ändert auch der gesetzliche Kündigungsschutz nichts, da er nur bei Jugendvertretern Anwendung findet.

Wir sind nicht bereit, diese Zustände länger hinzunehmen. Wir fordern deshalb alle unsere Kollegen, junge und ältere Arbeiter und Angestellte, insbesondere alle Gewerkschaften auf, mit uns für folgende Forderungen einzutreten:

1. Eine einheitliche und gleichwertige Schulausbildung für alle Jugendlichen. Eine Schulausbildung, die jeden Jugendlichen mit den Hauptzweigen der Produktion theoretisch und praktisch vertraut macht. – Unterbindung aller Eingriffe der vorgesetzten Ämter, insbesondere der Industrie- und Handelskammer, in die Festsetzung der Lehrpläne.
2. Angemessenes Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger.
3. Streichung aller Sonderrechte des Lehrherrn im Ausbildungsvertrag (z. B. Weisungsrecht) – Streikrecht für Lehrlinge.
4. Weg mit der Stufenausbildung.
5. 12 Berufsschulstunden pro Woche. – Berufsschultage müssen arbeitsfrei sein.
6. Gesetzliche Garantie einer Lehrstelle für jeden Jugendlichen.

Sofort Maßnahmen ergreifen

Am 18.2. verabschiedete der Vorstand des Ortsverbandes der GEW auf Antrag des Arbeitskreises junger Lehrer und Erzieher (AjLE) folgende Resolution:

1) In der gegenwärtigen Krise erfährt die Arbeiterjugend unmittelbar, daß sie weder das Recht auf Ausbildung noch auf Arbeit besitzt. Dies bedeutet für viele Jugendliche, daß sie die Arbeitslosigkeit schon kennenlernen, noch bevor sie überhaupt in den Produktionsprozeß eingetreten sind.
Gleichzeitig ist es so, daß arbeitslose Schulabgänger nicht als Arbeitslose anerkannt werden und deshalb kein Arbeitslosengeld erhalten. Von der Arbeitslosigkeit sind in der Regel besonders die Sonder- und Hauptschüler betroffen, deren Eltern selbst nichts außer ihrer Arbeitskraft besitzen. Insofern stellt die Jugendarbeitslosigkeit eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Eltern dar.
Von den zuständigen Stellen wird nichts unternommen, damit die arbeitslosen Jugendlichen eine Ausbildung bekommen, die sie in einem bestimmten Beruf genauso qualifiziert, wie dies mit Lehrlingen geschieht. Die Forderungen nach einem 10. Hauptschulpflichtjahr und nach dem obligatorischen Berufsgrundschuljahr sind keine geeigneten Mittel dazu, weil sie mit keinerlei Abschluß enden, der zu qualifizierter Arbeit berechtigt. Außerdem erhalten die Jugendlichen für den Besuch der 10. Hauptschulklasse und der Berufsgrundschule keine finanzielle Unterstützung.

Der Vorstand des Ortsverbandes Bielefeld-Stadt der GEW ist jedoch der Meinung, daß man sofort Maßnahmen ergreifen muß, um die Jugendlichen vor den Folgen der Arbeitslosigkeit zu schützen, und fordert deshalb:

a) **Anerkennung der arbeitslosen Schulabgänger als Arbeitslose.**
b) **Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Schulabgänger in der Höhe des Existenzminimums, damit sie sich selbst ausreichend versorgen können.**
c) **Teilnahme an einer Facharbeiterklasse nach eigener Wahl in der Berufsschule für alle arbeitslosen Schulabgänger. Unterricht in dem Umfang, der sie befähigt, die Facharbeiterprüfung abzulegen.**

2) Zur Zeit sind in Bielefeld ca. 300-400 Jugendliche ohne Arbeit. Für den Schulentlaßjahrgang 1975 (lt. Neue Westfälische vom 18.1.1975 etwa 329 Sonderschüler, 1 691 Hauptschüler, 540 Realschüler, 150 Gymnasiasten) wird sich die Situation erheblich verschärfen. Damit die Forderungen zur Jugendarbeitslosigkeit in der Öffentlichkeit nachdrücklicher erhoben werden können, sind konkrete Fakten notwendig. Der Vorstand des Ortsverbandes Bielefeld-Stadt der GEW richtet deshalb einen Ausschuß ein, bestehend aus Mitgliedern der Fachgruppen Hauptschule, Realschule, Sonderschule, Berufsschule, Gymnasium, der durch Erhebungen in den Schulen feststellen soll, wieviele Schulabgänger im Sommer 1975 keine Lehrstellen finden. Dazu ist notwendig, daß der Vorstand die nicht funktionierenden Fachgruppen durch entsprechende Schreiben neu anregt.

3) Der DGB, Verwaltungsstelle Bielefeld, und die Bielefelder Lokalpresse sind über die beiden Beschlüsse zu informieren.

2500 Berufsschüler legen ihre Forderungen fest

Darmstadt: Gegen zu große Klassen, zu wenig Lehrer, häufigem Ausfall des Unterrichts und gegen miserable bauliche und sanitäre Verhältnisse an den Darmstädter Berufsschulen ha-

Folgende Forderungen wurden auf den Vollversammlungen festgelegt:
– 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen

2500 Berufsschüler legen ihre Forderungen fest

Darmstadt: Gegen zu große Klassen, zu wenig Lehrer, häufigem Ausfall des Unterrichts und gegen miserable bauliche und sanitäre Verhältnisse an den Darmstädter Berufsschulen haben auf 4 Vollversammlungen der Erasmus Kittlerberufsschule (Gewerbliche Berufsschule Metall und Elektro) über 2 500 Schüler fast einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Sollen Demonstrationen der Berufsschüler mit Unterstützung der Lehrer stattfinden. Sie sollen von der Schülervertretung und den Lehrern gemeinsam durchgeführt werden.
2. Es findet ein Unterrichtsboykott statt, der zu einem von der Schülervertretung festzusetzenden Zeitpunkt durchgeführt und entsprechend vorbereitet wird.
3. Wird der DGB und die GEW aufgefordert, die Aktionen der Berufsschüler an der Erasmus Kittlerberufsschule zu unterstützen und im Rahmen ihrer Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Verschlechterung der Berufsausbildung eine Podiumsdiskussion durchzuführen, an der sich Vertreter der Schülervertretung beteiligen können.

Folgende Forderungen wurden auf den Vollversammlungen festgelegt:
– 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen
– Keine Klasse über 25 Schüler
– Sofortige Bereitstellung von genügend Geldern für Lernmittel und Schulräume. Einstellung von genügend Gewerbelehrern!

Aus: Presseerklärung der Schülervertretung der Reasmus-Kitterlberufsschule, Darmstadt vom 21.2.1975

Demonstration geplant

Bremen. Am 8.2. hat der Kreisjugendausschuß des DGB in Bremen bekanntgegeben, daß er für den 28.2. eine Großveranstaltung im Bremer Berufsbildungszentrum und für den 20.3. eine Demonstration gegen die Misere der Berufsausbildung plant.

Für eine andere Zukunft

Ich habe mich für eine andere Zukunft entschieden, den Sozialismus

Im Herbst 1966 wurde ich eingeschult. Den 1. Intelligenztest habe ich nicht bestanden. Beim 2. bin ich knapp durchgekommen. In der 2. Klasse mußte ich zweimal 82-Tage wegen Bronchitis zur Erholung. Ich kam zurück, in eine Klasse mit 42 Schülern. Der Lehrer meinte, ich müsse jetzt auf die Sonderschule. Hier mußte ich wieder einen Intelligenztest machen. Dann mußte ich aufs Klo. Als ich rauskam, mußte ich brechen, so hygienisch war es da. Meine Mutter beschwerte sich auf dem Schulamt über die Mißstände an der Schule.

Sie wollte mich nicht hier lassen, da fing der auf dem Amt an zu schreien: "Was sind Sie für eine Mutter? Sind Sie doch froh, daß es Sonderschulen gibt." Sie wäre ja auch froh, sagte sie, aber sie sei dagegen, jeden x-beliebigen auf eine Sonderschule zu geben. Den Test, den ich auch hier machen mußte, bekam meine Mutter nicht zu sehen mit der Begründung, sie würde ihn ja doch nicht verstehen. Nachdem meine Mutter von einer Stelle zur anderen gejagt wurde (Mainz, Darmstadt), entschloß sie sich, mich aufs Internat nach Heidelberg zu geben. Hier durfte ich eine Sonderschule besuchen. In der 3. Klasse war ich sehr gut, so daß ich in die 4. Klasse versetzt wurde. Nach einem Jahr rief meine Lehrerin meine Mutter an. Sie solle mich hier wegholen, ich ginge hier seelisch kaputt, hieß es. Bevor ich wegmußte, durfte ich noch einen kleinen Intelligenztest machen. Jetzt sollte ich endlich in die 3. oder 4. Klasse der Volksschule kommen.

In Frankfurt angekommen, mußte ich wieder einen Intelligenztest machen, den ich nicht bestand. Der Prüfer sagte meiner Mutter, ich wäre nicht geeignet für die Volksschule – und weiter: "Die paar Tage machen den Kohl auch nicht fett." Nachdem der Kohl ein Jahr nicht fett wurde, ich aber immer noch nicht in der Schule war, wurde ich in die Hauptschule Goldstein, 5. Klasse aufgenommen, obwohl der Sonderschuldirektor (Heidelberg) in einem Brief darauf hinwies, daß ich in die 3. oder 4. Klasse aufgenommen werden sollte. Was passierte? Ich erreichte das Klassenziel nicht. Nachdem ich die 5. Klasse wiederholt hatte, kam ich aus "Altersgründen" in die 6. Klasse. Logischerweise kam ich nicht mit, dafür aber beschloß die Lehrerkonferenz, mich arbeiten zu schicken. Meine Mutter strengte einen Prozeß gegen das Land Hessen an, den sie, man höre und staune, verlor. Gut, nun hatte ich mich 1 Jahr nach einer Lehrstelle umgesehen. Erfolglos. Ich mußte also gezwungenermaßen die Stelle bei Schöller & Co annehmen. Nach 6 Wochen "Probezeit" stellte die Geschäftsleitung fest, daß ich nicht gut kehren könne. Ich solle mich anstrengen, hieß es. Es gäbe ja schließlich mehrere, die diese Arbeit mit Kußhand machen würden. Jetzt muß ich manchmal Überstunden machen. Abends kann ich dann nicht mehr geradeaus gucken. Wenn ich mal an der Maschine zugucke, um was zu lernen, kriege ich gesagt, ich sei nur für die Dreckarbeit da. Es ist klar: meine "Zukunft" ist verbaut. Ich werde wie viele andere als Hilfsarbeiter vor mich hinkrauchen, deshalb habe ich mich für eine andere Zukunft entschieden, den Sozialismus.

D.L. Schwanheim

Berechtigter Zorn

Zur Zeit warten die Arbeitslosen in Goslar ca. 10 Wochen auf ihr Geld. Durch diese lange Frist kommen die meisten von ihnen in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten.

Sie wissen nicht, wie sie laufende Zahlungen wie Miete, Raten etc. bezahlen sollen, bzw. ihre Lebensmittel. Mit diesen Schwierigkeiten stehen sie ziemlich hilflos da. An wen sollen sie sich auch wenden, um ihr Recht auf sofortige Zahlung des Geldes geltend zu machen? Sie gehen zum Arbeitsamt, fragen nach und werden vertröstet: "Ihr Antrag ist in der Bearbeitung. Das Geld kommt schon. Sie müssen Geduld haben." Davon sind aber z. B. die Vermieter nicht beeindruckt und wenn sie 2 Monate die Miete nicht kassieren können, kündigen sie dem Mieter und der Kaufmann läßt sich auch nicht lange auf das zu erwartende Arbeitslosengeld vertrösten. Ganz klar, daß der Arbeitslose eine Stinkwut bekommt. Ist es seine Schuld, daß er arbeitslos ist? Hat er seine Beiträge nicht immer bezahlt? Also sollen die beim Arbeitsamt mal in die Gänge kommen und rausrücken, was ihm zusteht. So landen täglich Beschwerdebriefe beim Arbeitsamt, die oft recht massive Drohungen enthalten: "Ich warte nun schon über 2 Monate auf mein Geld. Ich kann meine Miete nicht bezahlen und weiß nicht, von was ich in der nächsten Zeit leben soll.

Sollte meine Wohnung gekündigt werden, weil das Geld bis zum ... nicht auf meinem Konto ist, sollte sich der für meinen Antrag zuständige Sachbearbeiter nicht wundern, wenn er seine Wohnung in Flammen sieht. Schlafen kann er dann ja weiterhin im Arbeitsamt." Andere drohen damit, mit ihrem Fall an die Öffentlichkeit zu gehen (Bildzeitung, ARD Recht); einige versuchen es jedoch auch mit einem Appell an die Menschlichkeit der Bürokraten.

"Ich habe keinen Pfennig Geld mehr. Brauche dringend was. Kann die Wohnung nicht heizen und die Kinder weinen vor Hunger. Es handelt sich doch um einen echten Notfall. Ist nicht eine Barzahlung möglich, daß Sie das Geld schon morgen mit der Post schicken? Wenn nicht, weiß ich nicht mehr, was ich mache."

Im Arbeitsamt selbst kommt es auch öfters zu Handgreiflichkeiten. Diese Zustände werden jedoch gern so geheim wie möglich gehalten, da die Wut der Arbeitslosen berechtigt ist.

–H.S., Goslar–

Demonstrationen gegen die elende Lage der Arbeiterjugend

Über 13 000 Menschen haben in der letzten Woche in Hamburg, Frankfurt und Ludwigsburg gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungsmisere demonstriert, in Hamburg über 7 000, in Frankfurt 5 000, in Ludwigsburg 1 500. Alle drei Demonstrationen wurden im wesentlichen von den Gewerkschaften und von der Arbeiterjugend getragen. Sie zeigen: Die Kollegen sind nicht bereit, die verheerende Situation hinzunehmen, die durch die Krise der kapitalistischen Profitwirtschaft und die vom Staat betriebene Verrottung des Volksbildungswesens für die Jugendlichen aus der Arbeiterklasse und aus dem Volk entstanden ist. Die Demonstrationen waren machtvolle Manifestationen gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat. Sie haben erkennen lassen, wie die Einheit in den Gewerkschaften auf dem Boden des Kampfes gegen die Kapitalistenklasse voran gebracht werden kann und sie zeigen, daß das Bestreben nach dieser Einheit gewachsen ist. Sie können gut genutzt werden für die Vorbereitung noch machtvollerer Manifestationen der Arbeiterklasse für ihre Forderungen am 1. Mai.

–Red.–

Über 7000 demonstrierten in Hamburg

Hamburg. Am Mittwochabend nahmen an der gewerkschaftlichen Demonstration gegen Lehrstellenmangel und Jugendarbeitslosigkeit insgesamt über 7 000, vor allem Arbeiterjugendliche, teil. Organisiert wurde diese Demonstration von der Gewerkschaftsjugend und zahlreichen anderen Jugendverbänden. Getragen wurde sie hauptsächlich von der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterjugend. Unterstützt wurde sie von zahlreichen Betriebsräten und Gewerkschaftsgremien. Die deutsche Postgewerkschaft und die GEW Landesverband Hamburg hatten zur Teilnahme aufgerufen. Der Vertrauensleutekörper von Axel Springer hatte eine Grußadresse an die Demonstration verabschiedet

Jugendvertreter von 20 Hamburger Großbetrieben hatten zur Demonstration aufgerufen, darunter Beiersdorf, HEW, Später, Strüver, Phönix, Norddeutsche Affinerie, Axel Springer usw.

Es richtete sich diese Demonstration vornehmlich gegen den Lehrstellenmangel und die Jugendarbeitslosigkeit, und sie griff die Drohung der Kapitalisten an, 40 000 Lehrstellen zurückzuhalten, falls ihre politischen Ziele in der Berufsausbildung nicht durchgesetzt würden.

25 Krankenpflegeschüler und Krankenschwesternschülerinnen nahmen in ihrer Tracht an der Demonstration teil, und hatten Spruchbänder mit, die sich gegen die Sparmaßnahmen und die schlechte Ausbildung im Gesundheitswesen richteten. Soldaten in Uniform nahmen ebenfalls an der Demonstration teil.

Die Sprechparolen und die Transparente brachten den vielfältigen Protest gegen die Verschlechterung der Lage der Jugendlichen zum Ausdruck, aber auch die politischen Meinungsverschiedenheiten unter den Jugendlichen in der Gewerkschaft:

3 500 arbeitslose Jugendliche in Hamburg – gemeinsam sind wir stark; Für verstärkten Kündigungsschutz; Versorgungsnotstand an den Krankenhäusern – gegen die Sparmaßnahmen; Stoppt den Ausbildungsboykott der Unternehmer; Blechen soll der Unternehmer – kontrollieren müssen wir! Solche Transparente wurden vor allem getragen.

Von der SDAJ wurden vor allem Forderungen getragen: *Bildung statt Bomben; Miet- und Preisstopp; Studenten kämpfen für mehr BAFÖG, Arbeiter für mehr Lohn; Schafft Lehrstellen für alle Schulabgänger!; Mitbestimmung in der Berufsausbildung.*

Vom Kommunistischen Bund Westdeutschland wurden folgende Forderungen für die Demonstration vorgeschlagen:

Weg mit der Stufenausbildung

Berufsschulausbildung an 2 arbeitsfreien Wochentagen

Berufsschulausbildung an 2 arbeitsfreien Wochentagen

Unterricht für arbeitslose Jugendliche und Hilfsarbeiter in Facharbeiterklassen ihrer Wahl! Unterricht in einem Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können

Für Lehrlinge 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohnes

Anerkennung der Schulabgänger, die keine Arbeit finden als Arbeitslose

Arbeitslosengeld in Höhe von 60 % des durchschnittlichen Facharbeiterlohns

Zugangs- und Inspektionsrecht für Betriebsräte und Gewerkschaften an den Berufsschulen

Diese Forderungen wurden an verschiedenen Stellen der Demonstration getragen und als Sprechparolen aufgegriffen.

Die Demonstration war die größte, die Hamburg seit dem 1. Mai im letzten Jahr erlebt hat. L.P.Hamburg

Frankfurt: Massendemonstration gegen Ausbildungsmisere

5 000 demonstrierten am Samstag, dem 22.2., in Frankfurt gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit, gegen die Zustände im Schulwesen und die Nichteinstellung von über 600 Lehrern durch die hessische Landesregierung. Aufgerufen wurde von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW); es schlossen sich der DGB, der Kreisjugendausschuß des DGB, der Stadtschülerrat und der Allgemeine Studentenausschuß (AStA) der Universität und der Fachhochschule Frankfurt an. Neben anderen politischen Gruppen mobilisierte die Ortsgruppe des KBW und ihre Massenorganisationen für diese Protestaktion.

Die Stärke und Breite der Demonstration spiegelt die große Bereitschaft wieder, die durch die Krise beschleunigte Verschlechterung der Ausbildung der Jugend durch die Kapitalisten und ihren Staat nicht kampflos hinzunehmen. Daß die Ausbildung eines Jugendlichen völlig davon abhängig ist, ob ein Kapitalist ein Interesse daran hat, ihm eine Lehrstelle zu geben, stößt auf immer größere Ablehnung. Die Sparpolitik der Regierung, die ausgebildete Lehrer nicht einstellt, obwohl sie dringend gebraucht werden, während sie Steuergelder massenweise den Kapitalisten in den Rachen schaufelt, ist für immer mehr Menschen unerträglich. Viele arbeitslose Jugendliche, Lehrlinge und Jungarbeiter nahmen an der Aktion teil. Postler und einige Kollegen aus der IG Druck und Papier demonstrierten, daß die Arbeiter und ihre Gewerkschaften den Kampf um die Ausbildung unterstützen und in die Hand nehmen müssen.

Politisch war die Demonstration noch uneinheitlich. Die Sprecher der Gewerkschaftsführung, der Jusos, der DKP und des Sozialistischen Büros, die bisher in der Reformbewegung oft bestimmend waren, geraten in Schwierigkeiten, weil die Verhältnisse selbst ihre Parolen wiederlegen. So fordern sie "Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Lehrstellen". Solange man aber den Kapitalisten die Ausbildung von Lehrlingen als Privatangelegenheit überläßt, wird sich ein Recht auf Ausbildung nicht durchsetzen lassen. Deshalb muß der Kampf um die Ausbildung ausgerichtet werden auf den Kampf um die Einheitsschule. Es ist vergeblich, die Kapitalisten zur Vergabe von mehr Stellen zwingen zu wollen. Das ist ebenso aussichtslos, als würde man sie zur Abschaffung der Arbeitslosigkeit überhaupt auffordern.

'Auf die eigene Kraft vertrauen' und die Einheit zwischen Arbeiterklasse und Arbeiterjugend, zwischen Arbeitslosen und Arbeitenden herzustellen, diese Einsicht brachten über ein Drittel der Teilnehmer klar durch ihre Forderungen zum Ausdruck:

- **Berufsschule – 12 Stunden – zweimal in der Woche!**
- **Keine Arbeitslosenklassen – Facharbeiterausbildung!**
- **Für Jugendliche ohne Arbeit: Arbeitslosengeld vom Ecklohn 60 %!**
- **Keine Kontrolle der Ausbildung durch Staat und Kapitalisten!**
- **Keine Klassenschule mehr – es muß die Einheitsschule her!**
- **Die Schulen in des Volkes Hand!**
- **Sofortige Einstellung aller Lehrer!**

Die Protestaktion am 22.2. war eine erste erfolgreiche Sammlung der Kräfte. Die Kontrolle der Kapitalisten und des Staates über die Ausbildung zu bekämpfen, die Tagesforderung auf der Linie der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr und der Volkskontrolle über das Schulwesen durchzusetzen, muß das Ziel weiterer Aktionen sein.

Die Jugendarbeitslosigkeits-Kampagne des hessischen DGB für März/April bietet gute Möglichkeiten, die Debatte über die Ausbildung in die einzelnen Gewerkschaften und Betriebe zu tragen. Geplant sind gewerkschaftliche Arbeitstagungen und Lehrgänge, Information auf Betriebs- und Jugendvertreterversammlungen, Lehrlingswochen, Veranstaltungen, Stände und örtliche Kundgebungen. Schon jetzt sollten betriebliche und gewerkschaftliche Körperschaften die Sache in die Hand nehmen und organisieren.

Für alle diese Aktionen kann in den Schulen und Jugendhäusern mobilisiert werden und können eigenständige Aktionen durchgeführt werden. Lehrer und Erzieher, aber auch Studenten können diese Aktivitäten unterstützen. –W.R., Ffm/Red.–



1 500 demonstrierten in Ludwigsburg.

IGM Demonstration gegen Arbeitslosigkeit

Ludwigsburg. Demonstration gegen Arbeitslosigkeit (besonders bei Jugendlichen) – dazu rief die Ortsverwaltung der IG Metall Ludwigsburg am 20. Februar auf.

1 500 Jugendliche aus Ludwigsburg, Bietigheim, Kornwestheim, Stuttgart und Waiblingen folgten dem Aufruf, und es wurde die größte Demonstration seit Jahren in Ludwigsburg. Sehr viele Schüler, sogar ganze Schulklassen, nahmen daran teil. Die Demonstration hat gezeigt, daß die Unruhe unter der Jugend groß ist und daß sie mit ihrer Empörung nicht zurückhält.

Neben Parolen wie "**Die Bosse verdienen das große Moos – wir sind arbeitslos**" wurden auch Forderungen mitgeführt, die dem Kampf der Jugend eine Richtung weisen: "**Anerkennung aller Jugendlichen, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose – Arbeitslosengeld von mindestens 60 % des Ecklohns**" und "**Polytechnische Ausbildung für alle Jugendlichen – Einheitsschule bis 18 Jahre**".

Ortsaufbaugruppe Ludwigsburg

Gegen die Schulmisere

Groß-Gerau. 300 Kollegen haben am 21.2.1975 auf einer vom DGB und der GEW gemeinsam getragenen Versammlung gegen die Schulmisere, insbesondere die Nicht-Einstellung von 600 Lehrern, protestiert, eine Resolution verabschiedet und ein Aktionskomitee gegründet.

Nach einer heftigen Diskussion, die hauptsächlich von den anwesenden Eltern getragen wurde, verabschiedete die Versammlung **einstimmig** eine Resolution. Die Versammlung protestiert, heißt es darin, "*mit Entschiedenheit gegen die Nichteinstellung von 600 ausgebildeten Lehrern und Lehrerstudenten zum 1.2. in Hessen. Sie stellt fest, daß die Situation an den öffentlichen Schulen alles andere als zufriedenstellend ist.*" . . .

"Besonders hart sind von dieser Situation die Hauptschulabgänger betroffen, weil sie keine Lehrstellen bekommen und weil der Berufsschulunterricht laufend verringert wird. Bereits jetzt gibt es eine registrierte Zahl von über 11 000 jugendlichen Arbeitslosen in Hessen.

Bisher war Jahr für Jahr von den Kultusministerien als Antwort auf die zahllosen Elternproteste wegen Stundenausfall und schlechter Lehrersituation an den Schulen zu hören, es gäbe zu wenig Lehrer, das Geld sei wohl vorhanden. Plötzlich ist es in diesem Jahr so, daß es wohl Lehrer, aber kein Geld gibt.

Das ist kein Zufall!

Ursache dafür ist vielmehr, daß angeblich nicht vorhandene öffentliche Mittel als Steuergeschenke (sog. "Investitionsprämien") an die Unternehmer gehen, ohne jedoch auf Dauer die Arbeitsplätze sichern zu können.

Unsere Forderungen lauten:

- *Sofortige Einstellung aller ausgebildeten Lehrer und Lehrerstudenten*
- *Qualifizierte Schul- und Berufsschulausbildung für alle Jugendlichen*
- *Unterrichtung der arbeitslosen Jugendlichen in Berufsfachschulen ihrer Wahl in einem Umfang, der ihnen die Facharbeiterprüfung ermöglicht*
- *Anerkennung der Schulabgänger als Arbeitslose mit Berechtigung auf Arbeitslosengeld*
- *Bereitstellung von ausreichenden Einrichtungen im inner- und außerschulischen Freizeitbereich der Jugendlichen (Sozialarbeiter, Kindertagesstätten, Jugendzentren, Erziehungsberatungsstellen, therapeutische Einrichtungen)*
- *Gegen die politische Disziplinierung von Eltern, Schülern und Lehrern*
- *Gegen die Diskriminierung der ausländischen Lehrer und Schüler (ausreichender Deutschunterricht für die ausländischen Schüler; gleiche Rechte und gleiche Bezahlung für die ausländischen Lehrer).*

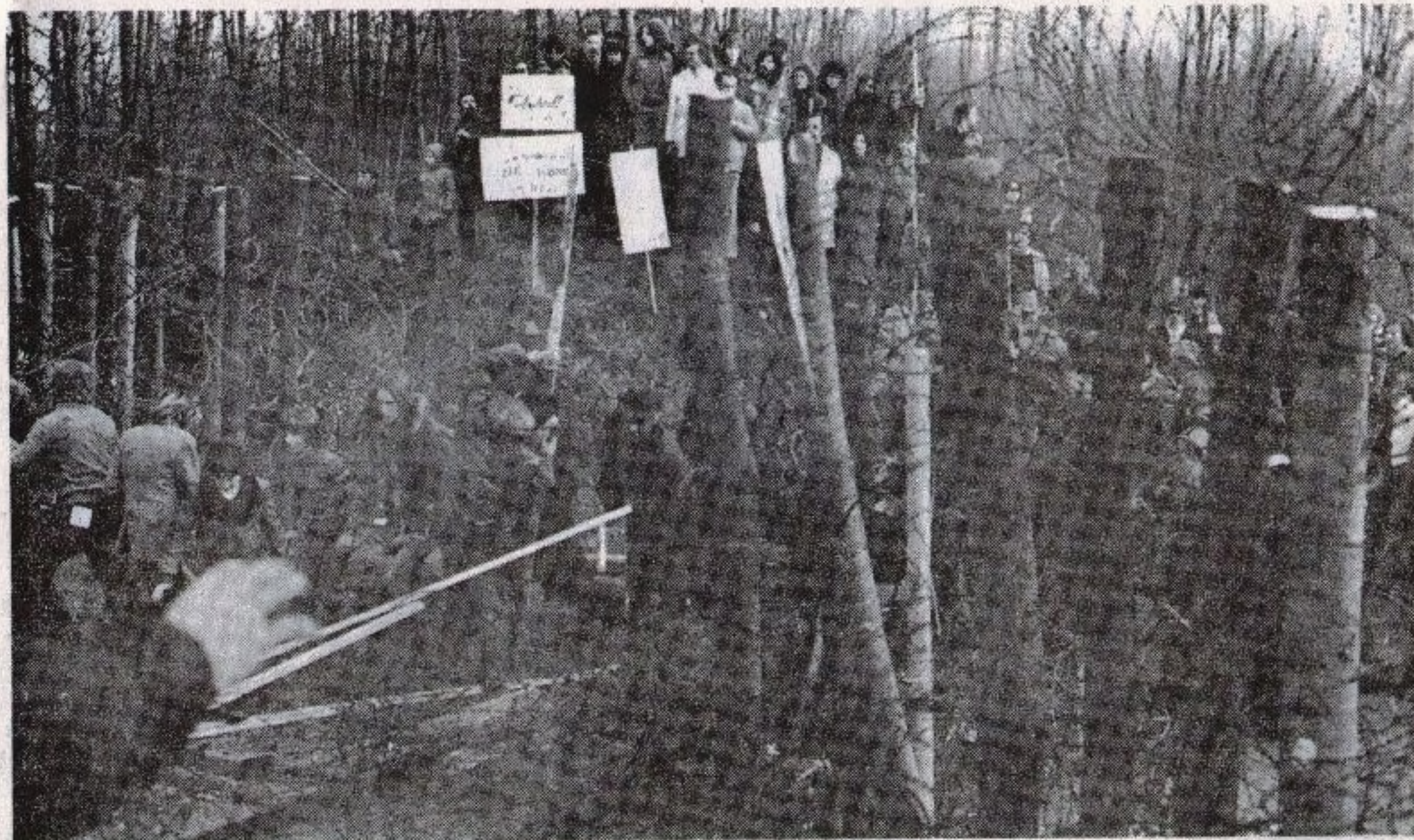
Wir werden uns mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln an die Öffentlichkeit wenden, indem wir

- *die Zustände an unseren Schulen in Dokumentationen erfassen,*
- *auf Elternversammlungen Forderungen zur Behebung der Misere aufstellen, entsprechende Resolutionen verabschieden und öffentliche Leserbriefe schreiben.*

Wir Lehrer werden uns zukünftig konsequent weigern, nebenamtlich Unterricht zu erteilen und Vertretungsstunden zu übernehmen, um nicht die gegenwärtige Schulmisere zu verschleiern.

Dem Aktionskomitee wurde der Auftrag erteilt, die einzelnen Aktionen an den Schulen im Kreis Groß-Gerau zu koordinieren.

–G.M., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe, Ffm



Der meterhohe Stacheldrahtzaun wird durchbrochen, der Platz wird gestürmt



Den Panzerfahrzeugen werden die Ventile aufgedreht



Beim Übergang über die alten Rheinarme

Wyhl: "Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht"

Seit Sonntag ist der Bauplatz für das geplante Kernkraftwerk Wyhl wieder in der Hand der Kaiserstühler. Über 2 000 Menschen haben die Polizeibesatzung vertrieben. Mit Barrikaden und Straßensperren aus Baumstämmen und dem von der Polizei zurückgelassenen Stacheldraht richten sie sich auf eine hartnäckige und langfristige Verteidigung ein. Täglich kommen Hunderte von Menschen auf den Platz, um die Besetzung zu unterstützen, obwohl die Landesregierung jeden davon mit Strafverfolgung wegen Landfriedensbruch bedroht.

Nach einer Sondersitzung des Kabinetts in Stuttgart hat die Landesregierung beschlossen, dem Bauherrn zu empfehlen, die Bauarbeiten vorerst auszusetzen, bis das Verwaltungsgericht über die zahlreichen Klagen gegen den Bau entschieden hat. Das soll jetzt schon Ende März sein, vorher war von Mai, Juni die Rede.

Nachdem am Montag, dem 17.2. mit den Bauarbeiten für das geplante Kernkraftwerk in Wyhl begonnen wurde, haben die Betroffenen am Dienstag den Bauplatz besetzt (siehe KVZ Nr. 7/75).

Am Mittwoch erklärte der Ministerpräsident von Baden-Württemberg und Aufsichtsratsvorsitzende des Badenwerks, Filbinger, daß er eine längere Besetzung des Geländes nicht dulden werde und drohte "härtere Polizeimaßnahmen" an. Diese ließen nicht lange auf sich warten. Bereits am Donnerstagmorgen, zwischen 5 Uhr und 6 Uhr rücken 5 Hundertschaften Bereitschaftspolizei gegen die Besetzer vor. Eine Unzahl von weißen Helmen bewegt sich im Morgengrauen immer enger im die Besetzer. Dann kommt die Aufforderung, den Platz zu verlassen. Doch dies bewirkt nur das Gegenteil: man bildet Ketten, hakt sich ein, das Lied 'Die Wacht am Rhein' wird gesungen, und der Gesang übertönt alle weiteren Polizeidurchsagen.

Da schickt die Polizei ihre Greifer los, einzelne werden herausgegriffen, an den Haaren gezogen, durch den Dreck geschleift, geprügelt. Die Badische Zeitung schreibt: *"Jetzt rücken die Polizeiketten noch dichter an die Besetzer heran, die Nerven sind bis zum Zerreißen gespannt. Ein kleines Ereignis am Rande trägt mit dazu bei. Auf einer selbstgebauten Brücke aus rohen Baumstämmen am Rand des Gelädndes drängen sich einige Besetzer. Als sie der Aufforderung der Polizei, die Brücke zu verlassen, nicht folgen, sägt ein Arbeiter, von etwa 20 Beamten geschützt, die Baumstämme durch. Ein älterer Winzer rutscht aus und fällt in das eisige und schlammige Wasser."*

Obwohl keine Gegenwehr mehr erfolgt, geht die Polizei brutal vor, viele können es nicht fassen, Tränen stehen ihnen in den Augen. Nach einer Vorwarnung wird der Wasserwerfer eingesetzt. Mit hartem Strahl werden die Besetzer zusammengetrieben und von den Polizisten vom Platz gestoßen.

Viele Menschen sind aus den Dörfern gekommen, um den Kampf zu unterstützen; aber sie werden von Polizeiketten abgehalten. Sie hören nur die Durchsagen der Polizei, den Gesang der Besetzer, das Schreien der Frauen und Männer, die weggeschleift werden. Etwa 500 Menschen stehen machtlos da, sie können nicht helfen. 54 Besetzer werden verhaftet. Stundenlang mußten sie noch herumstehen, völlig durchnäßt in eisiger Kälte, bevor sie nach Emmendingen zur erkennungsdienstlichen Behandlung weggefahren wurden, Einige wurden verletzt, einem der Arm gebrochen. Durch eine Demonstration vor dem Emmendinger Polizeirevier wurde die Freilassung aller Verhafteten erzwungen.

Die Nachricht von dem brutalen Polizeieinsatz verbreitete sich schnell durch die Ortschaften am Kaiserstuhl. Die Empörung ist groß und viele fahren zum Bauplatz, wo sich die Polizei hinter Stacheldrahtrollen verschanzt hat. Den ganzen Tag wird mit den Polizisten diskutiert, immer wieder wird der Stacheldraht niedergetreten. Die Polizei kann nichts dagegen tun. Ein gepanzertes Fahrzeug wird umstellt, die Ventile abgerissen, die Sehschlitze mit Lehm verschmiert und die Funkantenne abgerissen.

Kundgebung am Freitag.

Am Freitag nachmittag versammeln sich über 4 000 Menschen zu einer Protestkundgebung. Die Parole lautet:

"Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht."

Und der Widerstand wurde organisiert.

Am Sonntag strömen aus der ganzen Umgebung Menschen zu einer Großkundgebung. Alle Zufahrtstraßen sind verstopft, bis in 6 km Entfernung müssen die Autos abgestellt werden. Über 10 000 nehmen an der Kundgebung teil. Nach der Kundgebung wird aufgerufen, eine "Wanderung" um das Baugelände zu machen. Tausende umlagern das von der Polizei abgesperrte Gelände, suchen sich die günstigsten Stellen zur Durchbrechung der Polizeiketten, bauen provisorische Brücken über die Arme des Altrheins und dringen in Ketten immer weiter auf das abgesperrte Gebiet vor. An einer Stelle wird die Polizeikette durchbrochen, das Signal für alle. Die Übermacht der Bevölkerung ist offenkundig, und so muß die Polizeimacht nach kurzem, teils brutalem Widerstand weichen. Durch Belagerung der Polizeifahrzeuge werden Verhaftete freigekämpft.

Schließlich ist der Platz mit ca. 2 000 Menschen besetzt, die Polizei sieht keine Möglichkeit zur Räumung und zieht durch das Spalier der Bevölkerung ab. Die großen Sperren werden mit Motorsägen entfernt, und damit wird es begonnen, den Platz für eine langfristige Besetzung herzurichten. Angesichts der Entschlossenheit der Besetzer stellt die Baufirma freiwillig die Wohnwagen der Bauarbeiter zum Übernachten zur Verfügung.

—H.B., Ortsaufbaugruppe Emmendingen—



Der Platz ist wieder frei! 2ooo freuen sich über ihren Sieg

Die erneute Bauplatzbesetzung ist ein wichtiger Schritt zum Erfolg
Die Rechnung der Landesregierung wurde am Sonntag durchkreuzt

Seit 2 Jahren haben die Menschen am Kaiserstuhl im Kampf gegen das Kernkraftwerk viele Erfahrungen mit dem Staat als Beschützer des kapitalistischen Eigentums gemacht. Proteste, über 100 000 Unterschriften und Eingaben wurden ignoriert. Stattdessen gab die Landesregierung viel Geld aus, um das Projekt zusammen mit der Badenwerk AG der Bevölkerung durch Anzeigen, bunte Bilder und zynische Nutzen- Kosten Rechnung schmackhaft zu machen und griff, als das nicht wirkte, zu massiven Drohungen und Erpressungsversuchen. Auf diese Weise gelang es ihr, den Bürgerentscheid in Wyhl über den Verkauf des Grundstückes knapp für sich zu gewinnen. Doch nach dem Polizeiüberfall auf die Bauplatzbesetzer hieß es in Wyhl: Wenn heute noch mal abgestimmt würde, sähe die Sache anders aus. Selbst Befürworter des Kernkraftwerkes sind empört über den brutalen Einsatz von Polizei, Wasserwerfern, Panzerspähwagen, Hundestaffeln gegen die Bevölkerung, vor allem, wenn sie daran denken, daß sie diese Gewaltmaschine mit ihren Steuern mitfinanzieren müssen.

Die Menschen haben gelernt, daß von der "Legalität" der staatlichen Maßnahmen nicht viel zu halten ist, und so ließen sie sich bei der Besetzung des Baugeländes durch Strafandrohungen und Geldstrafen nicht einschüchtern. Strafzettel über 200 DM für einzelne Besetzer wurden verbrannt und als das behandelt, was sie sind: ein Fetzen Papier, wenn die Menschen geschlossen für eine gerechte Sache eintreten! Der Versuch der Regierung, den Widerstand zu spalten und Rädelsführertheorien zu verbreiten, ist bis jetzt voll daneben gegangen. Über 4 000 Menschen am Tag nach dem Polizeiüberfall und 10 000 Menschen am Sonntag am Bauplatz strafen Filbinger Lügen, der Anfang der Woche im Fernsehen frech erklärte, die Bevölkerung distanziere sich zunehmend von dem Kampf gegen das Kernkraftwerk. Solche Erklärungen haben den Zweck, die Bevölkerung in anderen Regionen zu täuschen. Genau wie der plumpe Trick von der Polizei, vorwiegend Franzosen und junge Leute festzunehmen und die anderen durchgehen zu lassen, um hinterher zu erklären, unter den Festgenommenen seien kaum Einheimische gewesen.

Doch noch ist die Landesregierung sich ihrer Sache sicher. Sie spekuliert darauf, daß die Menschen hier Vertrauen setzen in die Unabhängigkeit der Gerichte. Mit dieser Unabhängigkeit kann es aber nicht weit her sein.

Schon vor dem Entscheid des Verwaltungsgerichtes Mitte März, ob trotz laufender Klagen mit den Baumaßnahmen begonnen werden darf, wurde mit den Arbeiten begonnen. Das zeigt, daß die Kernkraftwerk Süd und ihre Regierung der Zustimmung zum Bau sicher sind. Diese Herren fühlen sich so sicher, denn sie wissen, diese Gesetze sind ihre Gesetze und diese Justiz ist ihre Justiz.

Von der Entscheidung des Verwaltungsgericht wird man also nicht viel erwarten können.

Jetzt, nachdem der Platz erneut besetzt wurde, glaubt die Landesregierung, mit dem Verwaltungsgerichtsentscheid einen Trumpf in der Hand zu haben und über das Gericht zum Ziel zu kommen. Dafür, sich auf die Entscheidung des Gerichts einzulassen, spricht nichts.

Alles spricht dafür, auf die eigne Kraft zu setzen. —b.f.—

Hochschulrahmengesetz abgelehnt

Eingeständnis des Scheiterns der SPD-Hochschulreform • SPD will ganz auf Hochschulgesetz verzichten

Am Freitag vergangener Woche lehnte der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-Länder das Hochschulrahmengesetz ab. Die CDU hatte diese Ablehnung bereits bei Verabschiedung des Gesetzes durch die Regierungsparteien im Bundestag im Dezember angekündigt.

Die bürgerlichen Presseorgane stimmten darin überein, daß damit nach der fünfjährigen Auseinandersetzung um dieses Gesetz die Wahrscheinlichkeit einer Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien im Vermittlungsausschuß zwischen Bundestag und Bundesrat gering ist. Die bürgerlichen Presseorgane kommen zu dem Schluß, weil die Sozialdemokraten kein großes Interesse für dieses Gesetz mehr zeigten und beide Parteien durchblicken ließen, daß im Falle einer Nichteinigung auf das Gesetz auch verzichtet werden könne.
Bei Regierungsantritt hatten die Sozialdemokraten versprochen, für jeden die Möglichkeit zu sozialem Aufstieg zu schaffen und dafür die höheren Schulen und die Hochschulen auszubauen. Dieser Versuch, gesellschaftlicher Ungleichheit und Unsicherheit zu begegnen durch Ausbau der höheren Bildungseinrichtungen, ist in den vergangenen Jahren gescheitert, und das von den Regierungsparteien vertretene Gesetz hat diesem Scheitern Rechnung tragen müssen. Für die bürgerliche Klasse hat der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger (CDU) daraus die Lehren gezogen. Er warnte im Bundesrat vor der Gefahr der "Überakademisierung" und stellte fest, daß "zu viele zu hoch ausgebildet" würden. Die bürgerliche Klasse hat kein Interesse an der Verbreitung der akademischen Bildung, weil sie nur eine begrenzte Zahl so ausgebildeter Kräfte zur Rekrutierung ihres Funktionärsnachwuchses braucht, unnütze Ausgaben für die Hochschulen aber und Ärger mit arbeitslosen Akademikern sich ersparen will.

An den erkämpften Rechten entschlossen festhalten

Für die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen bedeutet das Scheitern der sozialdemokratischen Bildungsreform, daß sie gegenüber der bürgerlichen Klasse keinerlei Erfolg erzielen können, solange sie auf die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs und auf individuelle Besserung ihrer Lage innerhalb dieser Verhältnisse hoffen. Erfolge im Kampf gegen die bürgerliche Klasse sind nur möglich aufgrund von Forderungen, die das Interesse der Arbeiterklasse gegenüber der bürgerlichen Klasse zum Ausdruck bringen und den Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes gegen die Bourgeoisie und ihren Staatsapparat ermöglichen.

Das Scheitern der sozialdemokratischen Bildungspolitik und die Beerdigung der Hochschulreform ist daher kein Anlaß zur Trauer. Es zeigt die Notwendigkeit, der Bourgeoisie in bezug auf die Bildungseinrichtungen nicht das Feld zu überlassen, sondern ihr das Interesse der Arbeiterklasse entgegenzustellen. Der bürgerlichen Politik, in den höheren Bildungsanstalten sich eine Elite heranzubilden für ihren Funktionärsnachwuchs, während die Arbeiterjugend in Unwissenheit gehalten und verdummt werden soll, muß entgegengetreten werden durch die Forderung nach allgemeiner, theoretischer und praktischer Ausbildung für alle, Schaffung der Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr!

Für die Studenten bedeutet das Scheitern sozialdemokratischer Hochschulreform, daß sie brechen müssen mit den Vorstellungen, über Reformen der Hochschule soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit beseitigen zu können. Gegenüber dem wachsenden Druck, der Verschlechterung ihrer Lage und politischer Entrechtung, mit der die bürgerliche Klasse auf das Scheitern der Hochschulreform antwortet und den Klassencharakter ihrer Hochschulen deutlicher hervortreten läßt, müssen die Studenten entschlossen festhalten an ihren in den letzten Jahren erkämpften elementaren Rechten und für ihre vollständige Durchsetzung eintreten. Zugleich müssen sie ihre Rechte nutzen und sich zusammenschließen mit der Arbeiterklasse und den Volksmassen im Kampf gegen die Ursachen gesellschaftlicher Ungleichheit, das private Eigentum an den Produktionsmitteln, und den bürgerlichen Staat, der es schützt.

H.J.

Das Scheitern der sozialdemokratischen Bildungspolitik und die Beerdigung der Hochschulreform ist daher
und den bürgerlichen Staat, der es schützt.
H.J.

Offener Brief

Oldenburg. In einem offenen Brief an den niedersächsischen Minster des Innern protestierten die Lehramtsbewerber in Niedersachsen gegen ihre Nichteinstellung in den Schuldienst zum 1.2.1975. Die Behörde hatte ihnen lediglich mitgeteilt, daß ihre politische Überprüfung durch die Behörde noch nicht abgeschlossen sei. In

Offener Brief

Oldenburg. In einem offenen Brief an den niedersächsischen Minster des Innern protestierten die Lehramtsbewerber in Niedersachsen gegen ihre Nichteinstellung in den Schuldienst zum 1.2.1975. Die Behörde hatte ihnen lediglich mitgeteilt, daß ihre politische Überprüfung durch die Behörde noch nicht abgeschlossen sei. In

dem offenen Brief heißt es:
"Wir sind nicht die einzigen und auch nicht die ersten Bewerber für den öffentlichen Dienst, deren Einstellung auf eine solche Art und Weise verzögert oder gar unterbunden wird. Vielmehr betreibt Ihre Behörde in zunehmendem Maße die politische Ausforschung und Bespitzelung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst, die in einer ebenfalls zunehmenden Zahl von Berufsverboten ihren Niederschlag findet.
Dies ist in unseren Augen eine politische Bevormundung der Bevölkerung, die ein elementares Intresse daran hat, selbst zu entscheiden, wer ein öffentliches Amt bekleidet und wer die Lehrer sein sollen, die ihre Kinder unterrichten.

Einstimmig verabschiedet

Norden. Auf der Versammlung des Kreisverbandes der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) wurde am 24.2. einstimmig eine Resolution, in der die sofortige Einstellung aller Lehramtsbewerber in Niedersachsen gefordert wird, verabschiedet. Die Versammlung wandte sich darin gegen die politische Überprüfung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und fordert die Landesregierung auf, den "Radikalenbeschluß" aufzuheben und alle Lehrer einzustellen.

Disziplinierung wegen Chile-Solidarität

Bremen. Disziplinierungsmaßnahmen droht der Bremer Senator für Bildung, Wissenschaft und Kunst allen Studienreferendaren an, die im letzten Herbst vergangenen Jahres durch ihre Unterschrift den Aufruf des Chile-Komitees für eine Demonstration in Frankfurt unterstützt haben. An dieser Demonstration am 14.9.1974 beteiligten sich rund 25 000 Menschen. Der Bildungssenator begründet diese Maßnahme damit, daß auch der Kommunistische Bund Westdeutschland diesen Aufruf unterstützt habe. In einer Erklärung stellt jetzt das Chile-Komitee Bremen fest: "Wir fordern Senator Thape auf, seine Angriffe auf die Studienreferendare sofort zurückzunehmen und zu unterlassen. **Ferner fordern wir ihn auf, die ihm unterstellten Arbeiter, Angestellten und Beamten in keiner Form zu behindern, wenn sie ihre Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes zum Ausdruck bringen."**

Ziel: Amtsenthebung
Proteste gegen den geplanten Rausschmiß von Prof.G.Schneider
Gegen den Frankfurter Romanistik-
selktion der GEW hat in einer Resolu-

Ziel: Amtsenthebung

Proteste gegen den geplanten Rausschmiß von Prof.G.Schneider

Gegen den Frankfurter Romanistikprofessor Gerhard Schneider wird beim hessischen Kultusministerium ein formales Disziplinarverfahren mit dem Ziel seiner Amtsenthebung eingeleitet. Dies teilte ihm schriftlich der Präsident der Frankfurter Universität mit. Mit seiner Suspendierung ist während der Semesterferien zu rechnen.

Vorgeworfen wird Schneider die Unterzeichnung einer Presseerklärung, in welcher der durch einen brutalen Polizeieinsatz verursachte Tod Günther Routhiers als Polizeimord bezeichnet wurde. Weiterhin seine Kandidatur zu den hessischen Landtagswahlen 1974 für die Gruppe Rote Fahne (KPD).
Viele Bedienstete und Studenten der Frankfurter Universität haben sich gegen das Disziplinierungsverfahren gewendet. Eine gemeinsame Mitgliederversammlung der Uni-Betriebsgruppe der ÖTV und der Hochschulselktion der GEW hat in einer Resolution das Recht auf freie politische Betätigung auch für die Hochschulbediensteten verlangt und sich gegen die Anwendung des besonderen Dienstrechtes und die Berufsverbote gewandt. In ähnlicher Weise äußerten sich Schneiders Kollegen vom Romanischen Seminar in einem Brief an das Kultusministerium. Gegen den Vorwurf, Schneider indoktriniere die Studenten, wandten sich die Studenten seiner Lehrveranstaltungen in einem Flugblatt. Bis heute haben rund 140 Universitätsbedienstete und über 1 000 Studenten eine Solidaritätsresolution für Schneider unterschrieben. Sie wurde auf einer Universitätsvollversammlung und mehreren Fachbereichsvollversammlungen von Studenten meist einstimmig verabschiedet. Unter den Unterzeichnern der Resolution befanden sich unter anderem auch sämtliche Vorstandsmitglieder der Universitätssektion der GEW und Vorstandsmitglieder der Sektion der ÖTV. Ro./Fr. Ffm

6 Monate ohne Bewährung

Ungeheuerliches Urteil wegen "Störung einer Lehrveranstaltung"

Wegen "Störung einer Lehrveranstaltung" wurde am 25.1.1975 der Student Wolfhard Kaul zu 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt.

W. Kaul ist Mitglied des KSV (Studentenorganisation der Gruppe Rote Fahne (KPD)). Fünf weitere Studenten des KSV wurden mit Geldstrafen zwischen 400 und 600 DM belegt.
Auf Strafantrag des desingnierten Rektors der Technischen Universität, Henze, hatte der Staatsanwalt Anklage wegen Nötigung und Hausfriedensbruch erhoben.

Im Januar 1974 hatte die Vollversammlung der Architekturstudenten mehrheitlich beschlossen, die Vorlesung des Professors für Baugeschichte, Hecht, solange nicht stattfinden zu lassen, bis Hecht die Möglichkeit zugesteht, über seine Vorträge zu diskutieren. Die Studenten bestritten Hechts Ansichten über Baugeschichte und wollten diesen Streit offen austragen.

Die Veranstaltungen wurden daraufhin vom anwesenden Direktor abgebrochen.
Die Verhandlung begann am Donnerstag, dem 24.1., konnte aber an demselben Tag nicht mehr beendet werden. Richter Tetzlaff setzte die Fortsetzung für Freitag fest. Der Rechtsanwalt der Studenten, Blank, erklärte, daß er am Freitag in Hannover einen Prozeß führen müßte. Einige der angeklagten Studenten waren beruflich verhindert. Die Proteste des Anwalts und der Studenten halfen nichts.

Staatsanwalt Stubbe beantragte, die Hauptverhandlung ohne Verteidigung und Angeklagte fortzuführen; Richter Tetzlaff genehmigte. Nun war man unter sich und alles lief wie am Schnürchen: alle benannten Zeugen (darunter alle Zeugen der Verteidigung) bis auf zwei Belastungszeugen lehnte er ab, vernahm die beiden Zeugen im Eilverfahren in einer Stunde und verurteilte dann 'in Abwesenheit'. Tetzlaff über Zeugen: "Mir ist es egal, was die Zeugen sagen" ... "mich interessiert, welche Überzeugung der Zeuge hat."

Teztlaff war übrigens für den Prozeß von der Justizbehörde für besonders geeignet befunden worden. In einem früheren Prozeß gegen dieselben Studenten war ein selbstgestellter Befangenheitsantrag vom Amtsgericht abgelehnt worden.

–R.S., Braunschweig–



Polizei im Jugendhaus

Polizeischlägerbanden verprügeln Kinder

Emden. Gegen Polizeiprovokationen und für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung demonstrierten am 18.2. 200 Jugendliche.
Seit fast 2 Jahren arbeitet die Initiativgruppe Jugendheim (IG/JH) für ein Jugendheim in Selbstverwaltung.
Ihre Forderung nach einem andern leerstehenden Haus und finanzieller Unterstützung durch die Stadt wurden bisher ignoriert.
Seitdem wir vor einem Jahr in einem (zu kleinen) Haus eine Teestube eröffneten, bekamen wir in unregelmäßigen Abständen Besuch von der Polizei, die irgendwelche "Verdächtige" im Jugendheim suchte und durch ihre häufigen Besuche den Ruf der Initiativgruppe und des Jugendheims verschlechtern halfen.
Am 10.2.1975 "besuchten" schließlich mehrere Polizisten das Jugendheim, provozierten Jugendliche, schlugen einen 15-Jährigen brutal zusammen, und als die Jugendlichen sich das schließlich nicht mehr gefallen ließen, prügelten ca. 10 Beamte auf ca. 40 Kinder (!) und Jugendliche ein! Wieder suchten sie angeblich einen Verdächtigen.
Wir führten noch am selben Abend eine Vollversammlung durch, auf der sich alle anwesenden Jugendlichen für den sofortigen Beginn einer Flugblatt- und Unterschriftenaktion aussprachen.
Am nächsten Tag verteilten wir Flugblätter und konnten schon 200 Unterschriften sammeln.
In der bürgerlichen Presse erschienen daraufhin Artikel, die den ganzen Vorfall als eine kriminelle Handlung der Jugendlichen darstellten. Eine Gegendarstellung von uns wurde nicht angedruckt.
Auf einer Vollversammlung am Dienstag, an der 150 Jugendliche teilnahmen, wurde beschlossen, am Dienstag, dem 18.1., die Demonstration unter der Hauptforderung "Für ein Jugendhaus in Selbstverwaltung!" durchzuführen. Ferner wurde eine Veranstaltung beschlossen, zu der wir auch Vertreter des Jugendamtes und der Polizei einluden. Diese Veranstaltung hätte der Klärung des Vorfalls dienen können.
Auf der Demonstration wurde auch die sofortige Niederschlagung des Verfahrens gegen die Stadtangestellte (diese hatte sich auf die Seite der Jugendlichen gestellt und ist wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" angezeigt worden) und die sofortige Einstellung der Willkürmaßnahmen der Polizei gefordert.

lich mehrere Polizisten das Jugendheim, provozierten Jugendliche, schlugen einen 15-Jährigen brutal zusammen, und als die Jugendlichen sich das schließlich nicht mehr gefallen ließen, prügelten ca. 10 Beamte auf ca. 40 Kinder (!) und Jugendliche ein! Wieder suchten sie angeblich einen Verdächtigen.
Wir führten noch am selben Abend eine Vollversammlung durch, auf der
tung hätte der Klärung des Vorfalls dienen können.
Auf der Demonstration wurde auch die sofortige Niederschlagung des Verfahrens gegen die Stadtangestellte (diese hatte sich auf die Seite der Jugendlichen gestellt und ist wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" angezeigt worden) und die sofortige Einstellung der Willkürmaßnahmen der Polizei gefordert.

Urteile gegen Subasi und Dagyeli

Frankfurt. Zu 7 Monaten Freiheitsstrafen hat das Gericht H. Subasi und Dagyeli verurteilt. Die Strafe gilt durch die über 1-jährige Untersuchungshaft als verbüßt.

Wie wir schon mehrfach berichtet haben, waren die beiden Mitglieder der Patriotischen Einheitsfront der Türkei unter der Anklage eines illegalen Waffentransports und der Zugehörigkeit zu einer "kriminellen Vereinigung" inhaftiert und schließlich vor Gericht gestellt worden. Im Prozeß war eindeutig herausgekommen, daß der türkische Geheimdienst MIT in trauter Zusammenarbeit mit westdeutschen Verfassungsschutzstellen den beiden Angeklagten in hinterhältiger Weise einen Waffentransport unterschoben hatten, um die politische Tätigkeit der beiden Revolutionäre unterbinden zu können.
Ein türkischer Agent, der sich als Revolutionär ausgegeben hatte, gab damals Subasi den Auftrag, einen Koffer nach Frankfurt zu transportieren. Subasi, der den Inhalt (alte, unbrauchbare Waffen) nicht kannte, fuhr in dem Glauben nach Frankfurt, der Sache des Kampfes gegen die türkischen Unterdrücker einen Dienst zu erweisen.
Die Angeklagten haben dieses Manöver vor Gericht aufgedeckt und das Gericht gezwungen, sich mit der Frage zu befassen, ob der Kampf gegen die faschistische Diktatur in der Türkei gerecht ist oder nicht.
Über die ganze Zeit war die Staatsanwaltschaft ständig in der peinlichen Lage, unbeabsichtigt zur Enthüllung des Komplotts der beiden Geheimdienste beitragen zu müssen.

Das Gericht sah sich schließlich gezwungen, die Behauptung, die Patriotische Einheitsfront der Türkei sei eine kriminelle Vereinigung, fallen zu lassen. Was den angeblichen Waffentransport angeht, mußte das Gericht feststellen, es sei nicht auszuschließen, daß eine "Provokation und Inszenierung" vorgelegen habe. Aus dem Verhalten der Polizei sei nämlich der Eindruck entstanden, daß die Polizei einen "agent provocateur" (Lockspitzel) eingesetzt haben könnte.
Um die lange Untersuchungshaft zu rechtfertigen und den Prozeß nicht zu einer völligen Blamage für die Justiz werden zu lassen, hat das Gericht dann die Angeklagten für schuldig befunden, Waffen und einen falschen Paß besessen zu haben.

Arbeitslose Lehrer als Druckmittel gegen die Kollegen an den Schulen

An meiner Schule wurde jetzt folgende Äußerung aus dem Regierungspräsidium in Darmstadt bekannt:
Es hieß, "der Schlendrian an den Schulen müsse aufhören. Die Schulleiter sollten dafür sorgen, daß der Unterricht pünktlich beginne. Wenn ein Lehrer sich zweimal verspäte, müsse das gemeldet werden. Denn: Seit dem 1. Februar (dem Tag der Nichteinstellung von vielen Hundert Lehramtsbewerbern) sei man nicht mehr auf jeden Lehrer angewiesen."

Störung des KVZ-Verkaufs

Worms. Die nun schon drei Wochen lang durchgeführten Störversuche der Wormser Polizei gegen den KVZ-Verkauf und damit verbundene Standinformation in der Innenstadt haben am 22.2. einen vorläufigen Höhepunkt erreicht im Einsatz von sechs Zivilpolizisten und zwei VW-Bussen mit uniformierten Polizeibeamten. Die Polizisten, die schon am Donnerstag bei einer Brandt-Veranstaltung KVZs beschlagnahmt hatte, begründeten ihr Einschreiten erneut mit straßenrechtlichen und gewerberechtlichen Vorschriften. In Wirklichkeit geht es um den Wahlkampf. Die Stadtverwaltung will dafür sorgen, daß die bürgerlichen Parteien beim Verteilen ihrer Hochglanzbroschüren auf Kosten des steuerzahlenden Volkes nicht unliebsam gestört werden. Das wird ihnen nicht gelingen.

J.W., Worms

Putlos:
11 Soldaten lehnen das „Gelöbnis" ab

Die Kollegen lehnten es überwiegend ab, ihrer Unterdrückung auch noch feierlich zuzustimmen

"Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen".

Mit diesem "feierlichen Gelöbnis" sollen sich die Rekruten während der Grundausbildung zu den Pflichten in der Bundeswehr bekennen. Dies ist keineswegs ein alter militärischer Zopf oder so, sondern hat für die Militärs eine wichtige Funktion. Da die Bundeswehr nicht Ausdruck der bewaffneten Macht des Volkes ist, im Gegenteil von den Volksmassen getrennt ist und auf Zwang und Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Mannschaften beruht, verweisen diese Herren gern darauf, daß die Soldaten sich durch das "feierliche Gelöbnis" ja freiwillig zur Bundeswehr bekannt haben.

Der Militärpfarrer wurde gerupft

Dabei ist es mit dieser Freiwilligkeit nicht weit her. Wer das Gelöbnis ablehnt, muß den gleichen Dienst machen wie bisher, nur daß er nach 6 Monaten mit 50 DM weniger nach Hause geht als die anderen, weil er nicht zum Gefreiten befördert wird – und das bei einem Sold von 165 DM. In unserer Kompanie in Putlos sollten wir zunächst durch einen Militärpfarrer auf das Gelöbnis seelisch vorbereitet werden. Die Kollegen stießen sich allerdings bereits daran, daß ein Mann der Kirche ihnen als Vertreter der Bundeswehr gegenübertrat, wenngleich er dies abzustreiten versuchte. Nach ungefähr einer Stunde verließ er reichlich gerupft den Unterrichtsraum, ohne uns das Gelöbnis so recht nahegebracht zu haben. Später wurden die drei Zugsprecher der Kompanie zum Kompaniechef Hauptmann Sager bestellt, der sie darum bat, in Zukunft etwas schonender mit dem Pfarrer umzugehen.

Die Gefreitenzulage und Angst vor Schikanen

In der anschließenden Diskussion mit dem Hauptmann wurde von einigen Kollegen die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO und deren jüngste Kriegsdrohungen gegen die arabischen Erdölstaaten gegen die Bundeswehr angeführt, sowie die Notstandsgesetze, die der Bundeswehr den Einsatz gegen Arbeiter ermöglichen. Nachdem der Hauptmann noch einmal herausgestrichen hatte, daß wir uns mit dem Gelöbnis zu unseren Dienstpflichten in der Bundeswehr bekennen sollten, wollten einige Kollegen das Gelöbnis ablehnen. Auch die anderen Kollegen lehnten es überwiegend ab, ihrer Unterdrückung in der Kaserne auch noch feierlich zuzustimmen. Allerdings wollten sie durchweg auf die Gefreitenzulage nicht verzichten oder hatten einfach Angst vor späteren Schikanen.

Die Front der Ablehnenden wächst

Am nächsten Tag waren es bereits 12 Kollegen – etwa ein Zehntel der Kompanie – die sich an dem Gelöbnis nicht beteiligen wollten. Dies wurde auf der Schießanlage, wo wir uns den Tag über befanden durch eine Unterschriftenliste bekräftigt. Zur Bekanntgabe unseres Beschlusses verabredeten wir uns vor dem Büro des Hauptmanns, damit er nicht die Möglichkeit hatte, uns einzeln unter Druck zu setzen. Tatsächlich bestand er zunächst darauf, mit jedem einzeln zu sprechen, brach das aber bald ab und notierte sich lediglich unsere Namen.

Am nächsten Morgen, dem Tag des Gelöbnisses, entschlossen sich dann doch noch 2 Kollegen daran teilzunehmen, ein anderer solidarisierte sich dagegen noch mit der Ablehnung, so daß insgesamt 11 Kollegen nicht am Gelöbnis teilnahmen. In seiner Rede vor den auf dem Kasernenhof angetretenen Rekruten hob der Bataillonskommandeur dann hervor, daß sich jeder einzelne freiwillig zu dem Gelöbnis entschieden habe.

Die Suche nach dem Anstifter

Am nächsten Tag versuchten der Spieß und ein Zugführer von den Kollegen, die das Gelöbnis abgelehnt hatten, zu erfahren, wer sie dazu angestiftet bzw. manipuliert habe, denn bei so vielen Leuten stelle das schon Wehrkraftzersetzung dar. Offenbar ist diesen Herren nicht klar, daß es die tatsächlichen Verhältnisse in der Armee sind, die die Soldaten zum Widerstand treiben und nicht hypnotische Fähigkeiten irgendwelcher Rädelsführer. Außerdem demonstrieren sie, was jenseits der "freiwilligen Entscheidung" für die Bundeswehr für diejenigen bereit gehalten wird, die sich diesem Zwang nicht unterwerfen wollen – das bürgerliche Strafgesetzbuch.

M.H.



Der Kampfpanzer Leopard auf der Panzerstraße auf dem Truppenübungsplatz Munster. - Während eines Manövers wurde dort in der letzten Woche ein Sanitätssoldat von zwei Leopard-Panzern zu Tode gequetscht.

Tod eines Soldaten
Französische Soldaten demonstrieren

In der früheren Festungsstadt Verdun, die heute eine große Garnisonsstadt in Ostfrankreich ist, demonstrierten am 19.Februar etwa 150 französische Soldaten im Kampfanzug. Anlaß der Demonstration war der Tod eines Wehrpflichtigen, der seinen Wehrdienst in einer in Verdun stationierten Einheit ableistete. Der Soldat, Serge Camier ist sein Name, wurde während eines Manövers von einem Panzer vom Typ AMX-30 überfahren.

Die Soldaten hatten ihre Protestaktion bereits am Morgen in der Kantine der Kaserne eingeleitet durch – wie sie erklärten – einen "Streik des Schweigens". Am Abend haben sie dann eine Versammlung der Wehrpflichtigen im Hof der Kaserne durchgeführt und beschlossen, eine Demonstration in der Stadt zu machen. Sie marschierten mitten auf den Straßen und griffen in ihren Parolen den Generalstabsche: der französischen Armee und den Verteidigungsminister an. Die Polizei und die Offiziere der Einheit versuchten den Demonstrationszug in abgelegene Teile der Stadt umzuleiten; offenbar wollten sie dort gegen die demonstrierenden Soldaten vorgehen. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Soldaten hielten an ihrem festgelegten Weg durch die belebten Straßen fest und wurden nicht angegriffen.

Der Soldat Camier hatte keinerlei Erfahrung für solche Manöver. Er hatte 10 Monate lang in der Küche Dienst getan und war – wie die Soldaten erklärten – wegen einer Bemängelung in seinem Verhalten in die Kampfkompanie 14 Tage vor Beginn des Manövers strafversetzt worden. Die Soldaten machen ihren Chef für den Tod des Wehrpflichtigen verantwortlich.

Der gesamte Vorgang zeigt den Charakter einer bürgerlichen Armee: Der einzelne Soldat gilt nichts. Er ist Kanonenfutter. Die toten Soldaten – ob in der Bundeswehr, wie jetzt auf Kreta, oder in der französischen Armee – gehen deshalb auf das Konto des bürgerlichen Staates und der ganzen bürgerlichen Klasse, weil der bürgerliche Staat bloß der geschäftsführende Ausschuß und die bürgerliche Armee bloß das Werkzeug zur militärischen Sicherung der Interessen und der Herrschaft der bürgerlichen Klasse sind. Daß die Soldaten nicht ihr Leben für die Interessen der bürgerlichen Klasse in die Schanze schlagen wollen, das macht die Protestaktion der französischen Soldaten in Verdun gut deutlich.

Die Demonstration ist deshalb auch eine Stärkung für den Kampf der französischen Soldaten um demokratische Rechte gegen die Unterdrückung, die in der bürgerlichen Armee herrscht. Obgleich die Armeeführung immer wieder versucht, die Soldaten zu bestrafen, die bei der Organisierung dieses Kampfes auffallen – wie zum Beispiel vor kurzem in Trier – gelingt es den Offizieren nicht, diese Bewegung zu zerschlagen.

g.j.

Parolen den Generalstabsche: der französischen Armee und den Verteidigungsminister an. Die Polizei und die Offiziere der Einheit versuchten den Demonstrationszug in abgelegene Teile der Stadt umzuleiten; offenbar wollten sie dort gegen die demonstrierenden Soldaten vorgehen. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Soldaten hielten an ihrem festgelegten Weg durch die belebten Straßen fest und wurden nicht angegriffen.
Der Soldat Camier hatte keinerlei Erfahrung für solche Manöver. Er hatte 10 Monate lang in der Küche Dienst
testaktion der französischen Soldaten in Verdun gut deutlich.
Die Demonstration ist deshalb auch eine Stärkung für den Kampf der französischen Soldaten um demokratische Rechte gegen die Unterdrückung, die in der bürgerlichen Armee herrscht. Obgleich die Armeeführung immer wieder versucht, die Soldaten zu bestrafen, die bei der Organisierung dieses Kampfes auffallen – wie zum Beispiel vor kurzem in Trier – gelingt es den Offizieren nicht, diese Bewegung zu zerschlagen.
g.j.

Reaktionen auf eine Gründungsveranstaltung

Heidelberg. Zur Gründungsveranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees am 31. Januar 1975 wurde die Heidelberger Militärzeitung verteilt und Plakate geklebt, die einen Tag später von Polizisten in Uniform wieder abgerissen wurden. Als Reaktion auf die Gründungsveranstaltung erschienen in der Quick vom 13.2., in der Welt vom 15.2. und in der Heidelberger Rhein-Neckar-Zeitung vom 17.2.75 Meldungen, in denen behauptet wurde, das Soldaten- und Reservistenkomitee sei eine neue "Terrororganisation", die "den bewaffneten Widerstand gegen Polizei und Bundeswehr propagiert", "Einsatzkommandos" gründet, "die immer dann, wenn Staatsorgane bewaffnet gegen Bürger vorgehen, ebenfalls bewaffnet eingreifen" wolle. Außerdem stünde die "Terrorgruppe" unter der "Schirmherrschaft des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) und die Staatsanwaltschaft beschäftige sich schon mit der Angelegenheit.

H.K., Heidelberg (gekürzt)

17.2.75 Meldungen, in denen behauptet wurde, das Soldaten- und Reservistenkomitee sei eine neue "Terrororganisation", die "den bewaffneten Widerstand gegen Polizei und Bundeswehr propagiert", "Einsatzkommandos" gründet, "die immer dann, wenn Staatsorgane bewaffnet gegen Bürger vorgehen, ebenfalls bewaffnet eingreifen" wolle. Außerdem stünde die "Terrorgruppe" unter der "Schirmherrschaft des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) und die Staatsanwaltschaft beschäftige sich schon mit der Angelegenheit.
H.K., Heidelberg (gekürzt)

Ein „Verweis" wird zu Fall gebracht

Leserbrief zur KVZ Nr.6/75` 16 Tage Bau

Oldenburg. In der KVZ Nr. 6/75 habt ihr berichtet, wie ein Kamerad mit 16 Tagen Bau bestraft werden soll, weil er sich am Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees beteiligt und Artikel für die Soldatenzeitung geschrieben hatte. Vor einiger Zeit habe ich ähnliches erlebt und möchte kurz berichten, wie es uns ge-

Ein „Verweis" wird zu Fall gebracht
Leserbrief zur KVZ Nr.6/75` 16 Tage Bau
Oldenburg. In der KVZ Nr. 6/75 habt ihr berichtet, wie ein Kamerad mit 16 Tagen Bau bestraft werden soll, weil er sich am Aufbau eines Soldaten- und Reservistenkomitees beteiligt und Artikel für die Soldatenzeitung geschrieben hatte. Vor einiger Zeit habe ich ähnliches erlebt und möchte kurz berichten, wie es uns ge-

lang, die Bestrafung zu verhindern und die ganze Angelegenheit ins Positive zu wenden.

Damals war die erste Ausgabe der 'Oldenburger Kasernenzeitung' erschienen, die auch eine Korrespondenz über unsere Kompanie enthielt. Der Hauptmann hatte mich gleich im Verdacht, die Korrespondenz geschrieben zu haben, was ein Dienstvergehen darstelle. (Verstoß gegen die §§ 7, 8, 12, 13, 14, 17(1) und evt. 17(2) des Soldatengesetzes) Zunächst versuchte er, meine Stubenkameraden über mich auszuhorchen (was ich denn abends so treiben würde? usw.). Obwohl unter den Kameraden allgemein bekannt war, wer den Artikel geschrieben hatte, zeigte das keinen Erfolg. Dann wurde ich verhört. Im Verhör habe ich vom Recht der Aussageverweigerung Gebrauch gemacht.

Die Stimmung war nicht sehr kämpferisch

Die Vorfälle wirbelten in der Kompanie einigen Staub auf. Das ohnehin schon lädierte Ansehen des Hauptmanns wurde noch mehr geschädigt. Die meisten Kameraden dachten ungefähr so: 'Da sieht man wieder mal, was es mit dem ganzen Gerede von Demokratie auf sich hat!'; d. h. sie standen auf meiner Seite, aber die Stimmung war nicht sehr kämpferisch.

Stellungnahme mit offenem Brief

Nach einigen Tagen las mir der Hauptmann seinen Bericht an den Bataillonskommandeur vor, dem er vorschlug, mich mit einem strengen Verweis zu bestrafen. Nun hat man das Recht, zu solchen Beschuldigungen eine Stellungnahme abzugeben. Ich habe mit dem Hauptmann ausgehandelt, daß dies in Form eines offenen Briefes erfolgen könne, was wohl nur aufgrund der gewachsenen Unruhe in der Kompanie durchzusetzen war.

In dem offenen Brief habe ich zunächst klar gemacht, daß ich den Artikel für völlig richtig und gerechtfertigt halte und die Behauptung des Hauptmanns widerlegt, daß der Arti-

Briefes erfolgen könne, was wohl nur aufgrund der gewachsenen Unruhe in der Kompanie durchzusetzen war.
In dem offenen Brief habe ich zunächst klar gemacht, daß ich den Artikel für völlig richtig und gerechtfertigt halte und die Behauptung des Hauptmanns widerlegt, daß der Arti-

kel Lügen und Unwahrheiten enthalte.

Dann habe ich geschrieben, daß die Bundeswehr den Verfasser des Artikels nur herausbekommen will, um ihn zu bestrafen und einzuschüchtern. Deshalb sei es völlig richtig, daß der Verfasser sich nicht öffentlich zu erkennen gibt und deshalb würde ich mich auch nicht zu der Frage äußern, ob der Artikel nun von mir oder von einem anderen Kameraden geschrieben worden war.

Zum Schluß habe ich aufgezeigt, daß der Hauptmann nicht beweisen konnte, daß ich den Artikel geschrieben habe und daß ich deshalb auch nicht bestraft werden könne.

Der offene Brief am Schwarzen Brett – 2 Erfolge

Der offene Brief wurde auf dem Geschäftszimmer abgetippt und am Schwarzen Brett ausgehängt. So trug er dazu bei, die Sache noch weiter bekannt zu machen und bot neuen Stoff für Debatten. Kurz danach wurde die Strafandrohung gegen mich fallengelassen. Schließlich kam es sogar noch zu einer Podiumsdiskussion in der 'Aktuellen' zwischen dem Hauptmann und mir. Auf diese Diskussion hatten wir uns am Abend vorher mit ungefähr 10 Kameraden vorbereitet. Wir verteilten Wortbeiträge, in denen die üblen Zustände in der Armee und in unserer Kompanie dargestellt und verurteilt wurden. So konnten wir die Kritik und den Unmut der Kameraden über die Verhältnisse beim Bund mit der Verteidigung derjenigen Kameraden verbinden, die sich zum Kampf in einer Soldatengruppe organisiert haben, die üblen Zustände öffentlich anprangern und ihre Ursachen erklären.

Trotz einiger Fehler und Schlappen hat sich unsere Art des Vorgehens als zweckmäßig herausgestellt.

W.L.

Verhöre wegen der Veröffentlichung eines Fernschreibens

Westfalenkaserne Ahlen. Wie wir neulich berichteten, gelang es Soldaten in Ahlen, ein Fernschreiben der Bundeswehr an die Öffentlichkeit zu bringen, aus dem hervorgeht, daß zu einem Interview mit dem "Spiegel" nur ausgesuchte Leute mit bundeswehrfreundlicher Haltung zugelassen werden sollten. So sollte der Öffentlichkeit ein falsches Bild über die Zustände beim Militär vorgetäuscht werden. Als die Bundeswehrführung dahinterkam, daß ihre schmierigen Methoden bekanntgemacht wurden, reagierte sie sehr gereizt. Sie ließ am Freitag, dem 7. Februar, einen Soldaten in der Kaserne festnehmen und holte einen anderen aus dem Urlaub zurück. Beiden wurde vorgeworfen, an der Veröffentlichung des Fernschreibens beteiligt zu sein. Doch damit nicht genug. Telefonisch bestellten sie die Frau des einen Soldaten in die Kaserne und verhörten sie widerrechtlich mehrere Stunden zu dem Fall. Oberleutnant Graf Praschma und der andere Sicherheitsoffizier Niggemann drohten den beiden Soldaten sowie der Zivilistin an, daß sie später Schwierigkeiten im Berufsleben haben würden. Der Spind eines Soldaten wurde gründlich untersucht und man sagte den Dreien, daß sie selbstverständlich Stillschweigen über die ganze Sache bewahren müßten. Doch daran wird schon ersichtlich, wie diese Herren das Licht fürchten.

So kam auch gleich am folgenden Dienstag eine Pressemitteilung sowie ein Flugblatt heraus, welches über die skandalösen Methoden der Bundeswehr berichtete. So ist es denn nun erst einmal etwas ruhiger geworden seitens der Offiziere, da sie gesehen haben, daß die Soldaten sich nicht einschüchtern lassen.

H.W.

„Wenn ihr alles tut..."

Einschüchterung ist Bestandteil der Ausbildung

Ulm. Zur Zeit mache ich in Ulm meine Grundausbildung, und zwar im Lw/AusbRgt 4, Bölcke-Kaserne.

Gerade während der Grundausbildung soll den Rekruten der eigene Willen gebrochen werden, bevor ihnen noch militärische Grundkenntnisse beigebracht werden. Diese Erfahrung konnte ich bisher machen.

In den ersten Tagen und Wochen wurden wir grundlos angebrüllt und zusammengeschissen, um uns einzuschüchtern. Das gerade dann, wenn wir uns körperlich angestrengt hatten, wie z.B. bei der Formalausbildung. "Sie glauben wohl, wir sind hier im Urlaub, da täuschen Sie sich – beim Bund kann auch ohne Schnee Schlitten gefahren werden." Solche und ähnliche Sprüche von eifrigen Uffzen sollen die Soldaten einschüchtern. Eines bekommt mann jedoch immer wieder gesagt, meist als "gutgemeinten" Rat: "Wenn Ihr alles macht, was von Euch verlangt wird, dann passiert Euch fast nichts hier!" Besondere Schikanen gibt es gerade beim Stubendurchgang und den oft anschließenden Nachappellen. "Wenn sie dabei Dreck finden wollen, dann finden sie einen", der Ansicht ist jeder Soldaten nach dem ersten Stubendurchgang. Zum Beispiel hat Stuffz Graf, ein bekannter Schinder im 2. Zug, die Taschen der Trainingsanzüge (der gewaschenen) umdrehen lassen, in denen dann weiße Fussel waren und so ein Grund zum Nachappell da war.

Beim Bund lernt man auch insbesondere, Befehle zuerst vorschriftsmämäßig auszuführen und allerhöchstens danach darüber nachzudenken. Beispiel: Bei der allmorgendlichen Anzugskontrolle begrüßt der Gruppenführer die Gruppe, und die muß genauso zurückgrüßen. Wir bekamen von unserem Gruppenführer gesagt, daß bei einem der letzten Kurse ein Hauptfeldwebel morgens gekommen sei und er eine Gruppe mit "Guten Abend" begrüßt habe. Diese Gruppe hat dann jedoch nicht vorschriftsmäßig in der Frühe "Guten Abend" zurückgegrüßt, sondern "Guten Morgen". Da dies freitags war, bekam die Gruppe erst drei Stunden später Feierabend. Hier wird einem also drastisch beigebracht, jede Sinnlosigkeit oder sonstiges durchzuführen, wenn sie nur von dem dazu befugten Vorgesetzten befohlen wird. Und argumentiert wird von jedem Vorgesetzten beim Bund mit Druck, nicht mit einem einsehbaren Grund: Wenn das nicht passiert, der Befehl nicht so ausgeführt wird, dann passiert das und das; meistens und laufend wird mit dem Wochenendausgang gespielt: "Meine Herren, Sie spielen mit Ihrem Wochenende."

Wichtig ist, daß diese ganzen Fickereien mit den Kameraden besprochen werden und auch, warum der Bund diese Fickereien nötig hat. Das sind nämlich nicht nur Einfälle "kranker" Ausbilder, sondern Einschüchterung ist Bestandteil der Ausbildung eines Soldaten in einer bürgerlichen Armee.

Nun noch zur Ausbildung an den Waffen: Sie ist nicht gut. Wie sollten wir MG-Schießen lernen, wenn Du einmal 4 Patronen zum Dauerfeuerschießen bekommst? Trotzdem kann man (mit etwas gutem Willen) das Waffenhandwerk beim Bund recht und schlecht erlernen. Wir werden dies auch tun, um die Waffen dann so zu gebrauchen, wie wir's für richtig halten.

u.



USA: Das obere Bild zeigt Arbeiter des Automobilkonzerns General Motors in Detroit. Sie fordern Arbeitsplätze und eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit als Maßnahme gegen die Krise. – Das untere Bild zeigt amerikanische Arbeitslose, die nach Unterstützung anstehen. Insgesamt haben die Kapitalisten bis jetzt 10 Millionen amerikanische Arbeiter in der gegenwärtigen Krise ganz oder teilweise (3 Millionen Kurzarbeiter) auf die Straße geworfen. Bei den Arbeitern, die noch Arbeit haben, versuchen sie, den Lohn zu drücken. Die Arbeiter der Erdöl-, Chemie- und Atomindustrie haben sich dagegen zur Wehr gesetzt und im ganzen Land für eine Lohnerhöhung gestreikt.



VW-Südamerika:
Überall haben die Arbeiter den Kampf begonnen

Wenn in der Presseberichterstattung von der VW-Krise die Rede ist, heißt es häufig in einem Nebensatz, in den lateinamerikanischen VW-Töchtern sei die wirtschaftliche Situation unverändert gut. Richtig daran ist, daß in den lateinamerikanischen VW-Töchtern die Gewinnspannen höher sind als in der Bundesrepublik. Was aber nicht dazu gesagt wird: Die hohen Gewinne, die VW in Lateinamerika erzielt, sind nur möglich durch die dauernde Unterdrückung der Arbeiterbewegung in diesem Kontinent – und in dem Maß, wie die Arbeiter sich wehren, zeigt sich die VW-Krise auch in Lateinamerika.

Mexiko: VW-Arbeiter setzen 45 % Lohnerhöhung durch

Der erste große Streik in der Geschichte des VW-Konzerns in Südamerika wurde in der Bundesrepublik gar nicht erst bekannt. In der mexikanischen VW-Filiale streikten im September 1974 mehr als zehntausend VW-Arbeiter eine Woche lang und konnten so eine Lohnerhöhung fürs laufende Jahr von insgesamt 45 % durchsetzen. Zuvor war die Betriebsgewerkschaft von VW de Mexiko aus der korrupten Einheitsgewerkschaft CTM ausgetreten und von der Basis aus wurde eine demokratisch gegliederte, kämpferische Gewerkschaft aufgebaut. Die VW-Strategen in Wolfsburg können Mexiko jetzt nicht mehr zu den "Billiglohnländern" (= Länder mit unterdrückter Arbeiterbewegung) rechnen, in die sie nach und nach die Produktion verlagern können. Die Direktion von VW de Mexiko sieht sich jetzt einer klassenbewußten und gut organisierten Arbeiterschaft gegenüber.

Brasilien: Zugeständnisse nach Streik

Sogar im brasilianischen VW-Werk kam es Anfang des vergangenen Jahres zu einem Streik, obwohl in diesem Land seit 10 Jahren eine der historischen Diktaturen Lateinamerikas herrscht. In dieser Streikaktion gelang es den Arbeitern, sich unter Umgehung des von der Militärdiktatur vorgeschriebenen Instanzenweges über das Arbeitsministerium, das Verhandlungspartner in allen Lohnfragen ist, der der Direktion von VW do Brasil einige Zugeständnisse abzuringen. Für die weltweite Strategie des Konzerns wiegt dies umso schwerer, als sich im brasilianischen Werk bereits die Züge der Krise der Kraftfahrzeugindustrie zeigen: Überkapazitäten zur Produktion, die nicht ausgenutzt werden können, Abhängigkeit vom Export in andere Länder, Absatzkrise im Inland.

Peru: Spaltungsmanöver gegen die VW-Arbeiter

Die mehr als 500 Arbeiter der peruanischen Filiale von VW, "Motor Peru", protestierten im Januar 1975 gegen das Auftauchen einer Gruppe, die sich "Proletarische revolutionäre Organisation der Dritten Welt" nannte. Der Name trügt. Diese Gruppe wird von der Werksleitung begünstigt und erhält offenbar alle nur mögliche Unterstützung von ihr. Über Nacht werden von dieser Gruppe Flugblätter in die Schränke der Arbeiter gelegt, in denen die Gewerkschaftsführer, die das Vertrauen der Arbeiter haben, beschimpft werden.

Peruanische VW-Arbeiter gegen Arbeitshetze

Die peruanischen VW-ler gehören zum kämpferischsten Teil der peruanischen Arbeiterklasse. Ihr Konflikt mit der VW-Leitung ist über ein Jahr alt und der härteste in einem VW-Werk überhaupt. Als die peruanische Militärregierung daran ging, per Gesetz die große Zahl von Auto-Montagebetrieben auf einige wenige, wirtschaftliche arbeitende Werke zu verringern, stellte sie VW vor die Wahl, die werkstattähnliche peruanische Niederlassung zu schließen oder zu einer profitablen Fabrik (Halbmontage) auszubauen. Die VW-Bosse kalkulierten, daß die Regierung zwar dieser zukünftigen Fabrik ein uneingeschränktes Produktions- und Verkaufsmonopol in der Käfer-Hubraumklasse garantieren würde, daß aber die Garantien zur Unterdrückung der Gewerkschaftsarbeit in anderen lateinamerikanischen Ländern höher einzuschätzen seien. In Peru sind z. B. Streiks erlaubt und finden auch häufig statt. Also entschloß sich "Motor Peru", das Land zu verlassen, wollte aber vorher noch möglichst schnell die erlaubte Produktionsziffer ausschöpfen. Die Arbeiter sollten jetzt schneller arbeiten, nur umso eher ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Das ließ sich die Betriebsgewerkschaft nicht gefallen. Die Arbeiter streikten, besetzten zeitweise die Fabrik und sperrten den Direktor 10 Stunden lang ein. Die Polizei kam, befreite ihn und verhaftete einige Arbeiter, die dann widerrechtlich entlassen wurden. Daraufhin gab es erneut Streiks, die den Erfolg hatten, daß die Entlassenen wieder eingestellt wurden.

–B.M., Frankfurt–

UdSSR-Stützpunkt in Äquatorial-Guinea

Die New-Yorker Zeitung "Guardian" vom 15.1.1975 berichtet:

"Die UdSSR hat ein Abkommen mit der Regierung der ehemaligen spanischen Kolonie Äquatorial-Guinea erreicht betreffs Errichtung eines sowjetischen Marinestützpunktes, wie "Jeune Afrique" berichtet. Der Stützpunkt soll auf Macias Nguema (früher: Fernando Poo) liegen, der Inselprovinz des mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten kämpfenden Staates, der 1968 unabhängig wurde. Äquatorial-Guinea liegt im Golf von Guinea vor Westafrika."

Es ist meines Wissens der erste Stützpunkt der UdSSR im Südatlantik und zeigt besonders anschaulich das Hegemonialstreben dieser Supermacht, die ihre Fänge in eine neue Region, den südlichen Atlantik und Westafrika, streckt.

–S.B.–

Die iranische Armee bereitet den Angriff auf die VDR Jemen vor

Der Iran bereitet gegenwärtig eine Invasion gegen die Volksdemokratische Republik Jemen (Südjemen) vor. Das geht aus einem Korrespondentenbericht in der ARD-Fernsehsendung "Weltspiegel" am letzten Sonntag hervor.

In der Sendung wurde gezeigt:
Die iranische Invasionsarmee, die sich seit Dezember 1973 im südarabischen Sultanat Oman am Ausgang des Arabischen Golfes zur Unterdrückung des Befreiungskampfes des Volkes von Oman befindet, baut ihre Stützpunkte aus und richtet sich auf einen langen Aufenthalt ein.
Zugleich machen sich Einheiten der Armee des Schah daran, neue Stellungen entlang der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) zu beziehen. Sie haben entlang der Grenze Minenfelder angelegt und Stacheldrahtverhaue aufgebaut. Derzeit werden entlang der Grenze militärische Stellungen ausgebaut, die von dem Fernsehkorrespondenten zurückhaltend als "Wehrdörfer" bezeichnet wurden. Was Wehrdörfer sind, das haben wir aber im Vietnamkrieg gesehen: Es sind militärisch hochgerüstete Plätze der US-Imperialisten und der Thieu-Söldner-Armee inmitten der befreiten Gebiete. In Oman, an der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen, dienen sie der iranischen Invasionsarmee als Ausgangspunkt für ihre Kriegs- und Raubzüge gegen das Volk von Oman und nun auch gegen die Volksdemokratische Republik Jemen.

Die Volksfront für die Befreiung Omans (PFLO), unter deren Führung das Volk von Oman seinen Befreiungskampf gegen den britischen Imperialismus und die iranische Invasion führt, hat das in der ARD-Sendung dargelegte Vorgehen der iranischen Truppen bestätigt. Das Volk in der Volksdemokratischen Republik Jemen hat gegen die Bedrohung durch die iranischen Truppen mit mehreren großen Demonstrationen reagiert. Es hat zum Ausdruck gebracht, daß es eine Verletzung seiner Grenzen nicht hinnehmen wird. Zugleich hat es mit den Demonstrationen seine Verbundenheit mit dem Befreiungskampf in Oman bekundet.

Der ARD-Korrespondent versuchte, die Volksdemokratische Republik Jemen als Aggressor hinzustellen. Er verstieg sich zu der Behauptung, vom Territorium der Volksdemokratischen Republik Jemen aus würde die PFLO die iranischen Truppen mit Raketen beschießen. Das Ziel der Fernsehsendung wird damit deutlich: Nicht ging es darum, die politischen Manöver und die militärische Invasion in Oman zu enthüllen. Der ARD-Korrespondent und das westdeutsche Fernsehen wollten vielmehr eine zu erwartende Aggression gegen die Volksdemokratische Republik Jemen im voraus rechtfertigen, das Fernsehen ergreift mit seiner Berichterstattung Partei auf der Seite der Reaktion, genau wie in Vietnam oder in Kambodscha.



Die iranische Invasionsarmee ist in Oman an der Grenze zur Volksdemokratischen Republik Jemen aufmarschiert.

> Der Senator Edward Kennedy sagte in der vergangenen Woche vor dem amerikanischen Kongreß:
> *"Was nun in Saudi-Arabien, Oman und in Iran geschehe, erinnere an die Zeit vor 15 Jahren, als amerikanische Heeresberater, Agenten des Geheimdienstes CIA und Fachleute für 'Gegenaufstand' die Grundlage für das militärische Eingreifen der Vereinigten Staaten in Vietnam schufen."*
> (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.2.1975)

Warum der Iran die Volksdemokratische Republik Jemen beseitigen will

Seit der erfolgreichen Vertreibung der britischen Imperialisten 1967 durch den bewaffneten Kampf hat das Volk der Volksdemokratischen Republik Jemen Schritt für Schritt den demokratischen Aufbau des Landes eingeleitet. Heute übt das Volk die Macht aus in der Volksdemokratischen Republik Jemen. Dabei läßt es sich leiten vom Sozialismus.
Seit 1967 sind dagegen die Armeen des Nordjemen und von Saudi-Arabien mehrfach in die Volksdemokratische Republik Jemen eingefallen mit dem Ziel, einen Machtwechsel herbeizuführen. Das Ziel der iranischen Intervention auf der südarabischen Halbinsel nannte der Oberbefehlshaber der in Oman operierenden iranischen Streitkräfte: "Den Vormarsch der Kommunisten zum Golf stoppen. Verhindern, daß die Straße von Hormuz, die Schlagader des Welterdöl-Stroms (alle 15 Minuten passiert ein Tanker diese Meerenge, die den Arabischen Golf mit dem Indischen Ozean verbindet, die Red.) aus iranischer Kontrolle gerät."

Flankenschutz durch die US-Armee

Abgesichert wird dieses Vorgehen der iranischen Armee durch die US-Armee. In dem Weltspiegel-Bericht wurde ohne viel Aufhebens bestätigt, daß die US-Armee inzwischen die Insel Mashira vor der Südküste Omans im Indischen Ozean vom Sultan als Stützpunkt erhalten habe. Die französische Zeitung "Le Monde" meldete außerdem am 20. Februar, daß der Sultan auch der Errichtung eines amerikanischen Stützpunktes nahe der omanischen Hauptstadt Maskat zugestimmt habe und daß der Aufbau dieses Stützpunkts vorbereitet werde. Schließlich schicken die US-Imperialisten neuerdings verstärkt ihre Militärberater nach Kuweit, Saudi-Arabien und in den Iran. Bei diesen Militärberatern handelt es sich um ehemalige Vietnamkämpfer, insgesamt sollen es derzeit knapp 10 000 sein.

–g.j.–

Polen: Wenn sich eine Ausbeuterklasse eine Sondersteuer auferlegt ...

Berichten westlicher Zeitungskorrespondenten zufolge wird 1975 und 1976 in Polen eine Sondersteuer auf privates Vermögen erhoben. Versteuert werden Vermögenswerte über 700 000 Zloty. Das sind umgerechnet 90 000 DM.
Von der Steuer ausgenommen sind private Vermögenswerte, die angelegt sind in Produktionsmitteln, Haus- und Grundbesitz, soweit im Rahmen staatlicher Programme erworben, Bargeld, Schmuck, Möbel und Kunstsammlungen. Mit anderen Worten: von der Steuer sind nur diejenigen Angehörigen der neuen Ausbeuterklassen betroffen, die so dumm waren, ihr Geld nicht nur in der genannten Weise anzulegen, sondern sich Villen, Ferienhäuser, Jachten und ausländische Luxusautos zugelegt haben. Schätzungen besagen, daß es sich immerhin noch um etwa 10 000 Personen handelt.
10 000 Personen, die nicht nur Produktionsmittel, Haus- und Grundbesitz, Bargeld, Möbel, Schmuck und Kunstsammlungen, sondern darüber hinaus auch Wochenendhäuser, Villen, Jachten und Autos besitzen – sie werden in Polen zu einer "einmaligen Sondersteuer" herangezogen. Man sieht: die neue Ausbeuterklasse hat sich nicht nur mit Hilfe des Staates die Produktionsmittel angeeignet und preßt dem Volk nicht nur die Reichtümer ab, sondern beherrscht auch schon sehr gut die Winkelzüge, mit denen man sich eine "Sondersteuer" auferlegt, um in Wahrheit seine Schäfchen trocken zu halten.

Mo

Frankreich:

40 000 französische Fischer haben in der vergangenen Woche die Häfen der Westküste blockiert. Sie protestierten mit dieser Aktion dagegen, daß immer mehr Fischer durch die Vergiftung des Meeres, durch ausländische Konkurrenz und wegen der Inflation, die die Kosten für die Fischer in die Höhe treibt, ihre Existenzgrundlage verlieren. Die Regierung hat inzwischen Subventionen in Höhe von 28 Millionen Francs (etwa 17 Millionen DM) zugesagt.

Kambodscha: Die Revolution wird siegen!

Nach verstärkter US-Einmischung in Kambodscha riefen bis vor kurzem noch die Propagandisten des Imperialismus lauthals. Nur dadurch könne die bevorstehende Einnahme Phnom Penhs durch die Befreiungsstreitkräfte der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) verhindert werden. Das war als Schützenhilfe für die US-Regierung gedacht, die vom Kongreß die Bewilligung weiterer 220 Millionen Dollar für die Fortsetzung des völkermörderischen Kriegs in Kambodscha forderte. Die Folge waren jedoch zahlreiche Proteste, und aus Angst vor einem erneuten Aufflammen der Antikriegsbewegung in den USA zögert der Kongreß mit seiner Zustimmung. Eine Untersuchungskommission soll zuerst die Lage in Phnom Penh erkunden.

Die bürgerliche Presse hat jetzt eine andere Taktik eingeschlagen. Nach dem Motto: "Was die fortschrittliche Öffentlichkeit nicht weiß, macht sie nicht heiß" schweigt sie jetzt über die Kämpfe in Kambodscha fast völlig tot.

100 US-Versorgungsflüge täglich

Das US-Kriegsministerium hat Anfang Februar offiziell erklärt, es würde die Versorgungsflüge verdoppeln, sie von 10 auf 20 erhöhen. Tatsächlich betrugen sie aber im Januar schon 30 bis 40 pro Tag und wird seit dem Februar täglich achtzig- bis hundertzwanzigmal Kriegsmaterial und Nahrung vom thailändischen US-Stützpunkt Udorn eingeflogen.

Die Stützpunkte des Imperialismus sind inzwischen kleine Inseln im roten Meer des befreiten Kambodscha. Seit Beginn der Januar-Offensive hat die Volksbefreiungsarmee über 500 Stützpunkte der Lon-Nol-Söldner befreit oder vernichtet. Außer einem Dreieck im Norden um die Stadt Battambang und einem etwa 120 km langen Streifen entlang der thailändischen Grenze, der teilweise von thailändischen Truppen gehalten wird, können die US-Imperialisten nur noch enige völlig isolierte Städte besetzt halten. Die sogenannte "Republik Khmer" mit Lon Nol als Gallionsfigur erstreckt sich somit über viel weniger als 10 % des kambodschanischen Territoriums. Die Lon-Nol-Clique ist im wahrsten Sinne des Wortes eine Regierung ohne Land und ohne Volk, die Bevölkerung in diesen Enklaven befindet sich gleichfalls im Aufstand. So gibt es auch keine Wirtschaft, die dieses Regime trägt.

Der Krieg ist zu 100 Prozent ein Krieg der USA

Das Pariser Abkommen über Vietnam legt in Artikel 20b zwar fest: "Ausländische Staaten werden alle militärischen Handlungen in Kambodscha und Laos einstellen, ihre Truppen, ihre militärischen Berater und ihr Militärpersonal, ihre Waffen, ihr Heeresgut und ihre Kriegsmaterial aus diesen beiden Ländern vollständig abziehen und sie nicht erneut dorthin bringen." Aber alles, was zur Aufrechterhaltung dieser Enklaven und des Krieges notwendig ist, stammt von den USA. 100 % der Munition und Waffen, 100 % des Treibstoffs, 100 % aller Nahrungsmittel. Obwohl der US-Kongreß verschiedentlich Verbotsbeschlüsse faßte, liegt auch die strategische und taktische Planung zu 100 % in der Hand der US-Regierung. **Das Oberkommando ist die US-Botschaft in Phnom Penh; der vom westdeutschen Fernsehen seit einiger Zeit präsentierte General Sosthene Fernandez ist nicht Oberkommandierender der Streitkräfte, sondern eine Strohpuppe wie Lon Nol, die ihren Namen für Millionen Dollars hergibt, um den US-Imperialisten ihre Schlächterei am kambodschanischen Volk möglich zu machen. Oberkommandierender ist der US-Botschafter Dean. Den Krieg führt er über etwa 4 000 US-Militärberater und CIA-Agenten.** Sie fliegen als Zivilpersonen von Saigon und Bangkok (Thailand) jeden Morgen zu ihren verschiedenen Einsatzpunkten in Kambodscha, leiten sie dort tagsüber und fliegen abends zurück in ihre Appartments in Saigon und Bangkok. Sogar die Zahlmeister der Truppen sind Amerikaner; sie kommen wöchentlich angeflogen, um die Söldner und Marionetten selbst auszuzahlen, nachdem zuviele Dollars in den Taschen korrupter Militärs und für nicht existierende Kompanien verschwanden.

Der Nachschub erfolgt über von US-



Die Karte zeigt Kambodscha im Mai 1974. Die dunkelgrauen Flächen sind Gebiete, die noch unter Kontrolle der Lon-Nol-Clique stehen.

Piloten geflogene Maschinen. Die Ziele für Luftangriffe und Artilleriebeschuß werden von US-Beratern und US-Aufklärern ausgesucht. In jeder Base leiten CIA-Agenten die Sabotageaktionen gegen die befreiten Gebiete und die Unterdrückung der Flüchtlinge.

Um der "Story" vom amerikanischen Rückzug willen gründete das Pentagon, das US-Kriegsministerium, auch drei "Zivil-Fluggesellschaften" für Kambodscha. Diese drei "Privat"firmen, die sich "Bird Air", "World Airways" und "Trans International Airlines" nennen, fliegen jetzt im 24-Stunden-Einsatz die Munition, Nahrungsmittel und Treibstoff vom thailändischen US-Stützpunkt Utapao nach Phnom Penh.

Das Geld dafür bekommen sie entweder vom Pentagon als "Käufer dieser Dienstleistung" oder von den Marionetten, die es wiederum als "Entwicklungshilfe" von der US-Regierung erhalten.

In der bürgerlichen Presse wird es dann den Volksmassen als der "heldenhafte Widerstand der freiheitlich gesinnten 'Republik Khmer' gegen kommunistische Terroristen" präsentiert, dem die US-Regierung nur freundschaftliche Unterstützung gibt.

In naher Zukunft werden den Imperialisten all diese Manöver nicht mehr helfen

Der Krieg der Imperialisten kostet das amerikanische Volk 1,5 Millionen Dollar täglich (1,3 davon allein für Munition), das sind 547 Millionen Dollar im Jahr. Weil das immer noch nicht reicht, wollen Ford und Kissinger jetzt weitere 220 Millionen Dollar. In Ladung bedeutet das beim jetzigen Stand der Kämpfe 600 bis 800 Tonnen Munition und je 400 Tonnen Reis und Treibstoff pro Tag. Die US-Luftbrücke schafft derzeit aber nur 300 Tonnen pro Tag.

Die Befreiungsstreitkräfte haben den Mekong fest unter Kontrolle

Sie kontrollieren beide Ufer von Südvietnam bis Phnom Penh. Am 26. und 27. Januar haben sie 28 Schiffe, darunter einen Tanker, versenkt, in Brand geschossen oder schwer beschädigt; am 28. Januar waren es fünf weitere Schiffe; am 29. versenkten sie sechs große Frachter und fünf Begleitschiffe bei Neak Luong. In der ersten Februarwoche wurde ein Konvoi vollständig zerstört, ein zweiter zur Hälfte, Teile erreichten Phnom Penh. Am folgenden Tag gingen 15 Schiff eines weiteren Konvois in Flammen auf, der Rest kehrte nach Südvietnam zurück.

Viele davon wurden an der engsten Stelle, 60 km südlich von Phnom Penh, bei Neak Luong zerstört. Im Augenblick ist der Wasserstand auf dem Mekong noch verhältnismäßig hoch und die Schiffswracks können noch umfahren werden. Er sinkt aber im März beständig und erreicht etwa im April seinen tiefsten Stand, wodurch die engsten Stellen bei Neak Luong nicht breiter als etwa 100 Meter sein werden. Dadurch wird der Mekong schon bald für die Imperialisten nicht nur dadurch unbenutzbar, daß jedes Schiff in Reichweite einfacher Handfeuerwaffen kommt, sondern auch indem die versenkten Wracks die Fahrrine versperren.

Erst Mitte Juni bis Juli wird der Wasserstand wieder so hoch sein, daß Frachter den gesunkenen Schiffen ausweichen können.

Was für die US-Imperialisten bleibt, ist eine Versorgung durch eine Luftbrücke von Thailand aus. Aber auch da sind die Perspektiven für die US-Imperialismus finster, trotz der großen technischen Möglichkeiten der USA, Luftbrücken einzurichten. Unter dem Feuer der Volksbefreiungsstreitkräfte werden sich immer weniger Piloten finden, die das Risiko, auf dem Flugplatz Phnom Penhs, Pochentong, zu landen, auf sich nehmen. In der ersten Februarwoche wurden zwei riesige C-130 Luftfrachtschiffe zerstört; am 31. Januar zerstörte die Artillerie der Befreiungsstreitkräfte drei T-28-Bomber, beschädigte 10 Luftfrachtschiffe und Hubschrauber schwer und sprengte mehrere Lastzüge mit Munition.

Die Entscheidung fällt im Kampf um den Verteidigungsring von Phnom Penh

Der Angriff auf Phnom Penh hat dabei seine volle Stärke keineswegs erreicht. Die Angriffe seit dem 1. Januar, an dem die Befreiungsarmee die Offensive der Trockenperiode eröffnete, verfolgten das Ziel, die Kräfte des Feindes zu dezimieren, zu zersplittern, möglichst viele zu vernichten, den Nachschub abzuschneiden, Vorräte zu erobern oder zu zerstören und möglichst viele Menschen der Kontrolle der Imperialisten zu entreißen und ihre Söldner so des menschlichen Schutzwalles, den sie sich durch die Flüchtlinge anlegten, zu berauben und dabei möglichst wenig eigene Verluste hinzunehmen. So mußten die US-Strategen ihre Truppen seit Januar von einer Enklave zur anderen jagen, von Kompot nach Takeo, von da nach Kompong Song und wieder nach Neak Luong. Sobald sie eine ihrer Garnisonen aus einer Enklave abzogen, schlugen die Befreiungsstreitkräfte gerade hier zu, so erfolgreich, daß sie z.B. jetzt einen festen Stützpunkt nur 600 m vom Marktplatz der Stadt Kompot haben. Nachdem die US-Söldner schwere Verluste im Kampf um den Verteidigungsgürtel Phnom Penhs und das Mekong-Ufer hinnehmen mußten, wurden sie hastig in ihre Stützpunkte zurückgeflogen, nur um beim Abflug und der Ankunft ein paar weitere Flugzeuge, Hubschrauber und Truppen zu verlieren.

Gleichzeitig kämpft die Bevölkerung in den noch besetzten Enklaven mit den ihr möglichen Mitteln zur Unterstützung der Befreiungsstreitkräfte. Sie überfällt die Reisspeicher, sabotiert mit allen Möglichkeiten den Einsatz des US-Militärapparates und kämpft so erfolgreich gegen die Zwangsrekrutierung, daß die Lon-Nol-Clique jetzt 1 500 schlichte Kriminelle aus dem Gefängnis in die Armee holen mußte, um die Verluste aufzufüllen.

Um die fehlende menschliche Unterstützung auszugleichen, haben die US-Imperialisten wieder eine neue völkermörderische Waffe zum Einsatz gebracht, die CB-55-Bombe. Sie ist gegen militärisches Gerät und Anlagen wirkungslos, tötet aber jedes Leben im Umkreis von 32 m, indem sie der Luft den Sauerstoff entzieht.

Aber auch diese barbarische Waffe wird die Niederlage nicht aufhalten noch den Aufstand der Volksmassen verhindern können.

Das kambodschanische Volk unter Führung der GRUNK ist entschlossen, die günstige Lage in der nächsten Zeit zu nutzen, um durch die vollständige Vertreibung der Imperialisten mit der Einnahme Phnom Penhs den Frieden in Kambodscha wiederherzustellen. Die Entscheidung wird dabei im Kampf um den Verteidigungsgürtel Phnom Penhs fallen. Die US-Söldnerarmee braucht dann bei dem verstärkten Angriff der Befreiungsarmee allein über 1 000 Tonnen Munition. Es ist klar, daß das mit der jetzt vorhandenen Luftbrücke und den vom Kongreß bewilligten Mitteln nicht möglich ist und bedeuten würde, daß in wenigen Wochen der Widerstand der Lon-Nol-Clique aus Mangel an Nachschub zusammenbrechen müßte.

Ausweitung der US-Einmischung oder vollständiger Rückzug

Die US-Imperialisten stehen dann vor der Alternative: vollständiger Rückzug oder eine weitere Ausweitung der Einmischung, um ihren Krieg noch einige Zeit weiterführen zu können. Welche der beiden Möglichkeiten Wirklichkeit wird, wird gerade auch abhängen von der Reaktion in den USA. Dabei hat die internationale Solidarität eine wichtige Aufgabe. Die Stärke und der breite Widerstand des kambodschanischen Volkes schafft ausgezeichnete Bedingungen, um den US-Imperialismus zu entlarven und sein wirkliches Wesen aufzuzeigen.

Dabei kommt es jetzt darauf an, diese Entlarvung und die Propagierung des gerechten Kampfes des kambodschanischen Volkes breit in die Bevölkerung zu tragen und aufzuzeigen, daß die Bundesregierung stets auf der Seite der US-Regierung die imperialistischen Interessen verteidigt und die Rechte des kambodschanischen Volkes unterdrückt hat.

Schluß mit der Unterstützung der US-Aggression in Kambodscha durch die Bundesregierung!

Anerkennung der GRUNK durch die Bundesregierung!

Amis raus aus Kambodscha!

H.L.



Die Kämpfer der Volksbefreiungsarmee von Kambodscha (FAPLNK) beim Angriff auf eine feindliche Stellung.

Die GRUNK:
Regierung der revolutionären Volksmacht

Das Geheimnis für den siegreichen Widerstand gegen die technologische Übermacht des US-Imperialismus ist die Entfaltung der revolutionären Energien der kambodschanischen Volksmassen. Zum ersten Mal in der Geschichte Kambodschas ist das Volk, sind die Bauern und Arbeiter Herren ihrer eigenen Geschicke, sind die Ausbeuter und Unterdrücker verjagt oder entmachtet.

Die Macht übt überall, in jedem Dorf, das Komitee der FUNK, der Nationalen Einheitsfront Kambodschas, aus. Es stellt das bewaffnete Volk dar und übt die Macht auf demokratischer Grundlage aus. Über dieses Komitee regeln die kämpfenden Bauern in den befreiten Gebieten alle Probleme, den wirtschaftlichen Prozeß, die Erziehung und Ausbildung, die Gesundheitsversorgung. Über das FUNK-Komitee sprechen die Massen Recht. Daneben gibt es zahlreiche Massenorganisationen für bestimmte Probleme und die Volksarmee im ganzen Land.

Zur gemeinsamen Durchführung der Landarbeit bilden die Bauern Solidaritätskomitees, sie bestellen den Boden des ganzen Dorfes, sie bauen die Deiche und halten sie instand, die Boote, die Wagen usw.

Mit der Befreiung der Massen von ihren feudalen und imperialistischen Unterdrückern haben sie auch den Kampf gegen die Unwissenheit aufgenommen. Aberglaube und Religion werden bekämpft. Während zum Beispiel unter der Herrschaft der Imperialisten und ihrer Knechte nur wenige Kambodschaner Schulen besuchen konnten, gehen alle Kinder in den befreiten Gebieten in die Schule und nehmen auch alle Erwachsenen und die Volksbefreiungsstreitkräfte an regelmäßigen Ausbildungskursen teil.

Die Massen sind sich dabei Lehrer und Schüler zugleich. Unter Leitung des FUNK-Komitees wählen sie diejenigen aus, die sich, während die übrigen z.B. die Schulen bauen oder landwirtschaftliche Arbeit erledigen, bestimmte Kenntnisse erwerben. In der nächsten Phase geben diese ihre Kenntnisse an die anderen weiter. Die besten werden dann wieder dazu bestimmt, neue Kenntnisse zu erwerben, um sie den anderen weiterzugeben, in einem Rythmus von etwa drei Monaten.

Dadurch war es möglich, trotz der Anstrengungen, die für den Widerstandskrieg notwendig sind, die landwirtschaftliche Produktion um 100 % zu steigern, riesige Fortschritte im Schulwesen und der Gesundheitsversorgung zu machen.

Die Kraft und der Quell des Wissens ist das Volk. Als Regierung der revolutionären Volksmassen mobilisieren und organisieren die FUNK und GRUNK diese Kräfte im Dienste des Volkes für den siegreichen Widerstandskrieg und den Aufbau eines blühenden Kambodscha.

Was Wunder, daß die bürgerliche Presse über diese Diktatur der breiten Massen jammert, die die Ausbeuter und Unterdrücker, die bisher vom Schweiß der Massen sich einen Lenz machten, zwingt, zum ersten Mal wie jeder andere sich von der eigenen Arbeit zu ernähren und der Macht des Volkes unterzuordnen.

H.L.

Kambodscha-Broschüre der Indochina-Komitees erscheint Mitte März Preis: 1,50 DM

Info Nr. 7 der Indochina-Komitees erscheint Mitte März Preis: 20 Pfennig

Buchvertrieb Mannheim, 6800 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Postfach 5129

Film und Dia-Satz zum Befreiungskampf in Kambodscha

Bestellung an: Indochina-Komitee Heidelberg, c/o M. Linke, 6900 Heidelberg, Werderstr. 8

Die internationale Lage, die Außenpolitik der VR China und

Die Redaktion der Kommunistischen Volkszeitung haben viele Briefe erreicht, die Fragen zur Außenpolitik der Volksrepublik China betreffen. Solche Fragen gibt es schon immer, sie sind jedoch durch die Einladung der Volksrepublik China an Franz Josef Strauß besonders häufig aufgetreten.

Es herrscht in der revolutionären Bewegung in Westdeutschland einige Unsicherheit über die Außenpolitik der Volksrepublik Chinas. An dieser Unsicherheit versuchen sowohl die DKP als auch die Trotzkisten verschiedener Machart anzuknüpfen, um die Unsicherheit in Verwirrung zu verwandeln und aus der Verwirrung für ihre schädliche Politik Nutzen zu schlagen. Auch solche Organisationen wie der Kommunistische Bund Nord schlagen in die gleiche Kerbe.

Ohne den Charakter der heutigen Sowjetunion zu verstehen, kann man die internationale Lage nicht verstehen

An der Wurzel der meisten Unklarheiten über die Außenpolitik der Volksrepublik China steht die Unklarheit über den Charakter der heutigen Sowjetunion. Seit sich die Kommunistische Partei Chinas in dieser Frage Klarheit verschafft hat, hat die Außenpolitik der Volksrepublik China eine klare Stoßrichtung bekommen. Sie dient der Schwächung und Isolation der beiden Supermächte. Die Kommunistische Partei Chinas hat einen langen und erbitterten ideologischen Kampf gegen den Sieg des Revisionismus in der KPdSU geführt. Der Sieg des Revisionismus mußte das sozialistische Lager zwangsläufig spalten und die Sowjetunion in eine imperialistische Supermacht verwandeln.

Seit der Besetzung der CSSR durch die Sowjetunion und der Begründung dieser Besetzung durch eine Theorie der begrenzten Souveränität der sozialistischen Länder ist nach Auffassung der Kommunistischen Partei Chinas der sozialimperialistische Charakter der Sowjetunion offen zu Tage getreten. Es hat sich gezeigt, daß die Sowjetunion den Sozialismus nur noch in Worten hochhält, um hinter diesem Rauchvorhang besonders ungestört ihre imperialistischen Taten betreiben zu können. Den imperialistischen Charakter der Sowjetunion hat die Volksrepublik China deutlich am eigenen Leib erfahren. Von der Behauptung, es gebe zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion keine ungeregelten Grenzfragen, ging die Sowjetunion dazu über, diese Grenzfragen gewaltsam in ihrem Sinne zu regeln und eindeutig chinesisches Territorium besetzen zu wollen.

Diese imperialistischen Taten der Sowjetunion waren nur die Fortsetzung und der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung, die die Sowjetunion nach dem XX. Parteitag zielstrebig eingeschlagen hatte. So hatte die Sowjetunion bereits 1960 auf die Volksrepublik China Drück ausüben wollen, indem sie in erpresserischer Absicht und unter Bruch sämtlicher Verträge und Abmachungen jegliche Mithilfe beim Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China einstellte. Sie hat alles stehen und liegen lassen und selbst die Pläne der begonnenen Entwicklungsprojekte mitgenommen, in der Hoffnung, so die Selbständigkeit des chinesischen Volkes und seiner Führung, der Kommunistischen Partei Chinas, zu brechen. Das gleiche hat die Sowjetunion gegenüber der Volksrepublik Albanien gemacht. Das war bereits eindeutige Großmachtpolitik.

Um die Volksrepublik China zu schwächen,hat sich die Sowjetunionin den beiden Grenzkonflikten zwischen der Volksrepublik China und Indien beide Male hinter Indien gestellt und im zweiten Fall (1962) den indischen Aggressoren sogar Waffenhilfe und Flugzeuge angeboten, um sie bei ihrer Aggression zu stärken. Auch dies waren bereits imperialistische Taten: Sie sollten dazu dienen, Indien als Degen gegen die unabhängige und selbständige Volksrepublik China einzusetzen. Dabei konnte die Sowjetunion davon ausgehen, Indien leichter in eine wirtschaftliche und politisch Abhängigkeit bringen zu können als die sozialistische Volksrepublik China.

Mit der Besetzung der CSSR und mit den gewaltsamen Aggressionsmaßnahmen gegen die Volksrepublik China zeigte sich, daß der Sieg des Revisionismus den ersten sozialistischen Staat in einen sozialimperialistischen Staat umgewandelt hatte. Die Kommunistische Partei Chinas hat diese Tatsache als erste offen ausgesprochen. Heute springt den Völkern der Welt der sozialimperialistische Charakter der Sowjetunion immer deutlicher ins Auge. Überall treiben sich die Flotten der Sowjetunion auf den Weltmeeren herum, überall versucht sie, Abhängigkeiten zu schaffen und Einflußsphären zu bilden, sei es nun im Indischen Ozean, im Nahen Osten, in Skandinavien. Und immer deutlicher zeigt sich, daß die Expansionsbestrebungen der Sowjetunion vor allem auf Europa abzielen. In der Auseinandersetzung um Europa, in dem sich hochentwickelte Produktivkräfte, sachliche und menschliche, konzentrieren, will und muß die Sowjetunion die Entscheidung um die Weltherrschaft in ihrem erbitterten Kampf mit der anderen Supermacht suchen.

Daß die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Macht geworden ist, hat innere Ursachen: Der Machtantritt des Revisionismus bedeutete den Machtantritt der Bourgeoisie, die durch eine ganze Reihe von sogenannten ökonomischen Reformen den Kapitalismus wiederhergestellt hat, die das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln in ihr kapitalistisches Eigentum verwandelt hat und die keinen anderen Motor kennt für die Entwicklung der Wirtschaft als den Profit. In der Jagd nach Profit verschärft sie die Ausbeutung der sowjetischen Arbeiterklasse. In der Jagd nach Profit strebt sie nach Expansion und wird unvermeidlich auf diesem einmal eingeschlagenen Weg fortschreiten, wenn ihr durch die Völker der Welt keine Schranken gezogen werden und wenn sie durch die sowjetische Arbeiterklasse nicht gestürzt wird.

Obwohl die Verwandlung des ersten sozialistischen Staates in eine sozialimperialistische Supermacht innere Ursachen hat, zeigt sich dieser Charakter wie bei jeder imperialistischen Macht vor allem und für die Völker der Welt am deutlichsten in der Außenpolitik der Sowjetunion. Und diese Außenpolitik spricht Bände. Heute gibt es bereits keinen Winkel mehr in der Welt, in den die Sowjetunion nicht ihre Finger hineinstecken will und wo sie nicht mit der anderen Supermacht den Kampf um die Hegemonie aufnehmen will. Je offensichtlicher jedoch die Sowjetunion ihren imperialistischen Bestrebungen folgt, umso leichter wird ihr wahrer Charakter auch von den Völkern durchschaut.

Die wichtigste Tatsache in der heutigen Welt ist der Zusammenschluß der Dritten Welt gegen den Imperialismus und gegen die beiden Supermächte

Durch die Umwandlung der Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht ist das sozialistische Lager gespalten worden und hat heute aufgehört zu existieren. Einen großen Teil des früheren sozialistischen Lagers hat die Sowjetunion in ihren imperialistischen Einflußbereich verwandelt. Mit den Ländern in diesem Einflußbereich springt sie um wie mit Halbkolonien und Kolonien und beutet sie nach Strich und Faden aus. Das jüngste Beispiel ist die Erhöhung der Erdölpreise innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) um 130 %, die ökonomisch nur aus dem kapitalistischen und imperialistischen Charakter der Sowjetunion erklärt werden kann.

Die Volksrepublik China und die anderen Länder, in denen die Arbeiterklasse ihre Macht verteidigen und aufrechterhalten konnte, bilden einen Teil der Dritten Welt, und diese Dritte Welt ist in den letzten Jahren zu einer Haupttriebkraft in der Geschichte geworden. Sie steht in einem unauflöslichen Widerspruch zum Imperialismus und insbesondere zu den beiden imperialistischen Supermächten, die die erste Welt bilden. Genauso wie der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie ein objektiver Widerspruch ist, der in den imperialistischen und revisionistischen Ländern den Hauptwiderspruch bildet und unvermeidlich die proletarische Revolution hervortreibt, genauso ist der Widerspruch zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus, insbesondere den beiden Supermächten, ein objektiver Widerspruch, der unvermeidlich den Befreiungskampf der Dritten Welt hervortreibt. Dieser Widerspruch ist auf der internationalen Bühne gegenwärtig der Hauptwiderspruch. Er macht den Zusammenschluß der Dritten Welt im Kampf gegen den Imperialismus und insbesondere gegen die beiden Supermächte notwendig und möglich.

Gleichzeitig setzen die imperialistischen Mächte und insbesondere die beiden Supermächte in ihrem Kampf um die Weltherrschaft alles daran, die Dritte Welt zu spalten, sich Teile der Dritten Welt unter den Nagel zu reißen und unter ihren Einfluß zu bringen. Zu diesem Zweck spinnen sie Intrigen, arrangieren Putsche, versuchen Befreiungsbewegungen zu infiltrieren und schrecken vor keiner Schandtat zurück.

Die Sowjetunion steht den USA dabei um kein Härchen nach. So hat sie in Afghanistan einen Putsch inszeniert, so steckte sie hinter dem Putschversuch im Sudan, so hat sie die sezessionistische Politik der Awami-Liga und die Aggression Indiens gegen Pakistan unterstützt. So ist ihr jede Befreiungsorganisation und jedes fortschrittliche Regime nur eine neue Hoffnung, sich irgendwo festzusetzen, Abhängigkeiten zu schaffen, die Rohstoffe auszuplündern, günstige Märkte zu schaffen und wo immer möglich einen Militärstützpunkt zu schaffen. Um nichts anderes geht es der Sowjetunion auch im Nahen Osten und im "Zypern-Konflikt", der ein Konflikt der Supermächte um Zypern ist.

Trotz aller Pressionen und Intrigen, ja gerade deshalb beginnt sich die Dritte Welt immer fester zusammenzuschließen, die formelle politische Unabhängigkeit zu nutzen, um auch ökonomisch eine größere Selbständigkeit zu erringen. Die Dritte Welt ist durch zahlreiche Widersprüche gekennzeichnet, zum Beispiel zwischen den sozialistischen Ländern und den nichtsozialistischen Ländern der Dritten Welt, zwischen den fortschrittlichen Staaten wie Algerien und den reaktionären Staaten wie Saudi-Arabien und dem Iran. Doch sind diese Widersprüche innerhalb der Dritten Welt gegenüber dem Hauptwiderspruch zwischen der Dritten Welt und dem Imperialismus, insbesondere den beiden Supermächten, untergeordnet und die Völker der Dritten Welt werden diese Widersprüche lösen, indem sie durch ihren Kampf im Inneren der Länder der Dritten Welt den Kampf gegen den Imperialismus weitertreiben und alle diesen Kampf hemmenden Faktoren beiseiteräumen.

Der Kampf der beiden Supermächte um die Weltherrschaft bedeutet die Gefahr eines Weltkrieges

Die territoriale Aufteilung der Welt ist seit Jahrzehnten abgeschlossen. Die aufstrebende imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, ist auf Grund der ungleichmäßigen Entwicklung hinter den USA zurückgeblieben und muß jetzt die USA zu übertrumpfen versuchen. Dabei stellt sie die territoriale Aufteilung der Welt in Frage, während die USA zu halten versuchen, was sie nur irgend halten können. So treibt das Ringen der beiden Supermächte auf einen Weltkrieg zu, wenn es nicht durch die Revolution weiter eingeengt wird und schließlich durch die Revolution in den USA und in der Sowjetunion selber beseitigt wird. Ein Krieg der beiden Supermächte wird ein Weltkrieg sein und dieser Krieg wird sich auf Europa zuspitzen. Nicht umsonst konzentrieren sich die diplomatischen Bemühungen der beiden Supermächte heute auf Europa und ist Europa heute der größte Truppenaufmarschplatz in der Welt.

Die europäischen Staaten sind Teil der Zweiten Welt

Zu recht weist die Kommunistische Partei Chinas darauf hin, daß man die europäischen imperialistischen Staaten genausowenig wie Japan und die entwickelten revisionistischen Länder in einen Topf werfen darf mit den beiden imperialistischen Supermächten. So sind die westeuropäischen Staaten zwar imperialistische Staaten und stehen deshalb im Gegensatz zu den Ländern der Dritten Welt und insbesondere den sozialistischen Staaten, die Teil der Dritten Welt sind. Auf der anderen Seite stehen sie aber auch in Gegensatz zu den beiden Supermächten, deren eine sie unter dem Vorwand des Bündnisses in Abhängigkeit halten will und deren andere sie unter dem Vorwand der Entspannungspolitik in Abhängigkeit bringen will.

Die westeuropäischen imperialistischen Mächte sind gegenwärtig jedoch weder zu einer imperialistischen Hegemonialpolitik fähig, noch können sie jeweils einzeln auch nur einigermaßen ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Ringen der beiden Supermächte bewahren. Dieses Ringen droht sie in einen Weltkrieg hineinzutreiben, in dem Europa zudem der Hauptkriegsschauplatz sein wird. Von daher ergibt sich bei den westeuropäischen imperialistischen Mächten das Bedürfnis nach Einigung und dieses Bedürfnis nach Einigung hat seine zwei Seiten: Einerseits zielt es auf eine Stärkung des Imperialismus der westeuropäischen Staaten und andererseits zielt es auf eine größere Unabhängigkeit dieser Staaten gegenüber den beiden Supermächten. Weder wollen die westeuropäischen imperialistischen Staaten bei der relativen Zusammenarbeit der beiden Supermächte verschaukelt werden, noch wollen sie einfach willenlos in einen Weltkrieg hineingezogen werden, der sich aus dem absoluten Gegensatz der beiden Supermächte immer deutlicher als Gefahr abzeichnet. Sie sind mißtrauisch gegenüber den beiden Supermächten, wobei sie auf die Seite des US-Imperialismus neigen, von dem für sie gegenwärtig weniger Gefahr ausgeht und mit dem sie verbündet sind.

Die Kräfteverhältnisse haben sich in den letzten Jahren trotz der Umwandlung des ersten sozialistischen Staates in eine sozialimperialistische Macht und trotz der Spaltung und Auflösung des sozialistischen Lagers zugunsten der Kräfte der Veränderung und der Revolution entwickelt und zuungunsten der Kräfte des Imperialismus und der Konterrevolution. Insbesondere haben sie sich zuungunsten der beiden Supermächte entwickelt, gegen deren Hegemoniebestrebungen sich der Zusammenschluß der Dritten Welt vor allem richtet.

Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen die Revolution – das ist längst zu einer allgemeinen Strömung der Geschichte geworden.

Für die Außenpolitik der Volksrepublik China kommt es darauf an, die allgemeine Strömung der gegenwärtigen Situation zu stärken und ihr zum Durchbruch zu verhelfen. Wie verhält es sich mit dieser allgemeinen Strömung? Sie richtet sich gegen den Imperialismus und vor allem gegen die beiden Supermächte, denn Imperialismus bedeutet Abhängigkeit der Staaten von ein paar imperialistischen Staaten und heute insbesondere von den beiden Supermächten, bedeutet Unterdrückung der Freiheit der Nationen durch den Imperialismus und insbesondere die beiden Supermächte. Dabei ist es so: Je unabhängiger ein Staat vom Imperialismus ist, je mehr Freiheit sich eine Nation erkämpft hat, umso leichter ist es für das Volk, die Revolution zu machen. Umgekehrt: Je größere Erfolge ein Volk im Kampf für die Revolution erzielt, desto freier ist die Nation von äußerer Unterdrückung und desto unabhängiger wird der Staat von fremden, imperialistischen Mächten. Weil das chinesische Volk unter Führung der Arbeiterklasse und der Kommunistischen Partei Chinas einen sozialistischen Staat der Diktatur des Proletariats errichtet hat und die Arbeiterklasse die Revolution fortführt gegen alle Überbleibsel der alten Gesellschaft und die Restauration des Kapitalismus erfolgreich verhindert hat und weiter verhindert, ist die Volksrepublik China heute ein vollständig unabhängiger Staat und ist die chinesische Nation in der Volksrepublik China heute befreit von jeder fremden Unterdrückung. Wie mit dem großen und volkreichen China verhält es sich auch mit dem kleinen Albanien mit seiner zahlenmäßig geringen Bevölkerung.

Auf welche Weise kann nun die Außenpolitik der Volksrepublik China dazu beitragen, daß die allgemeine Strömung der Geschichte: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, durch diese Außenpolitik gestärkt wird?

Die Volksrepublik China kann die Revolution nicht exportieren und will das auch nicht. Das würde nämlich der Revolution nicht nutzen. Hier wirkt die Volksrepublik China vor allem durch ihr Beispiel, das die Völker zum selbständigen Kampf ermutigt. Mit den siegreichen Völkern arbeitet die Volksrepublik China außenpolitisch eng zusammen und unterstützt sie bei der Fortsetzung der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus. Dabei hat die Stärkung der Selbständigkeit der Völker den Vorrang. Die nationalen Befreiungsbewegungen haben in der Volksrepublik China eine feste Stütze. Die Volksrepublik China anerkennt die nationalen Befreiungsbewegungen als legitime Vertretungen der Nation und versagt den Kolonialstaaten die Anerkennung. So hat die Volksrepublik China keine diplomatischen Beziehungen zu Israel, zu Rhodesien, zur Republik Südafrika und vorläufig auch noch nicht zu Portugal. Wohl aber hat die Volksrepublik China zur PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), zu den Befreiungsbewegungen von Zimbabwe, zum ANC in Südafrika und zu den Befreiungsbewegungen in Mozambique, Guinea-Bissau und Angola freundschaftliche Beziehungen und unterstützt sie nach Kräften.

Die meisten Nationen haben heute ihre formelle politische Unabhängigkeit erkämpft und haben eigene formell politisch unabhängige Staaten errichtet. Die Volksrepublik China unterstützt das Streben der Staaten der Dritten Welt, die formelle Unabhängigkeit in eine wirkliche Unabhängigkeit zu verwandeln, unterstützt den Kampf dieser Staaten gegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten und für die Entwicklung einer größeren ökonomischen Unabhängigkeit. Sie selbst mischt sich in die inneren Angelegenheiten dieser Staaten nicht ein. Deshalb nimmt sie auch zum Beispiel an der Verurteilung irgendwelcher Regime durch die UNO nicht teil, soweit eine solche Verurteilung die inneren Angelegenheiten der betreffenden Länder betrifft. Aus ihrer Meinung macht sie

der Klassenkampf in der Bundesrepublik Deutschland

deshalb noch lange keinen Hehl. So hat die Volksrepublik China in der UNO klar Stellung genommen zu dem Militärputsch in Chile und auch die Verantwortung der beiden Supermächte benannt (Rede Tjiao Guan-Huas auf der 28. Tagung der UNO-Vollversammlung). An Abstimmungen, die auf eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Chiles hinauslaufen können und in denen die eigentlich Schuldigen nicht genannt werden, hat sich die Volksrepublik China jedoch nicht beteiligt.

Was die Staaten der Zweiten Welt angeht, so unterstützt die Volksrepublik China jede Regung dieser Staaten, sich von den beiden Supermächten unabhängig zu machen und bekämpft jedes Bestreben dieser Mächte, sich in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Was die beiden Supermächte selbst betrifft, so respektiert die Volksrepublik China ihre Existenz als unabhängige Staaten, in deren innere Angelegenheiten sie sich nicht einmischt, und bekämpft alle ihre Bestrebungen nach Hegemonie und alle ihre Versuche, die Unabhängigkeit anderer Staaten mit Füßen zu treten, fremde Nationen zu unterdrücken und die Revolution der Völker durch Intervention zu verhindern.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China folgt also festen Prinzipien und entspricht einer richtigen Einschätzung der internationalen Lage. Diese Prinzipien sind fest und lange erprobt. Die Generallinie der Außenpolitik der Volksrepublik China war stets:

"In Übereinstimmung mit den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, Beziehungen der Freundschaft, gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit mit den Ländern des sozialistischen Lagers entwickeln; auf Grundlage der fünf Prinzipien die friedliche Koexistenz mit Ländern unterschiedlicher Gesellschaftsordnung anstreben und die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik bekämpfen; alle unterdrückten Völker und Nationen in ihrem revolutionären Kampf unterstützen. Diese drei Dinge sind miteinander untrennbar verbunden und kein einziges darf ausgelassen werden." (Polemik über die Generallinie, 1963, S.35)

die Generallinie, 1963, S.35)

Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurden erstmals von der Volksrepublik China 1954 auf der Bandung-Konferenz systematisch formuliert und finden seither wachsende Anerkennung in der Welt. Sie lauten: **gegenseitige Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen sowie friedliche Koexistenz.**

Die Generallinie der Außenpolitik der Volksrepublik China ist unverändert. Entsprechend der internationalen Situation beinhaltet sie heute konkret: Herstellung der Einheitsfront der Dritten Welt gegen die Erste Welt, das heißt gegen die beiden Supermächte, Neutralisierung und, soweit möglich, Gewinnung der Länder der Zweiten Welt für diese Einheitsfront gegen die beiden Supermächte.

Das bedeutet: **Organisierung** des Gegensatzes der Länder der Dritten Welt gegen die Supermächte im bewußten Kampf gegen das Hegemoniestreben der beiden Supermächte und gegen die von ihnen ausgehende Kriegsgefahr, Ausnutzung des Widerspruchs zwischen der Zweiten Welt und den beiden Supermächten zugunsten des Zusammenschlusses der Dritten Welt gegen die Supermächte.

Diese Außenpolitik stützt sich auf den taktischen Leitsatz:

"die Mehrheit gewinnen, der Minderheit entgegentreten, die Feinde einzeln schlagen; dabei müssen wir im Recht sein, Vorteil haben und Maß halten." (Mao Tsetung, Über unsere Politik)

Die Einheitsfronttaktik verbindet die Vereinigung mit dem Kampf. Die Vereinigung dient der Isolierung der Supermächte, bekämpft wird, was dieser Vereinigung schadet und die Supermächte stärkt. Die Außenpolitik der Volksrepublik China, die sie seit 1969 immer folgerichtiger aus den allgemeinen Prinzipien sozialistischer Außenpolitik und der konkreten Einschätzung der konkreten Situation entwickelte, hat die Einkreisung der Volksrepublik China durch die beiden Supermächte zerschlagen, die Einheitsfront der Dritten Welt gestärkt, die Staaten der Zweiten Welt teilweise neutralisiert und in einzelnen Fragen gewonnen und die Supermächte weitgehend isoliert. Damit hat sie Raum geschaffen für die Entfaltung der allgemeinen Strömung: **Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen die Revolution.** Von der Entfaltung dieser allgemeinen Strömung wird auch der Klassenkampf in Westdeutschland positiv beeinflußt. In diesem allgemeinen Sinn dient die Außenpolitik der Volksrepublik China auch der Revolution in der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin.

Die Außenpolitik der Volksrepublik China fördert den Klassenkampf in Westdeutschland und behindert ihn keineswegs

Die Einladung von Franz Josef Strauß, die der Außenpolitik der Volksrepublik China vollständig entspricht, soll dem Klassenkampf in der BRD angeblich schaden. Diese Behauptung ist vollständig falsch. Richtig ist, daß die Revisionisten von der DKP und die Trotzkisten bestehende Unklarheiten nutzen wollen, um der Volksrepublik China und **damit** auch dem Klassenkampf im Westdeutschland zu schaden.

Von vornherein muß man feststellen, daß die Einladung an Franz Josef Strauß nur eine unter mehreren Einladungen an bürgerliche Politiker der BRD ist und daß all diese Einladungen dem Klassenkampf in Westdeutschland genützt und nicht geschadet haben. Die Einladung an Schröder war äußerst nützlich. Sie hat die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und den Kulturaustausch eingeleitet sowie den Austausch von Korrespondenten. Die Folge all dieser Entwicklungen ist, daß das Volk in Westdeutschland heute mehr über die Volksrepublik China **weiß** als vorher. Das ist ganz ausgezeichnet, denn die Volksrepublik China ist ein Land, von dem die Arbeiterklasse und die Volksmassen viel lernen können. Wer hat schon vor vier Jahren gewußt, daß in der Volksrepublik China keineswegs Mangel **herrscht** und kein Zwang für die Volksmassen, daß die Volksmassen es im Gegenteil ohne Zwang zustandebringen, bestehende Mängel zu **überwinden**? Einige Kommunisten haben das gewußt. Heute wissen es viele und Schröder, Scheel, Kohl und Strauß selber mußten es berichten und Helmut Schmidt wird richten und Helmut Schmidt wird wohl auch nichts anderes erzählen können.

Die Volksrepublik China wirkt auf den Klassenkampf und für die Revolution in Westdeutschland vor allem als Beispiel. Sie wirkt als Beispiel so gut, daß selbst die bürgerlichen Politiker Informationen mitbringen und verbreiten, die das Beispiel bekannt machen. Das Interesse, auf das die Marxisten-Leninisten heute stoßen, wenn sie auf die Volksrepublik China hinweisen, hätten sie niemals allein wecken können.

Die Revisionisten sind sauer, weil weder die Sowjetunion noch die DDR als solches Beispiel wirken, obwohl doch viel mehr bürgerliche Politiker dorthin fahren. Ihr guten Leute, das liegt daran, daß diese Länder halt wirklich ohne Ausstrahlung sind – im Gegensatz zur Sowjetunion, solange sie ein sozialistischer Staat war, und zur Volksrepublik China, die ein sozialistischer Staat ist.

Die Trotzkisten sind sauer, weil es sich längst herumgesprochen hat, daß ihre Strategie und Taktik niemals zu solchen Erfolgen führen kann, wie sie das chinesische Volk unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas errungen hat.

Dies vorweg. Daraus ergibt sich schon, daß wir jeden Besuch bürgerlicher Politiker in der Volksrepublik China begrüßen. Warum? Uns macht er keine Schwierigkeiten und für das Volk in Westdeutschland sind diese Besuche nützlich. Die Schwierigkeiten haben die bürgerlichen Politiker, die mit dem Beispiel der Volksrepublik China nicht fertig werden und ihr eigenes Menetekel bei der Rückkehr an die Wand malen. Da glaubt ein Strauß plötzlich versichern zu müssen, daß er kein "Maoist" geworden sei. Wir fragen, wem schadet eine solche Versicherung? Der Arbeiterklasse oder der Bourgeoisie?

Der Besuch von Strauß wie auch die Besuche der vorherigen bürgerlichen Politiker haben also der Arbeiterklasse in Westdeutschland schon deshalb genutzt, weil man mehr von der Volksrepublik China erfahren hat. In der Volksrepublik China wird niemand auf die Idee gekommen sein, die Zustände in der BRD seien erstrebenswert. Umgekehrt aber schon. In der BRD ist zum Beispiel der Versorgung der Massen keineswegs gesichert. Die Arbeitslosen werden die Sache auch verfolgt haben. Darüber hinaus hat die Einladung an Franz Josef Strauß weitere nützliche Wirkungen gehabt. **Die Häuptlinge der Sowjetunion** sind im Viereck gesprungen. Warum? Weil der ganze Plunder ihrer angeblichen Entspannungspolitik einen weiteren Schlag erhalten hat. Nicht weil die Volksrepublik China gegen Entspannung ist. Die Volksrepublik China ist für Entspannung, aber gegen Schwindel. Die Sowjetunion ist empört, weil der Entspannungsschwindel der beiden Supermächte ein weiteres Mal beim Namen genannt worden ist, so daß er immer weniger zieht und zunehmend an Glaubwürdigkeit verliert.

Die USA haben sich nicht offiziell geäußert. Tatsache ist aber, daß sie so die "Öffnung" gegenüber der Volksrepublik China nicht gemeint hatten. Daß die europäischen Mächte selbständig Politik in Richtung auf die Volksrepublik China machen, entspricht nicht ihren Absichten. Franz Josef Strauß ist in den USA gut bekannt als Politiker, der die eigenwilligen Interessen des BRD-Imperialismus vertritt. Gut bekannt ist in den USA auch, daß diese eigenwilligen Interessen nicht einfach mit den Interessen des US-Imperialismus an einem botmäßigen Westdeutschland und Westeuropa übereinstimmen. Deshalb sind auch die USA über die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland nicht erfreut.

Nun sagen manche, die Einladung an Franz Josef Strauß habe die Reaktion in Westdeutschland gestärkt. Aber wie soll denn der Besuch eines reaktionären Politiker in einem sozialistischen Land die Reaktion stärken? Das wäre doch nur möglich, wenn die Kommunisten und die fortschrittlichen Kräfte über diesen Besuch kopfscheu würden und den Verstand verlören. Zunächst einmal schwächt ein solcher Besuch die Reaktion: Sie muß eingestehen, daß die Volksrepublik China als sozialistischer Staat der Diktatur der Arbeiterklasse heute eine unumstößliche Tatsache ist, und sie muß zugeben, daß das Volk diese Diktatur des Proletariats stützt und auf dem Weg der Umwälzung der bestehenden Verhältnisse fortschreitet. Kann man sich denn nicht erinnern, wie die Reaktion und die ganze Bourgeoisie die Kulturrevolution beschimpft hat, wie sie Volksrepublik China durch den Dreck zog? Bedeutet es eine Stärkung oder eine tet es eine Stärkung oder eine Schwächung der Reaktion in Westdeutschland, wenn sie diese Melodie heute nicht mehr spielen kann? Es bedeutet eine Schwächung der Reaktion. Freilich kommt es darauf an, daß die Kommunisten und die fortschrittlichen Kräfte diese Schwächung der Reaktion nutzen, statt darüber zu jammern, daß es in den internationalen Beziehungen genausowenig wie sonst eine unbefleckte Empfängnis gibt.

Beziehungen zwischen bürgerlichen Politikern und Vertretern der Volksrepublik China sind unvermeidlich, wenn die Volksrepublik China gegenüber den Aggressionsbestrebungen des Imperialismus die friedliche Koexistenz durchsetzen will. Aus diesen schlichten Tatsachen Schauergeschichten zu entwickeln, sollte man den DKP-Mitgliedern und den Trotzkisten überlassen, die mit solchen Märchen ihren konterrevolutionären Mist an den Mann bringen wollen.

Andere sind ganz verzweifelt, weil die Volksrepublik China angeblich die Europäische Gemeinschaft (EG) und die NATO unterstützt haben soll. Natürlich unterstützt die Volksrepublik China weder die EG noch die NATO. Die Volksrepublik China ermutigt ein selbständiges Auftreten der westeuropäischen Staaten gegenüber den beiden Supermächten und die EG, soweit sie auf ein selbständiges Auftreten gegenüber den Supermächten abzielt. Es wäre jedoch höchst stümperhaft und jeder revolutionären Taktik zuwiderlaufend, wenn die Volksrepublik China über der einen Seite – daß die EG ein imperialistischer Zusammenschluß ist – die andere Seite vergessen würde: daß er sich notwendig gegen die Supermächte richtet. Die eine Seite muß bekämpft werden, die andere Seite muß ausgenutzt werden. Solange die Völker Europas nicht die Revolution gemacht haben, kann das Unabhängigkeitsstreben der Staaten Westeuropas gegenüber den Supermächten nur in einem imperialistischen Zusammenschluß dieser Staaten sich auswirken. Genauso wie die Völker diesen imperialistischen Zusammenschluß bekämpfen, um die Revolution zu machen, genauso nutzt die Volksrepublik China das Unabhängigkeitsstreben der europäischen Staaten gegenüber den Supermächten, um die Supermächte zu isolieren und den Befreiungskampf gegen diese Hauptfeinde der Völker zu stärken. Das widerspricht sich also nicht, sondern ergänzt sich.

Wenn nun oft behauptet wird, die Volkrepublik China unterstütze die NATO, dann tut sie das genausowenig, wie sie den Warschauer Pakt unterstützt. Die Volksrepublik China ist gegen imperialistische Bündnisse, weiß aber, daß es diese solange geben wird, wie es den Imperialismus gibt. Diese Bündnisse dienen dem Krieg. Genauso wie der Krieg auf die Dauer nur durch die Revolution verhindert werden kann, so können auch die imperialistischen Bündnisse endgültig nur durch die Revolution gesprengt werden. Man soll sich doch nicht ins Bockshorn jagen lassen. Die bürgerlichen Zeitungen haben sich weit und breit darüber ausgelassen, daß Teng Siao Ping sich mit Franz Josef Strauß über die Gefahr eines Weltkrieges ausgesprochen hätte. Nur eine bürgerliche Zeitung, die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), hat auch herausgelassen, was Teng und alle chinesischen Gastgeber Strauß immer wieder gesagt haben. Sie haben ihm gesagt, ein Weltkrieg zwischen den beiden Supermächten sei unvermeidlich, "auch westeuropäische Wachsamkeit helfe da nicht, allenfalls könnten 'Revolutionen' in Westeuropa dieser Kollision der Großmächte zuvorkommen." (FAZ, 27.1.)

Wir meinen, mit dieser Aussage der chinesischen Kommunisten kann die chinesischen Kommunisten kann die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland mehr anfangen als Franz Josef Strauß. Sie ist auch an die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland gerichtet, denn nur die Arbeiterklasse und das Volk können die Unvermeidlichkeit des Krieges, die solange existiert wie der Imperialismus, beseitigen. Strauß dagegen kann es, wie die FAZ feststellt, bei dieser Aussage "nicht ganz geheuer" gewesen sein. Die chinesischen Kommunisten aber haben Strauß nichts anderes gesagt, als was sie tatsächlich denken und schon immer sagen.

Manche haben sich darüber aufgeregt, daß Teng gesagt hat, solche "bösen Menschen" wie ihn und Franz Josef Strauß gebe es leider noch viel zu wenig. Dabei hat er darauf angespielt, daß es noch viel zu wenig gibt, die das Entspannungsgerede der beiden Supermächte bei gleichzeitiger zügelloser Aufrüstung durchschauen. Kann man deshalb auf die Idee kommen, Teng habe sich mit Strauß auf eine Stufe gestellt? Franz Josef Strauß wird kaum auf diese Idee gekommen sein. Auf diese Idee kann ja nur jemand kommen, dem der fundamentale Unterschied zwischen der Volksrepublik China, in der die Diktatur des Proletariats herrscht, und der Bundesrepublik Deutschland, in der die Diktatur der Bourgeoisie herrscht, aus dem Gesichtskreis verloren gegangen ist. Dann freilich kann man überhaupt nichts mehr verstehen.

Manche meinen, daß es einen Widerspruch zwischen der Außenpolitik der Volksrepublik China und zwischen der Politik der Marxisten-Leninisten in der BRD geben würde und daß die Marxisten-Leninisten unter diesem Widerspruch leiden würden. Dies ist nicht richtig. Sowohl die Außenpolitik der Volksrepublik China hat zum Ziel, der allgemeinen Strömung: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution, zum Durchbruch zu verhelfen als auch die Arbeit der Marxisten-Leninisten in Westdeutschland. Lediglich der Ausgangspunkt ist ein anderer. Bezüglich Westdeutschlands ermuntert die Volksrepublik China jede gegenüber den Supermächten unabhängige Politik der BRD. Das nützt sowohl im internationalen Maßstab den Interessen der Völker als auch in Westdeutschland selber. Das schafft Bewegungsraum. Denn besser ist es für den Kampf der Arbeiterklasse und für die Kräfte der Revolution, wenn die BRD nicht einfach ein Spielball der beiden Supermächte ist. Selbstverständlich treten auch die Marxisten-Leninisten in Westdeutschland dafür ein, indem sie zum Beispiel auf dem Weg zur proletarischen Revolution den Abzug aller fremden Truppen fordern und den Austritt der BRD aus der NATO. Dies kann freilich nur durch die Arbeiterklasse in Westdeutschland durchgesetzt werden und nicht durch die Außenpolitik der Volksrepublik China. Einen Widerspruch gibt es da aber nicht. Der Unterschied ist bloß der: Die Volksrepublik China kann durch ihre Außenpolitik nur die internationalen Bedingungen beeinflussen, unter denen das Proletariat in Westdeutschland für die Revolution kämpft. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland aber muß diese Revolution machen und das Volk für diese Revolution gewinnen. Je mehr die Außenpolitik der Volksrepublik China die allgemeine Strömung in der Geschichte fördert, umso leichter wird es auch dem Volk in Westdeutschland fallen, seine Revolution zu machen. Da gibt es keinen Widerspruch, aber verschiedene Aufgaben. Diese verschiedenen Aufgaben ergänzen sich sehr gut, und je besser die verschiedenen Aufgaben erfüllt werden, desto eher und desto machtvoller wird die allgemeine Strömung der Geschichte auch in Strömung der Geschichte auch in Westdeutschland zum Durchbruch gelangen. Die Außenpolitik der Volksrepublik China setzt notgedrungen am Unabhängigkeitsstreben der bestehenden Staaten gegenüber den Supermächten an, in unserem Fall dem Unabhängigkeitsstreben der BRD. Wir setzen am Interesse der Arbeiterklasse an, sich zu befreien, und am Interesse des Volkes, den bestehenden Staat zu stürzen. Dies paßt sehr gut zueinander und dient jeweils auf seine Art der proletarischen Weltrevolution.

Letztendendes laufen deshalb die Unklarheiten über die Außenpolitik der Volksrepublik China meistens auf Unklarheiten über die Aufgaben der Revolutionäre in Westdeutschland hinaus. Die Kritiker der Außenpolitik der Volksrepublik China geben sich gerne als besonders selbständige und kritische Denker. Tatsache ist jedoch, daß sie die selbständigen Aufgaben der westdeutschen Arbeiterklasse gerade nicht anpacken, daß sie die Möglichkeiten der internationalen Situation für die Lösung dieser Aufgaben nicht sehen und daß sie an diesen selbständigen Aufgaben der Arbeiterklasse in Westdeutschland verzweifeln. Nie kommt das deutlicher heraus als in dem öfters gehörten Argument, die Einladung an Strauß hätte dessen Chancen auf die Kanzlerkandidatur und auf einen Wahlsieg erhöht. Einerseits kann man sich da trösten: Auch Helmut Schmidt wird noch vor den Wahlen in die Volksrepublik China reisen. Andererseits muß man feststellen:

Erstens: In Westdeutschland wählen nicht die Chinesen, sondern die Westdeutschen.

Zweitens kann die Arbeiterklasse in Westdeutschland ihr Schicksal nicht dadurch in die eigene Hand nehmen, daß sie zwischen Strauß und Schmidt wählt und sich für Schmidt entscheidet.

Drittens kann die Arbeiterklasse über ihr Schicksal sowieso nicht in Wahlen zum Parlament entscheiden.

Auf welche Art und Weise die Arbeiterklasse ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen kann und ihre eigene Befreiung in Angriff nehmen kann: dafür bietet die Volksrepublik China ein sehr gutes Beispel. Das ist allerdings keine Frage der chinesischen Außenpolitik, sondern eine Frage des Klassenkampfes unter Führung einer starken Partei der Arbeiterklasse, die sich vom Marxismus-Leninismus leiten läßt.

–Joscha Schmierer–

Gegen den Rentnerrummel zu Wahlkampfzeiten:

Die Rentner als Kampfgefährten gewinnen!

Unter dem sinnigen Motto "Wie auch die Jahre enteilen" findet zur Zeit in der Westberliner Deutschland-Halle täglich ein Riesenrummel, die tollste Senioren-Party statt.

Schirmherr und Bürgermeister Klaus Schütz (SPD) begrüßte am ersten Tag seine große Berliner Familie. Berlin sei vorneweg in dem Bemühen, den alten Menschen in der Gemeinschaft zu halten, "weil wir nicht wollen, daß Leute, die aus dem Arbeitsleben ausscheiden, auch aus der Gemeinschaft ausscheiden. Alt sein ist nicht eine Frage des Alters" meint das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin auf großen gelb-grünen Plakaten, die in den Bezirksämtern aushängen und einen lustigen spitzbärtigen Greis im Kopfstand zeigen.

So wird, um diesen so vielgepriesenen Lebensabend zu verschönern, auch vom Bezirksamt Schöneberg eine bunte Palette von allerlei Veranstaltungen angeboten: Senioren-Basteln, Senioren-Reisen, Senioren-Filme, Senioren-Vorträge, das berühmte Senioren-Schwimmen "Schwimm Dich fit" und nicht zu vergessen das Senioren-Tanzen "Sag's beim Tanz", wo Bezirksbürgermeister Gleitze (SPD) oder Sozial-Stadtrat Graeff (SPD) persönlich mit das Tanzbein schwingen und damit unter Beweis stellen, daß sie ein offenes Ohr für ihre Mitbürger haben. In den Wochen vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus haben diese Aktivitäten ein geradezu hektisches Ausmaß angenommen. CDU und SPD streiten sich darum wer sich "um unsere älteren Mitbürger" mehr Sorgen gemacht hat.

Die Interessen der Rentner selbst stehen bei diesem Zirkus an letzter Stelle. Mit lustigen Einlagen wird sich die miserable Lage der Mehrheit der Rentner nicht verändern lassen. Bei meinen Hausbesuchen als Sozialarbeiterin höre ich sehr oft: "Wissen Sie, wenn man so alt ist wie ich und unter solchen Bedingungen lebt, sollte man lieber sterben". Das wird ohne Theatralik vorgebracht, mehr als Feststellung. Wer als Rentner in den Schöneberger Hinterhöfen lebt, hat in der Regel ein hartes, arbeitsreiches Leben als Arbeiter, Angestellter oder kleiner Selbständiger hinter sich, hat tagtäglich um seinen Lebensunterhalt gekämpft, hat unter den Kollegen seinen Mann gestanden, war einer, der durch seiner Hände Arbeit mit dafür gesorgt hat, daß die Gesellschaft weiter existieren kann.

Jetzt soll er plötzlich Freizeit machen, was meist aufgrund der geringen Rente oder der entsprechenden Sozialhilfe sowieso recht schwierig ist und jetzt merkt er, daß diese Gesellschaft, außer ein bißchen Beschäftigungstherapie, nichts mehr mit ihm vorhat. Es wird nicht mehr gebraucht, denn er kann seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen und das ist in der kapitalistischen Gesellschaft, in der eine Minderheit die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzt und damit die Mehrheit ausbeuten kann, das einzige Kriterium für den Wert eines Menschen. Im Programm des Kommunistischen Bundes Westdeutschland wird gesagt, daß sich im Kapitalismus die Lebenszeit des Arbeiters in Arbeitszeit für den Kapitalisten verwandelt, so daß der Arbeiter nur lebt, um für den Kapitalisten zu arbeiten. Dieses Knechtsdasein wird bestehen bleiben, solange der Kapitalismus besteht. Vernünftig regeln läßt sich auch das Problem der Rentner, das ein Problem der gesamten Arbeiterklasse ist, nur im Sozialismus.

Im sozialistischen China nehmen die Rentner an den gesellschaftlichen Aufgaben teil

In ihrem Buch "Die Hälfte des Himmels" schreibt Claudie Broyelle, daß man in der Volksrepublik China nicht meint, daß ein alter Arbeiter unnütz, daß er eine Last geworden ist. Während und nach der Kulturrevolution haben die Alten selbst Wandzeitungen geschrieben und an die Mauern der Siedlung geklebt, um die bürgerliche Theorie von der Nutzlosigkeit der Alten zu entlarven. Ein Rentner sagte zu der Verfasserin: "Wenn wir mit unserer Rente (80 % des Lohns) genügend Geld haben, um ohne zu arbeiten leben zu können, so heißt das nicht, daß wir nicht mehr am sozialistischen Aufbau teilnehmen dürfen". "Viele von ihnen arbeiten je nach Kräften zwei, drei oder vier Stunden am Tag, sei es in den Dienstleistungswerkstätten, sei es in den Kinderkrippen und den Schulen. Um den Kindern eine Klassenerziehung zu vermitteln, gehen sie mit ihnen während ihrer Freizeit in die Fabriken, die Krankenhäuser, machen Untersuchungen, etc.. Sie organisieren öffentliche Ausstellungen über die Klassenkämpfe, in die sie ihre Erfahrungen aus der alten Gesellschaft einbringen. Das unmittelbare Resultat dieser gesellschaftlichen, produktiven, kulturellen Aktivitäten ist ihre **volle Beteiligung am politischen Leben der Massen**". (S.142)

Wie können wir die Rentner als Kampfgefährten gewinnen

Um aber bis dahin zu kommen müssen sich in Westdeutschland und Westberlin alte, mittelaltrige und junge Arbeiter, muß sich das ganze Volk im Kampf gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staat zusammenschließen und deren Herrschaft brechen, mit dem Ziel, das Privateigentum an der Produktionsmitteln abzuschaffen.

Welche Schritte können wir heute unternehmen, damit auch die Rentner, unter denen viele alte Kämpfer der Arbeiterbewegung sind, den Kampf um ihre Rechte wieder aufnehmen? Auch die Arbeiter, die auf Rente gegangen sind, sind Teil der Arbeiterklasse und die Arbeiterklasse hat ein Interesse daran, daß ihr Kampf um den Lohn auch die alten Kollegen mit einschließt, denn sie weiß, daß die Renten nichts weiter sind als einbehaltener Lohn. Wir müssen deshalb in den Gewerkschaften die Forderung aufstellen: Erhöhung der Renten auf mindestens 75 % eines Facharbeiterlohnes; regelmäßige und gleichzeitige Erhöhung der Renten mit den Löhnen.

In der Diskussion mit den alten Kollegen und Genossen müssen wir ganz klar im Kopf haben, daß wir die Erfahrung der Alten brauchen, um alte Fehler nicht zu wiederholen. Wir müssen zusammen mit den alten Genossen diese Erfahrungen aufschreiben, Berichte machen. Wir brauchen Kenntnisse über die Kämpfe der KPD. Es werden auch Veranstaltungen gemeinsam mit ihnen möglich sein. Wir müssen die alten Kollegen auffordern, sich öffentlich, z. B. auf einer Stellwand, gegen die Tandaradei-Veranstaltungen der bürgerlichen Parteien und Politiker zu wenden, daß die sich ihren Firlefanz an den Hut stecken können. Gut ist es auch, wenn eine Berufsschulklasse einen alten Kollegen zu sich einlädt, um sich die handwerklichen Kniffe zeigen zu lassen, von denen der Lehrer keine Ahnung hat. Das sind nur einige Vorschläge, die ganz bestimmt erweitert und ergänzt werden können. Wichtig ist, daß sich unsere alten Kollegen und Genossen wieder in die Politik einmischen, weil wir sie brauchen für den gemeinsamen Klassenkampf.

Cri, Westberlin



Im Kapitalismus werden sie abgeschrieben, wenn sie nicht mehr arbeiten.

„Kunstschänder" verlor zwei Zähne
Wie ein bürgerliches Kunstheiligtum mit roher Polizeigewalt geschützt wurde.
Am Freitag, 15.2., war ich mit meinem Freund Wolfgang Brandt und 2 Mädchen im Karl-Ernst-Osthaus-Museum. Wir sahen uns die Ausstellung von Bildern des Künstlers Emil Schumacher an. Diese sind zwar meistens recht groß, sagen aber unserer Meinung nach nicht viel aus. Nachher redeten wir in der zum Museum gehörenden Cafeteria über unseren Eindruck. Wir waren empört, daß für ein Museum, das nur wenige interessiert, ein teurer Bau hingestellt wurde, in dem zum größten Teil Ausstellungsgegenstände herumhängen, die im Wesentlichen eines sind: enorm teuer. Vor allem waren wir sauer, weil z. B. für ein Freies Jugendzentrum angeblich kein Geld da ist. Wolfgang und ich gingen daraufhin in die Halle des Museums und sprachen mit den wenigen anwesenden Be- die herbeigerufenen Polizisten fragte, warum sie unsere Personalien haben wollten (wir hätten das Bild ja gern wieder aufgehängt), rissen diese ihn sofort am Arm vom Stuhl hoch, schleiften und schubsten ihn in die Halle und nahmen dort eine leichte Abwehrreaktion Wolfgangs zum Anlaß, ihn brutal zusammenzuschlagen. Kurz darauf lag Wolfgang am Boden, stark aus dem Munde blu-

Mitbürger" mehr Sorgen gemacht hat.
Die Interessen der Rentner selbst stehen bei diesem Zirkus an letzter Stelle. Mit lustigen Einlagen wird sich die miserable Lage der Mehrheit der Rentner nicht verändern lassen. Bei meinen Hausbesuchen als Sozialarbeiterin höre ich sehr oft: "Wissen Sie, wenn man so alt ist wie ich und unter solchen Bedingungen lebt, sollte man lieber sterben". Das wird ohne Theatralik vorgebracht, mehr als Feststellung. Wer als Rentner in den Schöneberger Hinterhöfen lebt, hat in der Regel ein hartes, arbeitsreiches Leben als Arbeiter, Angestellter oder kleiner Selbständiger hinter sich, hat tagtäglich um seinen Lebensunterhalt
In ihrem Buch "Die Hälfte des Himmels" schreibt Claudie Broyelle, daß man in der Volksrepublik China nicht meint, daß ein alter Arbeiter unnütz, daß er eine Last geworden ist. Während und nach der Kulturrevolution haben die Alten selbst Wandzeitungen geschrieben und an die Mauern der Siedlung geklebt, um die bürgerliche Theorie von der Nutzlosigkeit der Alten zu entlarven. Ein Rentner sagte zu der Verfasserin: "Wenn wir mit unserer Rente (80 % des Lohns) genügend Geld haben, um ohne zu arbeiten leben zu können, so heißt das nicht, daß wir nicht mehr am sozialistischen Aufbau teilnehmen dürfen". "Viele von ihnen arbeiten je nach Kräften zwei, drei oder vier

„Kunstschänder" verlor zwei Zähne

Wie ein bürgerliches Kunstheiligtum mit roher Polizeigewalt geschützt wurde.

Am Freitag, 15.2., war ich mit meinem Freund Wolfgang Brandt und 2 Mädchen im Karl-Ernst-Osthaus-Museum. Wir sahen uns die Ausstellung von Bildern des Künstlers Emil Schumacher an. Diese sind zwar meistens recht groß, sagen aber unserer Meinung nach nicht viel aus.

Nachher redeten wir in der zum Museum gehörenden Cafeteria über unseren Eindruck. Wir waren empört, daß für ein Museum, das nur wenige interessiert, ein teurer Bau hingestellt wurde, in dem zum größten Teil Ausstellungsgegenstände herumhängen, die im Wesentlichen eines sind: enorm teuer. Vor allem waren wir sauer, weil z. B. für ein Freies Jugendzentrum angeblich kein Geld da ist. Wolfgang und ich gingen daraufhin in die Halle des Museums und sprachen mit den wenigen anwesenden Besuchern, was sie von dieser Angelegenheit hielten. Sie stimmten uns zu. Um auf diese Diskussion aufmerksam zu machen und mehr Leute einzubeziehen, nahmen Wolfgang und ich ganz sanft ein Bild von der Wand und stellten es – mit der Rückseite nach außen – an die Wand zurück. Dann gab es einen ziemlichen Wirbel. Während ein Museumsangestellter uns tätlich rauswerfen wollte, rief ein anderer, man solle uns festhalten, er wolle die Polizei rufen.

Wir setzten uns zurück in die Cafeteria, um auf die Polizei zu warten. Das dauerte nicht lange. Als Wolfgang die herbeigerufenen Polizisten fragte, warum sie unsere Personalien haben wollten (wir hätten das Bild ja gern wieder aufgehängt), rissen diese ihn sofort am Arm vom Stuhl hoch, schleiften und schubsten ihn in die Halle und nahmen dort eine leichte Abwehrreaktion Wolfgangs zum Anlaß, ihn brutal zusammenzuschlagen. Kurz darauf lag Wolfgang am Boden, stark aus dem Munde blutend. Ihm fehlten zwei Zähne, seine Oberlippe war durchgebissen und einige Polizisten schlugen mit vereinten Kräften auf ihn ein und zerrten an ihm herum.

Während die Polizisten Wolfgang kurz darauf an Händen und Füßen die Treppe zum Ausgang runterschleiften, fragte ich einen Polizisten nach den Dienstnummern der beteiligten Schläger. Ich bekam zur Antwort "ich sei wohl nicht ganz in der Welt" und den Tip, mich ruhig zu verhalten, sonst . . . Dann wurden wir zur Polizeihauptwache gebracht.

Während dort unsere Personalien aufgenommen und überprüft wurden, vertrieben sich einige Polizisten die Zeit damit, daß sie Wolfgang noch zweimal "durchwalkten". Das erste Mal, als er sich seine Lippe am Waschbecken kühlte und dies den Polizisten offenbar zu lange dauerte, das zweite Mal, als Wolfgang die "unglaubliche Frechheit" besaß, sich völlig erschöpft und verwirrt auf den Stuhl des Wachhabenden zu setzen. Die "Hilfe" eines von der Polizei herbeigerufenen Arztes bestand darin, von Wolfgang eine Blutprobe zu nehmen. Kurz darauf wurden wir vom Polizeirevier "entlassen" und durften Wolfgang zur ambulanten Behandlung ins Krankenhaus bringen.

Wir haben nicht vor, diese brutale Mißhandlung einfach hinzunehmen. Wir haben Strafantrag gegen die Polizisten und eine Dienstaufsichtsbeschwerde angestrengt. Die Initiative für ein freies Jugendzentrum hat sich mit uns solidarisch erklärt.

Kommentar der "WESTFALEN-POST", bezeichnenderweise erst nach Eingang unserer Anzeige: ". . . wurden sie frech und leisteten sich noch einen "Boxkampf" mit den Polizeibeamten. Gestern Morgen legten die Früchtchen auch noch eine Anzeige wegen Körperverletzung vor . . . gegen die Polizei".

Dieses rabiate Vorgehen der Polizei ist kein Einzelfall. In Hagen wurden vor einiger Zeit einige Jugendliche von Polizisten brutal verprügelt, als sie die Hindenburgstraße symbolisch in Salvador-Allende-Straße umbenennen wollten.

Heinz Günter Finger

Jutta Adamek und Barbara Wolff bestätigen den Teil der Ereignisse, die im Museum passierten.



Das Bild zeigt Wolfgang Brandt, nachdem er zusammengeschlagen wurde.

Wem dient die Kunst, die so beschützt wird?

Einige Jugendliche haben in Hagen etwas unerhörtes gemacht: Sie haben im Hagener Osthaus-Museum ein Bild des Künstlers Emil Schumacher (abstrakte Malerei, Wert: in die 100 000) von der Wand genommen und es verkehrt rum zur Wand gestellt. Daraufhin sind sie von Polizisten verprügelt worden. (Siehe Zeugenaussage) Die bürgerliche Kunstszene ist darüber in Aufregung geraten. Wie können sich zwei schnodderige Jugendliche anmaßen, das ehrwürdige Schaffen eines Emil Schumacher auf so eine Weise zu schänden.

Man mag zu der Aktionsform selbst stehen wie man will. Gut ist, daß durch die Aktion die Frage aufgeworfen wurde: wem nützt dieser teure Kulturrummel eigentlich. Diese Kultur nützt nur den Reichen, aber nicht der arbeitenden Bevölkerung.

1. ist diese Kultur teuer. Das Museum wurde dieses Jahr gebaut. Das hat einige zehn Millionen Mark gekostet, die aus Steuergeldern ge löhnt wurden. Das Hagener Stadttheater wird von der Stadt Hagen dieses Jahr mit 9 Mio. bezuschußt, das Orchester kriegt nochmal 3 Mio.. Alles Gelder, die den Arbeitern abgenommen wurden über das ungerechte Steuersystem. Für Jugendzentren, die auch den Arbeitenden nützen, werden in Hagen dieses Jahr 200 000 Mark ausgegeben. Oder die vielen Hagener Portugiesen, die seit langem ein Begegnungszentrum wollen, sehen von der Stadt keinen Pfennig. 2. ist die bürgerliche Kultur höchstens nützlich, den verwöhnten Mitgliedern der Bourgeoisie die Langeweile zu vertreiben in einer exklusiven Umgebung. Die bürgerliche Kultur taugt zu nichts anderem als die gesellschaftlichen Verhältnisse zu vertuschen. In der Ausstellung von Schumacher liegt ein Heft aus, wo jeder seine Meinung reinschreiben kann. 80 % haben geschrieben, daß sie mit dieser Kunst überhaupt nichts anfangen können, weil sie nichts aussagt. Die bürgerliche Kunst kann natürlich die gesellschaftlichen Verhältnisse nicht schildern, denn dann müßte sie Stellung nehmen zu dem konzentrierten Reichtum auf der einen Seite und dem Massenelend auf der anderen. Das darzustellen ist aber gefährlich für die Bürgerlichen: wo dieser Widerspruch bewußt wird, drängt sich die Frage nach seiner Beseitigung immer auf.

3. stellt sich die Frage, was für einen Rolle die Polizei spielt, wenn sie diese parasitäre Kultur verteidigt, und ihre Kritiker zusammenschlägt.

Die Jugendzentrumsinitiative in Selbstverwaltung hat gegen die Vorfälle im Museum und auf der Wache in einem Flugblatt protestiert und sich mit dem zusammengeschlagenen Kollegen solidarisiert.

W.P. – Komm. Gruppe Hagen

Leserbrief zum Artikel "trimm dich fit – wofür?"

Ein Sportgenie?

Vorbemerkung: Ich stamme aus Lübbecke, wo die Sache spielt

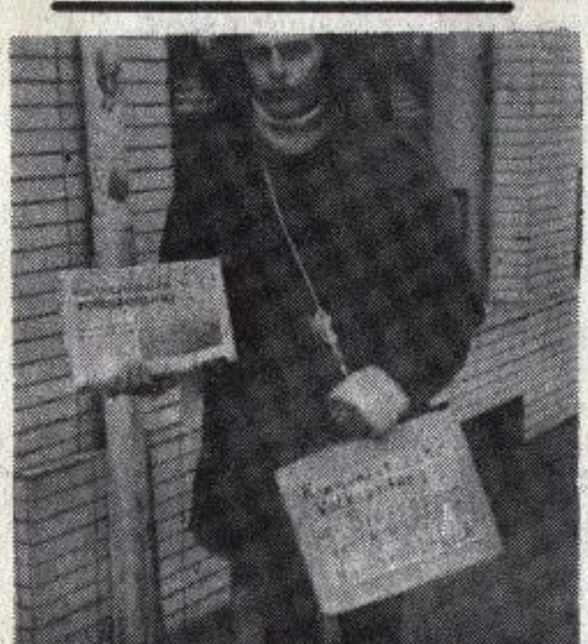
Wie recht der Hamburger Genosse in der KVZ Nr. 6 damit hat, daß Sport in unserer Gesellschaft nur dem Profit dient, beweist folgendes Beispiel, das auch schon häufig in Pressemeldungen Niederschlag gefunden hat:

Vor einigen Jähren kam ein bis dahin unbekannter Handballverein, der **TUS Nettelstedt** (Kreis Minden-Lübbecke plötzlich in die Schlagzeilen, weil der ehemalige Nationalspieler H. Lübking vom Bundesligisten Grünweiß Dankersen zum fünftklassige TUS-Nettelstedt wechselte, einem Verein der Kreisklasse. In nur fünf Jahren ist nun dieser Verein fünfmal aufgestiegen. Ein Wunder – oder hatte Lübking einen guten Riecher? Weit gefehlt! Der Textilkapitalist Hans Hucke in Nettelstedt hat das alles finanziert, offenbar ein "großer Förderer des Sports". Lübking hat bei ihm offiziell die Stelle eines Verkaufleiters inne, braucht aber kaum zu arbeiten. Die Mannschaft trainieren soll er, die größtenteils auch bei Hucke "beschäftigt" ist. Der Kapitalist hat gute Spieler eingekauft, darunter auch den jugoslawischen Nationalspieler Milan Lacarevec und den Ex-Wellighofener Nationalspieler Gosewinkel.

Lübking hat jetzt, wo die Mannschaft in die Regionalliga aufgestiegen ist, angekündigt, daß die Bundesliga das nächste Ziel sei. Mit seinem Geldgeber Hucke wird er es sicher schaffen! Der finanziert aber nicht aus lauter Sportbegeisterung, sondern weil so der Name seiner Erzeugnisse, ähnlich wie bei Neckermann, in aller Munde ist. Hucke hat sich ein Image als großer Freund und Förderer des Sports aufgebaut, und das hat er auch nötig: In der ländlichen Gegend hat er fast ein Monopol zur Vergabe von Arbeitsplätzen, und die Arbeitslosigkeit ist hoch. Er beschäftigt vornehmlich Frauen, und REFA-Leute treiben den Akkord ständig in die Höhe. Die Ausbeutung ist besonders hart und von den Riesenprofiten kann er "seinen" Verein leicht finanzieren. Der kometenhafte Aufstieg von TUS Nettelstedt bewirkte natürlich eine Menge Chauvinismus und Lokalpatriotismus in der Bevölkerung. Die Stadt Lübbecke (Nettelstedt ist ein Ortsteil davon) baute für die bevorstehenden Bundesliga-Spiele eine neue Sporthalle, ebenso die Stadt Espelkamp. Beide zanken sich jetzt darum, wo Nettelstedt spielen soll.

Von Zeit zu Zeit verschenkt Hucke an seine Arbeiter Freikarten zu den Spielen, was einen guten Eindruck von seiner "Großzügigkeit" machen soll, ebenso zu Jazz-Konzerten, die er gelegentlich finanziert. Er unterhält das größte deutsche Automuseum, und seine Arbeiter können sich mit den Freikarten ansehen, was ein Kapitalist mit dem macht, was er bei ihrer Ausbeutung verdient.

w.r., Lübbecke



Durch diese Taschen, die wir immer mit uns tragen, werden wir oft auf die Kommunistische Volkszeitung und die Auffassungen der Kommunisten angesprochen. Nachahmenswert!

KG Gummersbach/ Bergneustadt